

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN



Reimer Hansen

**Von der Friedrich-Wilhelms-Universität
zur Humboldt-Universität zu Berlin**

Die Umbenennung der Berliner Universität
1945 bis 1949 und die Gründung der
Freien Universität Berlin 1948

**Neues aus der Geschichte der
Humboldt-Universität zu Berlin**

Band 2

Reimer Hansen

**Von der Friedrich-Wilhelms-Universität
zur Humboldt-Universität zu Berlin**

**Die Umbenennung der Berliner Universität
1945 bis 1949 und die Gründung der
Freien Universität Berlin 1948**

Veranstaltung am 9. Februar 2009

**Neues aus der Geschichte der
Humboldt-Universität zu Berlin 2**

Neues aus der Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin

- Band 1 Marie-Luise Bott:
Die Haltung der Berliner Universität
im Nationalsozialismus.
Max Vasmer's Rückschau 1948
- Band 2 Reimer Hansen:
Von der Friedrich-Wilhelms-Universität zur
Humboldt-Universität zu Berlin.
Die Umbenennung der Berliner Universität 1945 bis 1949
und die Gründung der Freien Universität Berlin 1948

Herausgeber: Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Band 2 ISBN 978-3-9813135-7-4
Berlin 2009

Reihenherausgeber: Lehrstuhl für Wissenschaftsgeschichte, Marie-Luise Bott

Auflage: 650

Redaktion & Herstellung Thomas Richter
Öffentlichkeitsarbeit der Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin
www.hu-berlin.de/pr

Schutzgebühr: 5 EUR

Fotonachweis: Friedrich Seidenstücker, b p k (1. Umschlagseite)
Ehrhardt Bödecker, privat (4. Umschlagseite)

Dieser Band ist auch auf dem Dokumenten- und Publikationsserver der
Humboldt-Universität zu Berlin edoc.hu-berlin.de veröffentlicht.

5 *Christoph Markschies*
Grußwort

11 *Rüdiger vom Bruch*
Grußwort

15 *Reimer Hansen*
**Von der Friedrich-Wilhelms-Universität zur
Humboldt-Universität zu Berlin**
Die Umbenennung der Berliner Universität 1945 bis 1949
und die Gründung der Freien Universität Berlin 1948

Grußwort vom 9. Februar 2009

Die zweihundertjährige Geschichte dieser Universität ist reich an Schönerem, auf das man billigerweise stolz sein kann, aber leider auch reich an Schrecklichem, das einem die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Ich habe die besondere Ambivalenz der Geschichte dieses Hauses sehr schnell nach meiner Amtsübernahme Anfang Januar 2006 begreifen müssen – am 4. Februar jenes Jahres feierten wir hier im Senatssaal den hundertsten Geburtstag von Dietrich Bonhoeffer. Bonhoeffer studierte aber nicht nur seit 1924 an der Friedrich-Wilhelms-Universität, wurde durch ihre großen Kirchenhistoriker Adolf von Harnack und Karl Holl geprägt, innerhalb kürzester Zeit promoviert und habilitiert, nein, er wurde auch aus der Mitte der Theologischen Fakultät und damit dieser Universität 1936 um seine Privatdozentur gebracht. Einer der Chefarchitekten der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Theologischen Fakultäten, der Kirchenhistoriker Erich Seeberg, war nach allem, was wir wissen, auch der Hauptverantwortliche für die Aberkennung der Privatdozentur Bonhoeffers. An jenem Tage, an dem die Theologische Fakultät im Februar 2006 gemeinsam mit vielen Gästen aus dem In- und Ausland ihren Absolventen Dietrich Bonhoeffer feierte, war also zugleich der Schande dieser Universität zu gedenken – an ihre Verwicklung in zwei deutsche Diktaturen ebenso zu erinnern wie an das Leid, das durch diese Universität im zwanzigsten Jahrhundert über Menschen gebracht worden ist. Dabei möchte ich nicht mißverstanden werden: Wir wissen alle, daß der Vergleich der beiden politischen Systeme, in deren Kontext diese Universität nach 1933 lebte, ein diffiziles Geschäft der historischen wie politischen Wissenschaften ist und neben Parallelen auch von Unterschieden zu reden ist; aber heute erinnern wir anlässlich der Vergabe des neuen Namens für diese Universität

im Februar 1949 auch an die Vertreibung von Studierenden dieser Universität, die für die Freiheit des Wortes und demokratische Rechte eintraten, und diese Vertreibung der Demokraten gehört jedenfalls ungeachtet aller Unterschiede zu den Parallelen der Systeme vor und nach 1945.

Als ich kurz nach meinem Amtsantritt im Februar 2006 so unmittelbar mit der tief ambivalenten Geschichte dieser Universität im zwanzigsten Jahrhundert konfrontiert wurde, tiefer, als dies ein Historiker des antiken Christentums gewöhnlich wird, beschloß ich, bei feierlichen Anlässen im Unterschied zu meinen Vorgängern die alte Rektoratskette der Friedrich-Wilhelms-Universität zu tragen, die ich auch heute trage – 1817 hat sie jener König, der die Universität stiftete und dessen Namen sie von 1828 bis 1946 trug, dem Rektor Philipp Konrad Marheineke überreicht, Friedrich Wilhelm III., der Ehemann der Königin Luise und Stifter der preußischen Kirchenunion zwischen Lutheranern und Reformierten. Dieser Schritt fand öffentliche Aufmerksamkeit, nicht nur deswegen, weil auch an der Dahlemer Nachbaruniversität dieses Zeichen akademischer Souveränität (bekanntlich tragen sonst nur Stadtoberhäupter und Akademiepräsidenten solche Amtsketten) aus dem Archiv geholt worden war, in das es deren Vizepräsident Uwe Wesel in den Jahren nach 1969 getragen hatte. Nein, in der gelegentlich das Komödiantische streifenden Berliner Diskussion über die Frage, wer wohl der rechte Traditionsnachfolger der alten Friedrich-Wilhelms-Universität sei und beispielsweise deren Nobelpreisträger beanspruchen dürfe, schien das Tragen der alten Amtskette der Rektoren dieser Universität auch wieder nur einen mehr oder weniger überzeugenden Schachzug im politischen Spiel um unübersichtbare Ansprüche auf Kontinuität zu markieren.

Inzwischen sind drei Jahre vergangen und es ist hoffentlich deutlich geworden, daß mindestens diese Universität nicht einfach nur die hellen Lichtseiten ihrer Geschichte beansprucht, die Fama, die die beiden Brüder Humboldt und ihre jeweils spezifischen

Impulse für eine Bildungs- und Universitätsreform umgibt, die unvergleichlich große Zahl von Nobelpreisträgern und anderen prominenten Lehrenden wie Studierenden – nein, wer die Kette der alten Friedrich-Wilhelms-Universität trägt, trägt auch mit an der Bürde, an den dunklen Schattenseiten dieser Institution, an der Vertreibung und Ermordung ihrer Dozenten wie Studenten, an der in diesem Haus geplanten und vorbereiteten Bücherverbrennung des Jahres 1933 und an dem, was hier im Rahmen des nationalsozialistischen Terrorstaats geforscht und gelehrt wurde, ich nenne nur den Generalplan Ost.

Nach 1945 hofften viele, es werde nun, nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, eine neue Epoche des Glanzes der Berliner Universität Unter den Linden anbrechen, und das kurze Rektorat des Pädagogen Eduard Spranger, der unter den Nationalsozialisten zeitweilig im Gefängnis gesessen hatte, schien nach 1945 diese Möglichkeit auch zu bieten. Wir alle und vor allem einige Gäste unter uns wissen, wie schnell diese Möglichkeit wieder zerronnen war und wie schnell diese Universität zum bloßen Teil eines Gesamtplans der Übernahme des Staates und seiner Bildungsinstitutionen wurde, den in Moskau eine Gruppe entworfen hatte und nun unerbittlich umsetzte. Wieder möchte ich nicht mißverstanden werden: Die seit Februar 1949 Humboldt-Universität genannte Berliner Universität war nicht nur die Kadenschmiede der Diktatur einer Partei, sie hatte wie jede Einrichtung in einem undemokratischen System ihre Nischen der Freiheit, ihre Inseln der Renitenz, gelegentlich sogar vor den Türen der Kreisparteileitung, die es in diesem Hause wie in der Akademie der Wissenschaften gab. Aber die hier und heute anwesenden Studierenden des Jahres 1948/49 können bezeugen, daß ein freies Studium hier zunehmend unmöglich gemacht wurde, und haben daher zu nicht geringem Teil diese Universität verlassen; deswegen sind wir tief dankbar dafür, daß sie heute wieder unsere Gäste sind und mit uns gemeinsam an diese Zeit erinnern wollen: Als Erbe der alten Friedrich-Wilhelms-Universität darf sich nur stilisieren, wer auch

die schrecklichen Züge ihrer Geschichte zu übernehmen bereit ist und sich dieser geschichtlichen Verantwortung stellt.

In meinem Besitz befindet sich das signierte Exemplar Nummer 250 der Gründungsfeier der Freien Universität Berlin vom 4. Dezember 1948. Wenn ausweislich dieser Dokumentation der, wie es im Text heißt, „erwählte Oberbürgermeister von Berlin“, Ernst Reuter, erklärt, er wolle gemeinsam mit dem Rektor Friedrich Meinecke und Senat wie Kuratorium der neuen Universität „alles tun, um diese neue Alma mater zu dem zu machen, was uns vorschwebt, zu einer wirklichen Universitas, zu einer wirklichen Stätte der Wissenschaft, der Lehre und der Ausbildung junger Menschen“ (S. 11), dann sind solche Formulierungen natürlich von der Sorge getragen, daß all' dies an der Universität Unter den Linden nun bald nicht mehr möglich sein wird. Aber Reuters und übrigens auch Friedrich Meineckes während der Feier aufgrund seines Gesundheitszustandes durch Funk übertragene Worte sind von aller Rhetorik des Kalten Krieges frei – eine Festschrift zum Jubiläum der Friedrich-Wilhelms-Universität gibt die Freie Universität auf Bitten der Westdeutschen Rektorenkonferenz erst viele Jahre später heraus. 1948 bezeichnet sie sich noch sehr bescheiden als Neugründung, und Reuter dankt den Studenten, die „diese Universität eigentlich geschaffen“ haben (S. 12). Er mahnt sie allerdings auch, nicht den Weg zu gehen, „den so viele unserer führenden Männer der Wissenschaft in den vergangenen Jahren gegangen sind“ (S. 17) – wer in Ankara im Exil lebte, wußte nur zu gut von der Verstrickung der deutschen Universität in den nationalsozialistischen Unrechtsstaat; wenn er davon sprach, daß die Völker der Welt sich erhoben hätten, „um die Freiheit der Welt zu sichern“ (S. 15), war das kein hohles Pathos mit durchsichtiger politischer Abzweckung. Ernst Reuter bekannte sich zu den Überzeugungen, „die wir übernommen haben aus dem Erbe der christlichen Ideen, und die in dem einen Wort ‚echte und wirklich Humanitas‘ sich zusammenfassen lassen“ (S. 17), ebenso übrigens Edwin Redslob, der als geschäftsführender Rektor nach Meinecke

das Wort ergriff (S. 23). Der aus Baden stammende Kommunist Paul Wandel, damals Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und ab 1949 für etwa ein Jahr erster Minister für Volksbildung und Jugend der DDR, verlieh kurz nach der feierlichen Eröffnung der Freien Universität der Universität Unter den Linden „entsprechend dem Antrage des Rektors und des Senats ... den Namen Humboldt-Universität“ und sah in diesem Namen auch ein Bekenntnis zur „gemeinsamen Gesinnung der Humanität und der Völkerverständigung“.

Wenn man auf die Geschichte der beiden Berliner Universitäten, der Freien und der Humboldt-Universität, blickt, dann wird deutlich: Freiheit läßt sich schnell proklamieren und ist ein schnell gesagtes Wort. Die Geschichte der deutschen Universität im zwanzigsten Jahrhundert, im Osten wie im Westen, macht deutlich, daß schon allein die so basale Freiheit des Wortes sehr schnell verloren gehen kann und verloren gegangen ist, in Dahlem wie in Berlin-Mitte. Friedrich Meinecke hat, während der Eröffnung der Freien Universität durch den RIAS zugeschaltet, vom Krankenlager aus darauf hingewiesen, daß Freiheit zur Selbstbeschränkung, zur Selbstzucht, „nicht etwa zur Selbstsucht“ führe – übrigens ganz ähnlich wie Dietrich Bonhoeffer, der einstige Privatdozent dieser Universität, in seinem Gefängnisgedicht „Stationen auf dem Weg zur Freiheit“ diese Stationen mit der „Zucht“ beginnt. Es wäre wunderbar, wenn der Wettstreit zwischen, wie Meinecke sagt, der „alten und der neuen Universität in Berlin“ die Komödien-Bühne eines Streites um die Nobelpreisträger und der Debatten über das Alter von Einrichtungen verläßt, eine Debatte, in der alle Beteiligten auch immer nur wie Komödianten agieren können, freiwillig oder unfreiwillig, und sich statt dessen lieber dem gemeinsamen Gedenken an eine Geschichte widmet, die Aufbrüche zu neuer Freiheit ebenso kennt wie Abstürze in den puren Totalitarismus, hüben wie drüben.

Eine der Studentinnen, die 1948 unehrenhaft aus dieser Universität entlassen wurde, die frühere Berliner Bürgermeisterin Hanna-

Renate Laurien, wäre gern unter uns gewesen, muß aber selbst eine Gedenkrede in Dresden halten. Zum Abschluß meiner einleitenden Bemerkungen möchte ich verlesen, was sie mir in einem Brief geschrieben hat – eine wunderbare Geschichte, die deutlich macht, wie die 1948 im Berliner Südwesten und 1949 in Berlin-Mitte so gern bemühten Formeln von der Humanitas und der Freiheit ganz konkret interpretiert werden können – und, meine Damen und Herren, wir sind uns ja vermutlich einig, daß nur eine solche konkrete Interpretation der hehren Formeln sicherstellt, daß in allen Universitäten der Humboldtschen Tradition und so auch in der originalen Humboldtschen Universität, der einstigen Friedrich-Wilhelms-Universität und heutigen Humboldt-Universität, diese Ideale bewahrt bleiben. Nun also Hanna-Renate Laurien: „Also aus der Humboldt-Universität war ich ‚in Unehren‘ entlassen worden, da ich an einer Demo pro FU teilgenommen hatte. Nun kam 1948 die Gründung der FU zustande, und der Bundespräsident Heuß kam zur ersten Immatrikulationsfeier, bei der er 12 Studenten und Studentinnen (ich war eine davon) die Hand geben wollte. Ich besaß nur klumpige RAD-Schuhe, pumpte mir ein Paar elegante Schuhe, stapfte auf den Präsidenten zu, knickte mit dem Fuß um und lag vor ihm auf dem Boden. Oh, dieser Schreck. Doch er beugte sich über mich und sagte lächelnd: ‚Mein Fräulein, so viel Ehrfurcht ist nicht nötig‘. ... Das ist der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur. In der Diktatur wird solche Unterwürfigkeit gefordert, in der Demokratie gilt das Präsidentenwort: so viel Ehrfurcht ist nicht nötig, da ist der Staatsbürger mit aufrechtem Gang gefragt“. Soweit Hanna-Renate Laurien. Sie schließt ihren Brief mit den Worten: „So grüße ich Sie dankbar“, ja, ich grüße sie alle dankbar, die Studierenden von 1948/49, die uns heute die Ehre geben, die, die den heutigen Abend geplant haben und mit ihren Beiträgen zieren.

Grußwort vom 9. Februar 2009

Ende Januar 1996 erinnerte diese Universität im Audimax an die Wiedereröffnung nach dem Zweiten Weltkrieg ein halbes Jahrhundert zuvor. Gelegentlich wurde ich gefragt, ob es sich um eine Neu- oder um eine Wiedereröffnung gehandelt habe, da die Quellen nicht eindeutig seien. Diese Frage erschien damals recht akademisch, aktuelle Frontenbildungen wurden nicht entfernt daraus abgeleitet. Seit jener Veranstaltung sind Herr Kollege Hansen und ich miteinander in Verbindung; denn ihn ließ nicht ruhen, wie es eigentlich mit der Eröffnung gewesen und wie die vormalige Friedrich-Wilhelms-, dann namenlose Linden-Universität schließlich zur Humboldt-Universität wurde.

Die Herkunft aus dem holsteinischen Heide prägte maßgeblich Reimer Hansen, der seit 1970 in Berlin Neuere Geschichte lehrt, zunächst 1970 an der PH, seit 1980 an der FU. Der Großteil seiner weit über hundert wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigte sich mit der Geschichte Schleswigs, Holsteins und der Dithmarschen, die wohl wichtigsten liegen seit 2005 in einem Aufsatzband zu einem Jahrtausend historischer Nachbarschaft erneut vor. Ein zweiter Forschungsschwerpunkt gilt seit seiner Kieler Dissertation von 1965 über die deutsche Kapitulation dem Kriegsende 1945 und den ersten Nachkriegsjahren. Hier ist auch das heutige Thema einzuordnen. Ferner verbinden uns seine wissenschaftsgeschichtlichen Studien; ich nenne nur den von ihm zusammen mit Wolfgang Ribbe 1992 herausgegebenen Band über Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert.

Reimer Hansen, 1994 bis 2002 auch Vorsitzender der Historischen Gesellschaft zu Berlin, verfolgt seit vielen Jahrzehnten die Diskussionen um die Berliner Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg. Er kennt die maßgeblichen Akteure und Autoren und

ist als Historiker mit leidenschaftlicher Genauigkeit der Frage Rankes verpflichtet, wie es eigentlich gewesen. Vorschnelle Antworten lässt er nicht gelten, und so hat er sich auf ein unermüdliches Archivstudium eingelassen, dessen Ergebnisse er heute vorträgt. Gewiss, einflussreiche und immer wieder gern zitierte Akteure wollten Anfang 1946 eine Neu-, keine Wiedereröffnung dieser Universität, aber war es wirklich eine? Gewiss, der Name Humboldt-Universität wurde auffällig unspektakulär im Februar 1949 vergeben, anscheinend als Reaktion auf die Gründung der Freien Universität zwei Monate zuvor. Aber stand dieser Name nicht längst zuvor im Raum?

Bevor ich das Wort an Herrn Hansen weitergebe, erlauben Sie bitte noch einen Hinweis. Die Humboldt-Universität rüstet sich bekanntlich zu ihrem zweihundertjährigen Jubiläum, doch Gedenken meint kein Jubeljahr, sondern kritisches Innehalten, eingedenk verpflichtender, aber auch belastender Traditionen und Bruchzonen. Mit „Einsamkeit und Freiheit“ hatte der Realverlauf der Berliner Universität im 19. und 20. Jahrhundert nur sehr bedingt zu tun, viel hingegen mit politischer Verfügbarkeit. Das galt lange vor 1933 schon, aber dann in nachgerade verstörender Weise. Unvergessen bleibt die Begegnung mit den „Kommilitonen von 1933“ im Oktober 2001; spät, aber dann doch erschienen als Ergebnis einer Ringvorlesung 2005 zwei Bände zur Geschichte dieser Universität in der NS-Zeit. Diese Aufarbeitung wird weitergeführt, wie auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklung in SBZ und DDR.

Vor allem aber beeindruckt, mit welch zielstrebigem Engagement sich Studierende von heute auf diese schwierigen Vergangenheiten einlassen. Aus studentischen Projekten erwachsen Ausstellungen etwa zur Gründungskonzeption 1810, zur Bücherverbrennung 1933, zur Entwicklung des Frauenstudiums. Mit jenen studentischen Paten, welche 2001 eine Woche lang die Kommilitonen von 1933 betreuten, konnte ich, beschränkt auf die Rolle eines Moderators, eine bewegende Ausstellung zu diesem Thema Anfang

2002 vorbereiten. Anfang 2006 wiederum stellten hoch motivierte Studierende eine viel beachtete Ausstellung „Studieren in Trümmern“ zum sechzigsten Jahrestag der Wiedereröffnung 1946 auf die Beine, betreut vor allem von Christoph Jahr, der mit einigen aus dieser Gruppe dann auch eine sehr lebendige Broschüre als historische Basisinformation für Neuimmatrikulierte erarbeitete. Wie mir scheint, ist die spannende und widerborstige Geschichte dieser Universität bei allen ihren Angehörigen gut aufgehoben. Darüber hinaus nun in besonderer Weise bei unserem emeritierten FU-Kollegen Reimer Hansen.

Von der Friedrich-Wilhelms-Universität zur Humboldt-Universität zu Berlin

Die Umbenennung der Berliner Universität 1945 bis 1949
und die Gründung der Freien Universität Berlin 1948

Einführung

Die 60. Jahrestage der Gründung der Freien Universität Berlin am 4. Dezember 2008 und der Umbenennung der einstigen Friedrich-Wilhelms-Universität in Humboldt-Universität zu Berlin am 8. Februar 2009 haben Anlaß zu historischen Rückblicken auf die Berliner Universitätsgeschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung zweier deutscher Teilstaaten und damit zugleich auch auf ihre Beurteilung im Wandel der zeitgeschichtlichen Entwicklung von der Spaltung der Stadt über ihre Wiedervereinigung bis zur Gegenwart gegeben. Die folgenden Ausführungen sind in diesem Zusammenhang entstanden. Sie untersuchen und erörtern den universitätsgeschichtlichen Prozeß von der Friedrich-Wilhelms- zur Humboldt-Universität auf Grund der archivalischen und veröffentlichten Quellen mit Hilfe und in Auseinandersetzung mit der einschlägigen Literatur unter der spezifischen Fragestellung nach dem Vorgang der Umbenennung und der Gründung der Freien Universität. Dabei kommen einzelne Ereignisse und Zusammenhänge im Wechsel des Blickwinkels und im Bemühen um ein erweitertes und vertieftes historisches Verständnis im jeweils veränderten Diskurs verschiedentlich wiederholt zur Sprache. Die Ergebnisse dieses Beitrags habe ich auf der Veranstaltung der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin „FWU – HU. Friedrich-Wilhelms-Universität und Humboldt-Universität: Zur Neubenennung der Berliner Universität vor 60

Jahren“ am 9. Februar 2009 im Senatssaal der Humboldt-Universität unter dem Titel „Neuer Name in historischer Tradition. Von der Friedrich-Wilhelms- zur Humboldt-Universität 1945 - 1949“ in stark gekürzter Fassung vorgetragen. Der vollständige Vortragstext erscheint in: *Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin* 2009.

Diese Schrift ist nicht nur im Rückblick, sondern auch im Ausblick auf das zweite Zentenarium der Humboldt-Universität im kommenden Jahr und damit insgesamt zum besseren historischen Verständnis der Berliner Universitätsgeschichte entstanden. „In zwei Jahren“, heißt es hierzu aus aktuellem Anlaß in der Ausgabe vom 8. Mai 2008 des offiziellen, vom Präsidenten herausgegebenen Informationsblatts der Humboldt-Universität zu Berlin *Humboldt. Die Zeitung der Alma Mater Berolinensis*, „feiert die Humboldt-Universität zu Berlin den 200. Jahrestag ihrer Gründung.“ Damit ist offensichtlich der Jahrestag ihrer Eröffnung oder das „Eröffnungsjahr“ der neu gegründeten Berliner Universität gemeint, wie ihr Historiograph Max Lenz in seiner „Rede zur Jahrhundertfeier der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin“ in der Aula der Universität am 12. Oktober 1910 in historisch präziser Kennzeichnung des Vorgangs ausführte.¹ Die eigentliche Gründung war dagegen ein jahrelanger, schwieriger, von den politischen Verhältnissen stark beeinträchtigter Prozeß, den Lenz in seiner großen, aus Anlaß des Zentenariums verfaßten „Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin“ bis an den Anfang des ersten Jahrzehnts nach der Jahrhundertwende zurückverfolgt. Er trat nach ersten gedanklichen und pragmatischen Ansätzen im Rahmen der umfassenden reformerischen Neuorientierung Preußens nach dem katastrophalen politischen Zusammenbruch 1806 in eine intensive Phase der Planung ein und nahm

1 Max Lenz, Rede zur Jahrhundertfeier der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Gehalten in der Aula der Universität am 12. Oktober 1910, Halle a.d. Saale 1910, S. 14.

schließlich mit der Kabinettsorder König Friedrich Wilhelms III. vom 16. August 1809 konkrete Formen an.

Die Eröffnung im Herbst 1810 fand – wie Lenz schreibt – „sang- und klanglos“² und „ohne eine feierliche Proklamation“³ statt. Angesichts der unfertigen Umstände hatte das *Departement* oder die *Sektion* für Kultus und Unterricht im Ministerium des Innern am 24. September von der üblichen feierlichen Inauguration am geplanten Eröffnungstermin, dem 15. Oktober, abgesehen.⁴ Dem waren der inzwischen ernannte Rektor der Universität und der von ihm zu seiner ersten Sitzung zusammengerufene Senat am 10. Oktober notgedrungen gefolgt. Der allgemeine offizielle Eröffnungstermin konnte zudem nur von wenigen Professoren und Studenten wahrgenommen werden, da die Auditorien nicht rechtzeitig hergestellt und ausgestattet worden waren. Der Beginn der meisten Lehrveranstaltungen mußte um zwei Wochen bis zum 29. Oktober aufgeschoben werden. Die letzten Nachzügler folgten im November.⁵ Erst das zweite Studienjahr wurde regulär mit der

2 Max Lenz, *Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin*, Bd. 1: Gründung und Ausbau, Halle a.d. Saale 1910, S. 289. Ein Jahr später variiert er in seiner Rektoratsrede: „ohne Sang und Klang“. Max Lenz, *Freiheit und Macht im Lichte der Entwicklung unserer Universität*. Rede beim Antritt des Rektorats gehalten am 15.10.1911, in: *Idee und Wirklichkeit einer Universität*. Dokumente zur Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. In Zusammenarbeit mit Wolfgang Müller-Lauter und Michael Theunissen hg. v. Wilhelm Weischedel (= Gedenkschrift der Freien Universität Berlin zur 150. Wiederkehr des Gründungsjahres der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin), Berlin 1960, S. 467.

3 Lenz 1910 (wie Anm. 2), S. 285.

4 Ebd., S. 283.

5 Ebd., S. 289. Der amtierende Präsident der Freien Universität Berlin hat aus offenkundiger Unkenntnis dieses historischen Sachverhalts und Zusammenhangs, aber in unschwer durchschaubarer Absicht den „Geburtstag“ der alten Berliner Universität auf den 4. Dezember 1810 verlegt, der „wiederum und keineswegs zufällig“ auch der Geburtstag der Freien Universität sei. Letzterer ist zweifellos zutreffend, ersterer hingegen frei erfunden. Dieter Lenzen, *Zwei Geburtstage*, in: *Freie*

Antrittsrede des ersten gewählten Rektors der Universität, Johann Gottlieb Fichte, am 19. Oktober 1811 feierlich eröffnet.⁶

Die somit aufgeklärte Ungereimtheit mag sich überdies erübrigen, wenn man die Eröffnung – bei aller Unfertigkeit des gesamten Vorgangs – als symbolischen Abschluß der Gründung und ihren ohnehin nur nominellen Jahrestag als Geburtstag der Universität betrachtet. Der damit verbundene historische Zusammenhang unterstellt gleichsam selbstverständlich die Identität von Friedrich-Wilhelms- und Humboldt-Universität zu Berlin. Das ist bekanntlich aus Anlaß des weltweiten Rankings der Shanghai-Jiao-Tong-Universität im Jahre 2004 vom amtierenden Präsidenten der Freien Universität Berlin und seinen Sekundanten bestritten worden.⁷ Den Anlaß bildete eine merkwürdige Kontroverse darüber,

Universität Berlin. Neues aus Wissenschaft und Forschung. Eine Beilage der Freien Universität Berlin in Zusammenarbeit mit Der Tagesspiegel, Der Tagesspiegel Nr. 20100, 29.11.2008, S. B1. „Am 4. Dezember“, heißt es dort, „feiert die Freie Universität Berlin ihr 60. Jubiläum. 2010, in zwei Jahren, wird sie 200 Jahre alt. Wie kann das sein? Es hat etwas mit dem 4. Dezember zu tun. Am vierten Dezember 1810 wurde nämlich die Berliner Universität gegründet“.

6 Ebd., S. 402 f; ders., Rektoratsrede 1911, in: Weischedel (wie Anm. 2), S. 467. Fichte, Über die einzig mögliche Störung der akademischen Freiheit. Rede beim Antritt des Rektorats gehalten am 19.10.1811, ebd., S. 231 - 247.

7 Hierzu insbesondere die Artikel: Anja Kühne, München vorn. Neues Ranking: FU Berlin verliert Nobelpreise, in: Der Tagesspiegel, Nr. 18578, 26.08.2004; dies., Eine Frage der Ehre. Berliner Universitäten streiten sich um historische Nobelpreisträger, in: ebd., Nr. 18579, 27.08.2004; dies. (Gespräch), „Ein gewaltiger Bruch“. Der Historiker Klaus Zernack zum Streit der Universitäten um Berlins Nobelpreisträger, in: ebd. Nr. 18584 vom 01.09.2004; dies., „Größter Schwindel der Uni-Geschichte“. Streit um Nobelpreise: Die Humboldt-Uni ist nicht die Erbin der alten Berliner Universität, sagt ein Historiker, in: ebd., Nr. 18831, 12.05.2005; und Rüdiger vom Bruch, „Es geht um die legitime Erbfolge“. Die Humboldt-Uni verteidigt ihre Tradition seit 1810 und ihren Anspruch auf die Nobelpreise, in: ebd., Nr. 18835, 17.05.2005. In diesem Zusammenhang erklärt sich auch die Manipulation des „Geburtstags“ der alten Berliner Universität

welche der beiden Berliner Universitäten legitimerweise die Nobelpreise der Friedrich-Wilhelms-Universität für sich in Anspruch nehmen dürfe. Das Shanghai-Ranking hatte sie 2003 offenbar aus unzureichender historischer Kenntnis der Materie der Freien und 2004 – nach dem entschiedenen Protest ihres Präsidenten – der Humboldt-Universität angerechnet. Es ist hier nicht der Ort, den partiellen Gesichtspunkt der Nobelpreise der Friedrich-Wilhelms-Universität und ihre Berücksichtigung beim Ranking des näheren zu erörtern, wohl aber die entscheidende übergeordnete historische Frage nach ihrer institutionellen Kontinuität oder Nachfolge zu klären und nach Möglichkeit zu beantworten.

I Die Gründung der Freien Universität im zeitgenössischen und historiographischen Selbstverständnis

Die Freie Universität ist 1948 auf Grund einer Oppositions- und Sezessionsbewegung vor allem der Studierenden mit Unterstützung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung unter der Ägide der amerikanischen Besatzungsmacht während der Eskalation des Kalten Krieges zur Blockade im Westen der zunehmend gespaltenen und schließlich geteilten Stadt als Antwort auf die erzwungene Sowjetisierung der alten, im Ostsektor gelegenen Berliner Universität gegründet worden.⁸ Der Vorsitzende des

1810 auf den Gründungstag der Freien Universität Berlin 1948 am 04.12.. S.o. Anm. 6.

- 8 Georg Kotowski, Der Kampf um Berlins Universität, in: Veritas, Iustitia, Libertas. Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York, überreicht von der Freien Universität Berlin und der Deutschen Hochschule für Politik Berlin, Berlin 1954, S. 7 - 31; Ulrich Schneider, Berlin, der Kalte Krieg und die Gründung der Freien Universität 1945-1949, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 34 (1985), S. 37 - 101; James F. Tent, Freie Universität Berlin 1948-1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen, Berlin 1988, S. 104 - 201; Siegward Lönnendonker, Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität,

am 19. Juni 1948 gebildeten maßgeblichen Vorbereitenden Ausschusses, der ein Jahr zuvor von der Stadtverordnetenversammlung mit überwältigender Vierfünftelmehrheit zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt, aber wegen des sowjetischen Vetos von der Alliierten Kommandantur nicht in diesem Amt bestätigte Stadtrat Ernst Reuter, sprach auf der Gründungsfeier der Freien Universität Berlin am 4. Dezember 1948 im Titania-Palast durchweg von der „neuen“ oder „neu gegründeten Universität“, die er Rektor und Senat, Professoren und Studenten mit dem feierlichen Gründungsakt zu treuen Händen übergab. Die Neugründung sei nötig geworden, weil das deutsche Volk freier und selbständiger Universitäten bedürfe: „Universitäten, an denen die Lehre frei ist, die in eigener Selbstverwaltung sich aufbauen und die imstande sind, das Gute der alten Zeit, das wir ganz gewiß nicht verleugnen, in die neue Zeit hinüberzuretten, deren Fundamente wir in mühseliger Arbeit heute neu legen müssen.“⁹

Reuter zog den Bogen der historischen Einordnung weit über den Kalten Krieg hinaus: Der Zweite Weltkrieg habe außer Ruinen und Chaos „ein noch viel furchtbareres Erbe hinterlassen“, nämlich „die Zerstörung der Fundamente unserer geistigen Existenz.“ Zu dem Guten der alten Zeit, das in die neu gelegten Fundamente hinüberzuretten sei und das sich in der Bezeichnung „echte und wirkliche Humanitas“ zusammenfassen lasse, zählte er ausdrücklich auch die Anfänge der alten Berliner Universität: „Zeigen Sie der Welt“, rief er Rektor und Senat, Professoren und Studenten der neuen Freien Universität zu, „daß die Berliner Universität, die einst von den Brüdern Humboldt gegründet worden ist, die der Stolz unserer Stadt gewesen ist, daß diese Universität Berlins

Berlin, 1988, S. 252 - 346.

9 Ernst Reuter, Schriften, Reden. Hg. v. Hans E. Hirschfeld † und Hans J. Reichhardt. Mit einem Vorwort v. Willy Brandt, Bd. 3: Artikel, Briefe, Reden 1946 bis 1949, bearbeitet v. Hans J. Reichhardt, Berlin 1974, S. 545.

lebt und lebendig ist.“¹⁰ Und das hieß – um möglichen Mißverständnissen von vornherein vorzubeugen – in sinngemäßer Präzisierung an Hand des Kontextes: nach dem zerstörerischen Kontinuitätsbruch durch Nazifizierung und Sowjetisierung der alten Friedrich-Wilhelms-Universität nunmehr an der neuen Freien Universität wieder „lebt und lebendig ist“.

Die Gründung der Berliner Universität war – wie gesagt – ein historischer Prozeß, der sich nicht ohne weiteres personalisieren läßt. Die politische Verantwortung im Gefüge der preußischen Staatsverfassung trug zweifellos der König, dessen Namen sie bis zur tiefen Zäsur des Jahres 1945 trug. Aber der Reformgeist freier moderner Wissenschaft, den sie unter den deutschen Universitäten in Anspruch nahm, ließ sich nicht besser als mit dem Namen der Brüder, namentlich Wilhelm von Humboldts, personifizieren. Er sollte nach dem Willen des Vorbereitenden Ausschusses auch die neue Freie Universität prägen und auszeichnen. Für Ernst Reuter war die Neugründung zugleich eine Wiederherstellung und Wiederbelebung bereits durch den Nationalsozialismus zerstörter, bewährter fundamentaler Traditionen, zu denen er unter anderem namentlich die Wirkung der Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt zählte. Wilhelm von Humboldts wesentlicher Anteil an der Gründung der Berliner Universität ist offenkundig und unbestritten, mehr noch: die von ihm inspirierte Reform unter der Bedingung notwendiger Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre, der Wissenschaft als eines nie ganz aufgelösten Problems und daher fortgesetzten Forschungs- und Erkenntnisprozesses sowie der komplementären akademischen Gemeinschaft von Lehrenden und Studierenden¹¹ hatte weit darüber hinaus bis 1933 die

10 Ebd., S. 547, 548 f.

11 Hierzu insbesondere: Der Königsberger und der Litauische Schulplan (27.09.1809), in: Wilhelm von Humboldt, Schriften zur Politik und zum Bildungswesen (= Ders., Werke in fünf Bänden. Hg. v. Andreas Flitner und Klaus Giel, Bd. 4), Darmstadt 1964, Nr. 20, S. 168 - 195, hier S. 191 f; Über die innere und äußere Organisation der höheren

moderne deutsche Universität geprägt und war nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur mit der sukzessiven Entnazifizierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens unter alliierter Besatzungshoheit – mit Ausnahme des sowjetkommunistischen Einflußbereichs – in die wiedereröffneten Hochschulen zurückgekehrt.

Die Freie Universität Berlin war mithin nicht als Nachfolgerin der alten Friedrich-Wilhelms-Universität, sondern ausdrücklich und unmißverständlich – in ostentativer Abkehr von der dort seit ihrer anonymen Wiedereröffnung nach dem Zweiten Weltkrieg begonnenen und mittlerweile vorherrschenden Sowjetisierung – als neue Universität gegründet worden, die – wie Reuter als Vorsitzender des Vorbereitenden Ausschusses und Repräsentant der städtischen Selbstverwaltung ausführte – mit dem „Erbe der alten Kultur“, namentlich dem „Erbe der christlichen Ideen“¹², in Gestalt wahrhafter Humanität ausdrücklich auch die auf die Brüder Humboldt zurückgeführte Tradition der alten Berliner Universität zu ihren Fundamenten zählte und mit echtem freiheitlich-akademischen Leben erfüllen sollte. Der explizite historische Bezug war nicht mit dem juristischen Anspruch einer institutionellen Kontinuität oder Nachfolge, wohl aber mit der Reklamation der

wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, ebd., Nr. 29, S. 255 - 266, hier S. 255-259.

- 12 Ebd., S. 548. Die Eröffnungsrede im Erstdruck: Gründungsfeier der Freien Universität Berlin im Dezember MCMXLVIII, Berlin 1949 (Faksimile-Nachdruck 1988), S. 9 - 18. Auszugsweiser Nachdruck: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin 1948 - 1963 (= FU Spiegel, Dezember 1963), S. 13 - 14. Allgemein zu Ernst Reuter: Daniel Koerfer, Ernst Reuter, in: Wolfgang Ribbe (Hg.), Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert (= Berliner Lebensbilder 7), Berlin 1992, S. 420 - 442; Jürgen Wetzel, Ernst Reuter. Eine biographische Skizze, in: Ernst Reuter 1889 - 1953. Oberbürgermeister und Regierender Bürgermeister von Berlin 1948 - 1953. (= Ausstellungskataloge des Landesarchivs Berlin 15), Berlin 2003, S. 9-21.

mittlerweile allgemeingültigen ursprünglichen Gründungsidee verbunden.

Das geht überdies nicht minder deutlich aus der nachfolgenden Ansprache des ersten Rektors der Freien Universität, des hochrenommierten, greisen Historikers Friedrich Meinecke, hervor, die über Rundfunk vom Krankenbett in die Gründungsfeier übertragen wurde. Meinecke begann seine Ansprache mit dem Ausruf: „Welch ein denkwürdiger Augenblick, eine neue Universität unmittelbar erwachsend aus dem stürmischen Verlangen einer schwer geprüften Jugend.“ Er identifizierte sich uneingeschränkt mit dem „Versuch einer neuen freien Universität“, warnte jedoch eindringlich davor, den weltumgreifenden Kampf zur Verteidigung der „Herzwurzeln der Ideen ‚Europa‘ und ‚christliches Abendland‘, der Ideen der Freiheit und der Persönlichkeit, auf die beiden Universitäten zu übertragen. Denn dort, „wo alte und neue Universität in Berlin einander gegenüberstehen“, sei nicht Kampf geboten. „Wir wissen, führte er aus, „daß auch drüben trotz des Irrtums über die Zeitlage, in dem man dort befangen ist, das Streben nach Wahrheit und Freiheit keineswegs erloschen ist.“ Darum wies er den Gedanken eines unmittelbaren Kampfes der beiden Universitäten gegeneinander zurück: „Nicht Kampf gegeneinander, sondern Wetteifer miteinander sei unsere Losung!“ Seine Ermahnung sollte freilich schon bald in den bedrohlichen Konfrontationen des Kalten Krieges verhallen. Aber sein daran geknüpfter inniger Wunsch ist schließlich nach knapp vier Jahrzehnten in Erfüllung gegangen: „Möge der Tag kommen, wo wir uns wieder vereinigen können.“¹³

13 Gründungsfeier der Freien Universität Berlin (wie Anm. 12), S. 19 - 22; ebenfalls: Fünfzehn Jahre Freie Universität Berlin (wie Anm. 12), S. 15 f; Freie Universität Berlin 1948 - 1973. Hochschule im Umbruch. Teil I: Gegengründung wozu? (1945 - 1949), ausgewählt und dokumentiert von Siegwald Lönnendonker und Tilman Fichter unter Mitarbeit von Claus Rietzschel (= Dokumentation FU Berlin Nr. 12/73), Nr. 70, S. 55 f.

Meineckes Stellvertreter und Amtsnachfolger, der Prorektor und Geschäftsführende Rektor Edwin Redslob, sprach in seiner anschließenden Festrede entsprechend von der „Stunde des Beginns und Besinnens“. Die Gründung der Freien Universität sei „aus dem Willen der Studierenden, vor allem aber schicksalhaft aus geschichtlicher Notwendigkeit“ hervorgegangen. Er erwähnte zwar nicht ausdrücklich den Namen der Brüder Humboldt, weckte jedoch eindeutige Assoziationen an ihr neuhumanistisch-idealistisches Universitätskonzept, wenn er auf die „Universalität der Studien“ verwies, die „über das Fachliche und Technische hinaus auf die höchsten Ziele der Bildung, auf Humanismus und Humanität, gerichtet“ seien. Und weiterhin, wenn er das Recht der Jugend auf eine von jeglicher Bevormundung freie Lehre beschwor, „welche die Wahrheit um ihrer selbst willen sucht, das Denken über Zweck und Nützlichkeit, über Selbstsucht und engende Doktrin erhebt und durch Humanismus zur Humanität gelangt.“¹⁴ Der Leitgedanke einer freiheitlichen Neugründung in dezidierter Ablehnung und Verurteilung der Entwicklung der alten Berliner Universität im sowjetischen Sektor bestimmt auch die anderen Reden und Ansprachen: des Vertreters der Studentenschaft Horst Rögner-Francke, des Kommandanten des amerikanischen Sektors, Oberst Frank L. Howley, und der amtierenden Oberbürgermeisterin Louise Schroeder.¹⁵

Aber nirgendwo wird die Gründung der neuen Universität – bei aller Berufung auf die Traditionen der Wissenschaftsfreiheit, namentlich im Geiste Wilhelm von Humboldts – mit dem Anspruch auf die institutionelle Nachfolge oder Fortsetzung der alten verbunden. Im Gegenteil: die Gründung der Freien Universität wird durchweg als der bewußte Beginn von etwas Neuem begriffen

14 Gründungsfeier der Freien Universität Berlin (wie Anm. 12), S. 23 - 32, die Zitate: S. 25, 23, 25. Auszugsweiser Abdruck der Rede: Freie Universität Berlin 1948-1973 I (wie Anm. 13), Nr. 71, S. 56.

15 Ebd., S. 33 - 42.

und in diesem Sinne auch – wie insbesondere Redslob in seinem Schlußwort ausführte – hinsichtlich der „Rettung“ und „Erhaltung der freien Forschung und Lehre“ mit den Anfängen der Berliner Universität in eine historische Parallele gesetzt: „Wir wollen“, heißt es in seinem *Résumé* zu Ende der Gründungsfeier, „erretten und erhalten, so wie einst in schwerer Zeit, im Jahre 1810, die Universität Berlin aus dem Drange nach geistiger Freiheit gegründet worden ist.“¹⁶ Diese assoziativ geknüpfte Analogie vermag angesichts der erheblichen Unterschiede beider zeitgeschichtlicher Situationen und ihrer weiteren Zusammenhänge, namentlich der Napoleonischen Fremdherrschaft und der Sowjetischen Militäradministration, kaum mehr als partiell – wie etwa bei der generellen Gemeinsamkeit der Gründung in schwerer Zeit – einzuleuchten. Triftiger erscheint die mit Redslobs Festrede grundsätzlich übereinstimmende historische Parallelisierung Georg Kotowskis, die Freie Universität Berlin sei, „ebenso wie ihre große Vorgängerin, aus zwingenden politischen Gründen entstanden.“¹⁷ Sucht man indes in der europäischen Universitätsgeschichte nach einem vergleichbaren historischen Vorgang, dann dürfte sich auf Grund des *tertium comparationis* des Protestes, des Widerstandes und der Sezession wohl eher die Gründung der Universität Leipzig als Folge des geschlossenen Auszugs eines großen Teils der Magister und Scholaren der drei nicht böhmischen *Nationen* der Universität Prag 1409 als historische Parallele eignen.¹⁸ Es liegt in der Logik des Ge-

16 Ebd., S. 52.

17 Georg Kotowski. Die Freie Universität Berlin. Entstehung und Entwicklung, in: Die Freie Universität Berlin. Hg. im Auftrag des Senats der Freien Universität Berlin v. Georg Kotowski, Berlin, Basel 1965, S. 5.

18 Herbert Helbig, Universität Leipzig (= Mitteldeutsche Hochschulen 2), Frankfurt a.M. 1961, S. 10 - 15; Enno Bünz, Die Gründung der Universität Leipzig 1409, in: Erleuchtung der Welt. Sachsen und der Beginn der modernen Wissenschaften. 600 Jahre Universität Leipzig. Im Auftrage des Rektors der Universität Leipzig, Franz Hauser, hg. v. Detlef Döring und Cecilie Hollberg unter Mitarbeit von Tobias

schehens, daß die alte, zurückgelassene Universität dadurch als „Vorgängerin“ der neugegründeten erscheinen kann, diese aber, zumal dann, wenn sie sich als Neugründung versteht und jene an Ort und Stelle institutionell und funktional fortexistiert, noch nicht zu ihrer Nachfolgerin wird.

Das Selbstverständnis einer aus notwendiger Ursache in der ideellen Humboldtschen Tradition neugegründeten Universität bestimmt auch die von der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der Freien Universität aus Anlaß der „150. Wiederkehr des Gründungsjahres der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin“ im Jahre 1960 herausgegebene Gedenkschrift. In seinem Geleitwort nennt der amtierende Rektor Eduard Neumann die Freie wiederum ausdrücklich „die neue Berliner Universität“.¹⁹ Aber anders als sein erster Vorgänger im Amt, der auf der Gründungsfeier deutlich zwischen alter und neuer Universität unterschieden hatte, nimmt sein Mitherausgeber, der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz Hans Leussink, nunmehr ein gutes Jahrzehnt später zwei neue Universitäten in der Stadt wahr. In seiner historischen Ansicht korrespondieren der Teilung Deutschlands und der Stadt „zwei Universitäten in Berlin: die Freie Universität in

U. Müller, Dresden 2009, S. 24 - 35, insbesondere S. 26 f. Eberhard Lämmert, Freie Universität Berlin. Veritas – Iustitia – Libertas, in: Stätten des Geistes. Große Universitäten Europas von der Antike bis zur Gegenwart. Hg. v. Alexander Demandt, Köln, Weimar Wien 1999, S. 279, verweist ebenfalls auf die Protest-, Gegen- und Neugründungen in Köln, Heidelberg, Cambridge und Bonn. Das tertium comparationis des Protestes, des Widerstandes und der Sezession dürfte indes in besonderer Weise am deutlichsten auf Leipzig zutreffen.

- 19 Eduard Neumann, Geleitwort, in: Studium Berolinense. Aufsätze und Beiträge zu Problemen der Wissenschaft und zur Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Hg. v. Hans Leussink, Eduard Neumann und Georg Kotowski (= Gedenkschrift der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der Freien Universität Berlin zur 150. Wiederkehr des Gründungsjahres der Friedrich-Wilhelms-Universität), Berlin 1960, S. XI.

Dahlem und die Humboldt-Universität Unter den Linden.“ Die alte Friedrich-Wilhelms-Universität, fügte er hinzu, teile damit das Schicksal des Deutschen Reiches, mit dessen Zusammenbruch auch sie zu bestehen aufgehört habe. Mit dem Verlust der politischen Einheit der Nation sei auch ihre geistige Einheit „von tödlichen Gefahren bedroht.“ Das Schicksal der Berliner Universität zeige „es mit erschreckender Deutlichkeit.“

Ihr vor 150 Jahren besonders klar von Wilhelm von Humboldt gefaßtes und in die Praxis umgesetztes Gründungskonzept sei indes „ein verpflichtendes Erbe für alle deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen“, das es zu erkennen und zu bewahren gelte. Hiermit brachte er ein entschiedenes gegenwartsorientiertes Werturteil, aber auch die nach wie vor gültige allgemeine historische Beurteilung der Berliner Universitätsgründung vor anderthalb Jahrhunderten zum Ausdruck, die ihr die maßgebliche und wegweisende Bedeutung des Prototyps der modernen deutschen Universität des 19. und 20. Jahrhunderts attestiert. Leussink ließ dabei keinen Zweifel daran aufkommen, daß er ihr spezifisches Erbe in Berlin nur noch an der Freien Universität lebendig sah. Die Stadt habe heute zwar zwei Universitäten, aber „auch heute“ gebe es „nur eine gültige Form“ wissenschaftlicher Arbeit und „nur einen Weg zur Wahrheit.“²⁰ Mit dieser Verabsolutierung und Generalisierung sprach er der Humboldt-Universität die wissenschaftliche Legitimität ab und subsumierte die Freie dem Idealtypus der modernen deutschen Universität.

20 Hans Leussink, Geleitwort, in: ebd., S. IX f. Leussinks pointiertes Werturteil lebt vier Jahrzehnte später und noch ein Jahrzehnt nach dem Mauerfall in der Behauptung Eberhard Lämmerts nach: „Die Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ... endete fürs erste tatsächlich mit dem Tage, an dem sie von der Verwaltung für Volksbildung in Absprache mit der Sowjetischen Militäradministration den Namen Humboldts erhielt und ihn gleichzeitig verriet.“ Lämmert (wie Anm. 18), S. 279.

Die Behauptung Leussinks, die Friedrich-Wilhelms-Universität habe mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches zu Ende des Zweiten Weltkriegs aufgehört zu bestehen, bleibt indes merkwürdig widersprüchlich, da der absolute Maßstab seines Werturteils, der fundamentale Bruch mit der ideellen Humboldtschen Tradition, nicht erst 1945, sondern bereits 1933 als eigentliche Zäsur ihrer Entwicklung geboten hätte. So aber ließ Leussink sie gleichsam logisch als „Vorgängerin“ der neuen Freien Universität erscheinen. Wilhelm Weischedel hat sie denn auch im Vorwort seiner Dokumentation zur Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität, die ebenfalls 1960 zu ihrem 150. Gründungstag als Gedenkschrift der Freien Universität Berlin erschien, ausdrücklich so bezeichnet.²¹ Und auch Georg Kotowski, der neben Leussink und Neumann dritte Herausgeber der Gedenkschrift der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der Freien Universität, hat in seinem zitierten Vergleich der historischen mit der aktuellen Berliner Universitätsgründung diese Bezeichnung gewählt.

Aber anders als Leussink datierte er „das Ende der Universität Berlin“ nicht mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Frühjahr 1945, sondern mit den „rechtswidrigen Ausschließungen“ oppositioneller Studenten und den durch sie ausgelösten öffentlichen Auseinandersetzungen im April 1948, die in die „Forderung nach der Schaffung einer freien Universität in den Westsektoren Berlins“ mündeten.²² Beide bleiben indes den hinreichenden Nachweis und eine plausible Erklärung ihrer Behauptung des institutionellen und funktionalen Endes der Friedrich-Wilhelms-Universität schuldig. Da sie die Universitätsidee ihrer Gründung apodiktisch auf die Sowjetisierung projizieren, bieten sie kaum mehr als ein selektives normatives Werturteil, jedenfalls kein empirisch fundiertes historisches Sachurteil. Die von Meinecke umschriebene Realität des weltweiten Kalten Krieges, in dem

21 Weischedel (wie Anm.2), Vorwort, S. VII.

22 Kotowski (wie Anm. 8), S. 26.

„alte und neue Universität in Berlin einander gegenüber treten“²³, galt auch weiterhin und kam gerade im Jubiläumsjahr 1960 augenfällig zum Ausdruck.

II Alte und neue Universität im zeitgeschichtlichen Widerstreit zwischen Bruch und Kontinuität

Der Deutung der Friedrich-Wilhelms-Universität als „Vorgängerin“ der Freien Universität steht ihre antithetische Identifizierung mit der Humboldt-Universität gegenüber. Diese diametrale Beurteilung geht besonders prägnant aus den Würdigungen hervor, die sie ebenfalls im Jubiläumsjahr 1960 von Seiten der Humboldt-Universität erfuhr. So korrespondieren den beiden Gedenkschriften der Freien eine Festschrift und eine Jubiläumsschrift der Humboldt-Universität, die bereits im Untertitel eine ungebrochene 150jährige Kontinuität behaupten. Erstere erschien als universitätsgeschichtliche und fachwissenschaftliche Aufsatzsammlung: „Forschen und Wirken. Festschrift zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin 1810 - 1960“ in drei Bänden,²⁴ letztere als einbändige, an ein breites Publikum gerichtete Gesamtdarstellung eines Autorenkollektivs: „Die Humboldt-Universität gestern – heute – morgen. Zum einhundertfünfzigjährigen Bestehen der Humboldt-Universität zu Berlin und zum zweihundertfünfzigjährigen Bestehen der Charité, Berlin.“²⁵ Beide Werke sind in der offenen Parteilichkeit der sowjetkommunistischen Staatsdoktrin der DDR verfasst, stellen die Humboldt-Universität in die Tradition der wegweisenden Gründung der alten Universität und ordnen

23 Wie Anm. 13.

24 Bd. 1: Beiträge zur wissenschaftlichen und politischen Entwicklung der Universität, Bd. 2: Forschungsbeiträge aus den Gebieten der naturwissenschaftlichen Fakultäten, Bd. 3: Forschungsbeiträge aus den Gebieten der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten, Berlin 1960.

25 Berlin 1960.

sie in die Sowjetisierung – oder in der an der sowjetmarxistischen Geschichtsteologie orientierten ideologischen Terminologie der SED – in die „gesetzmäßige, historisch notwendige Entwicklung im Osten Deutschlands“ nach dem Zweiten Weltkrieg ein.²⁶

Eine aus Anlaß des Jubiläums gefaßte und der einbändigen Gesamtdarstellung demonstrativ vorangestellte „Erklärung des Senats“ der Humboldt-Universität bezeichnet den unter der sowjetischen Besatzung erzwungenen Prozeß totalitärer Gleichschaltung analog als „die allseitige sozialistische Umgestaltung auch der Humboldt-Universität“.²⁷ Die neue Freie Universität erscheint als Teil des Werkes einer „antinationalen und volksfeindlichen Politik“ derjenigen Kräfte, „die unser Volk zweimal in die Katastrophe gestürzt haben“. Sie hätten, um die Entwicklung ganz Deutschlands zu einem demokratischen Staat zu verhindern, mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte den „westdeutschen Separatstaat“ geschaffen, „Westberlin zu einer Frontstadt des kalten Krieges gemacht“ und schließlich in diesem „widerrechtlich abgespaltenen Teil der Hauptstadt Berlin eine eigene Hochschule als ein Zentrum des kalten Krieges“ errichtet. Die so gekennzeichnete Freie Universität Berlin wird freilich nicht bei ihrem Namen genannt. Sie erscheint durchweg als „Dahlemer Universität“, die zur Fortsetzung des Kalten Krieges instrumentalisiert und mißbraucht werde. Während die Humboldt-Universität in der Hauptstadt der DDR „als Zentrum freier, friedlicher Wissenschaft für ganz Deutschland“ voranschreite, habe die „Dahlemer Universität in einer Frontstadt Westberlin keine Perspektive.“²⁸

26 Ernst Becker, Percy Stulz, Der Kampf um die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung und um die Einheit der Berliner Universität 1946 bis 1949, in: Forschen und Wirken, Bd. 1 (wie Anm. 24), S. 633.

27 Erklärung des Senats zur Vorbereitung der 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität und der 250-Jahr-Feier der Charité, in: Die Humboldt-Universität gestern – heute – morgen (wie Anm. 25), S. 9.

28 Ebd., S. 11.

Die nachfolgende historische Gesamtdarstellung spricht zunächst vom „Aufbau einer universitätsähnlichen Institution in Dahlem“, mit der versucht worden sei, „die traditionelle und rechtmäßige Universität in der Hauptstadt zu spalten“, und dann ebenfalls von der „Gründung der Dahlemer Universität“, die dem Ruf der deutschen Wissenschaft großen Schaden zugefügt habe.²⁹

An dieser einseitigen sowjetkommunistischen Einordnung, Wertung und Nomenklatur hielt auch die zur „175. Wiederkehr des Gründungsjahres der Berliner Universität“ erschienene zweibändige, aus einem Überblick und einer Dokumentation bestehende Veröffentlichung „zur Geschichte dieser hohen Schule“³⁰ unter dem Titel „Humboldt-Universität zu Berlin ... 1810 - 1985“ fest, wenngleich die agitatorische Schärfe der ideologischen Parteilichkeit – offensichtlich unter dem Einfluß der internationalen Entspannungspolitik – merklich zurückgenommen war. In seinen Geleitworten betonte der Rektor Helmut Klein erneut die universitäre Kontinuität von 1810 bis 1985, wollte die Wiedereröffnung nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1946 jedoch metaphorisch als „zweite Geburt“ verstanden wissen, die „den bisher erfolgreichsten Abschnitt in der Geschichte der Alma mater Berolinensis“ auf Grund des vollständigen Einklangs von Humboldt-Universität und DDR eingeleitet habe.³¹

Dabei wird im 150- und 175jährigen Rückblick der Einschnitt des Jahres 1945 als wichtigste Zäsur der allgemeinen zeitgeschichtlichen und besonderen universitätsgeschichtlichen Entwicklung hervorgehoben, deren historische Bedeutung – wie es in der „Erklärung des Senats“ der Humboldt-Universität zur 150-Jahr-Feier

29 Ebd., S. 131.

30 Helmut Klein, Zum Geleit, in: Humboldt-Universität zu Berlin. Überblick 1810 - 1985. Hg. v. Helmut Klein. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Adolf Rüger, Berlin 1985, S. 5.

31 Ders., Zum Geleit, in: Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumete 1810 - 1985. Hg. v. Helmut Klein. Von einem Bearbeiterkollektiv unter der Leitung von Heinz Kossack, Berlin 1985, S. 5.

heißt – „in der Änderung des Namens zum Ausdruck“ gekommen sei.³² Die Umbenennung der Friedrich-Wilhelms- in Humboldt-Universität zu Berlin wird allgemein als Anerkennung und Verpflichtung beurteilt: als politische Anerkennung der umfassenden Integration der Universität in den „fortschrittlichen“, respektive „antifaschistisch-demokratischen“ Prozeß der Sowjetisierung und als institutionelle Verpflichtung der Universität, ihn entsprechend zu erfüllen und aktiv auszugestalten.³³

Die offizielle Umbenennung erfolgte am 8. Februar 1949, gut zwei Monate nach der Gründungsfeier der Freien Universität. Es erscheint bemerkenswert, daß sowohl die Gedenkschriften der Freien Universität 1960 als auch die Jubiläumsschriften der Humboldt-Universität 1960 und 1985 bei aller fundamentalen Gegensätzlichkeit der historischen Wahrnehmung und normativen Beurteilung den tiefgreifendsten Einschnitt der Berliner Universitätsgeschichte in die unmittelbare Nachkriegszeit zwischen dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur und dem Ausbruch des Kalten Krieges datieren. Die Gedenkschriften der Freien Universität nehmen ihn als Bruch, die Jubiläumsschriften der Humboldt-Universität als markante Zäsur in der Kontinuität wahr. Leussink und Kotowski konstatieren dabei das Ende der Friedrich-Wilhelms-Universität, der eine im Frühjahr 1945, der andere im April 1948, und das Selbstverständnis der neugegründeten Freien Universität in der Humboldtschen Tradition im Westteil der Stadt als Anhaltspunkte ihrer zeitgeschichtlichen Einordnung und ihres historischen Werturteils. Die offiziellen sowjetkommunistischen Rückblicke orientieren sich indes im Kontext und in der Termino-

32 Wie Anm. 27, S. 8.

33 Becker/Stulz (wie Anm. 26), S. 646; Rüger (wie Anm. 30), S. 109 f; Die Humboldt-Universität gestern – heute – morgen (wie Anm. 25), S. 132; Walter Mohrmann, Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin von 1945 bis zur Gegenwart. Ein Überblick (= Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin 1), Berlin 1980, S. 28.

logie der vorgegebenen Geschichtsideologie an ihrer Sowjetisierung bis zur Umbenennung.

Leussink und Kotowski unterschieden sich übrigens in ihrer zeitgeschichtlichen Beurteilung und Einordnung der beiden Berliner Universitäten deutlich von der Inaugurationsansprache des Gründungsrektors der Freien Universität Friedrich Meinecke durch ihre dezidierte Ablehnung, die einstige Friedrich-Wilhelms-Universität im Ostsektor der Stadt weiterhin als „alte“ Universität gelten zu lassen. Sie sprachen ihr die legitime Fortsetzung der 1810 begründeten alten Berliner Universitätstradition akademischer Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre ab und sagten ihr den entschiedenen Kampf an. „Es liegt an uns allen, besonders an uns akademischen Bürgern“, führte Leussink aus, „ideologischen Zwiespalt und Doppeltheit der Wertbilder, gegen den Ungeist tapfer kämpfend, auszuhalten und durchzustehen, um auch dadurch die geistige Einheit unseres Volkes zu bewahren.“³⁴ Hierin lag eine weitere Differenz zu Meinecke, der den „Kampf der beiden Universitäten gegeneinander“ abgelehnt und stattdessen „Wetter miteinander“ angeraten hatte.³⁵

Er hat sich damit im aggressiven Klima des Kalten Krieges nicht behaupten können. Leussinks Position und Kotowskis Kennzeichnung der Gründungsgeschichte der Freien Universität als „Kampf um Berlins Universität“³⁶ sind daher von repräsentativer Bedeutung. Ihnen korrespondierte die ideologische Kennzeichnung der Freien Universität von Seiten der Humboldt-Universität als Instrument der Politik reaktionärer „militaristischer und faschistischer Elemente“ oder „aggressiver militaristischer Kreise“ im Kalten Krieg, ja als „Gegenuniversität“.³⁷ Die Humboldt-Universität hat

34 Wie Anm. 20, S. IX.

35 Gründungsfeier der Freien Universität Berlin (wie Anm. 12), S. 21 f.

36 Wie Anm. 8.

37 Wie Anm. 25, S. 131; Kurt Schröder, 150 Jahre Humboldt-Universität zu Berlin. Das Werden einer jungen Universität, in: *Forschen und Wirken* 1 (wie Anm. 24), S. 11.

sich – auch nach Aufnahme einzelner persönlicher, informeller und dezentraler Kontakte, Begegnungen und Formen partieller fachlicher Partnerschaft während der allgemeinen politischen Entspannung des Ost-West-Konflikts – bis zum Zusammenbruch der DDR nicht zu zentraler offizieller Kommunikation, allgemeinem wissenschaftlichem Austausch oder institutioneller Kooperation mit der Freien Universität bereitgefunden.

Daß dies dann schon zweieinhalb Monate nach Öffnung der Mauer durch einen Hochschultag, zu dem die Freie die Humboldt-Universität eingeladen hatte, ohne weitere Umstände ermöglicht werden konnte, dürfte hinreichend verdeutlichen, wie sehr die sowjetkommunistische Diktatur für diese Haltung, wenn nicht Ächtung, verantwortlich gewesen war. Der Präsident der Freien Universität und der Rektor der Humboldt-Universität waren sich nunmehr darin einig, die künftige Zusammenarbeit an der Humboldtschen Gründungskonzeption zu orientieren. „Fehlentwicklungen bis in die letzte Zeit“ führte der Rektor darauf zurück, daß ihrer Verwirklichung durch die jeweiligen Machtverhältnisse enge Grenzen gezogen gewesen seien.³⁸ In der gemeinsamen Selbstver-

38 FU Berlin. Hochschultag 26.01.1990. Freie Universität Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin (= Dokumentationsreihe der Freien Universität Berlin 16), Berlin 1990, S. 26. Der Präsident der Freien Universität Dieter Heckelmann führte in diesem Zusammenhang abschließend aus: das zuvor von ihm skizzierte „universitäre Grundverständnis, wie es auf Wilhelm von Humboldt zurückgeht und weit über Deutschland hinaus Anerkennung und Akzeptanz fand, könnte für beide Hochschulen gleichermaßen Anknüpfungselement für die gemeinsame künftige Zusammenarbeit sein.“ Er werbe für dieses Konzept, das allen Universitätsmitgliedern die besten Chancen gebe, „optimalen Nutzen aus persönlicher Anstrengung für jeden einzelnen selbst, aber auch bei der Erfüllung unserer Gemeinschaftsaufgabe in der Hochschule für Lehre, Forschung und Krankenversorgung zu gewinnen“ (S. 22). Der noch unter dem SED-Regime ins Amt gelangte Rektor der Humboldt-Universität und Präsident der Rektorenkonferenz der DDR Dieter Hass antwortete einleitend: „Mit der Gründung der Berliner Universität im Jahre 1810 durch Wilhelm von Humboldt wurde eine völlig neue

pflichtung auf die Humboldtsche Gründungskonzeption lag die eigentliche, von Friedrich Meinecke auf der Gründungsfeier der Freien Universität ersehnte Wiedervereinigung von alter und neuer Universität. Eine institutionelle kam realistischerweise nicht mehr in Betracht. Sie wäre mittlerweile – auch nach Abbau der Sowjetisierung und schrittweiser Annäherung – auf Grund der mehr als 40jährigen organisatorischen Eigenentwicklung zu Groß- oder Massenuniversitäten schwerlich noch möglich und daher weder ratsam noch sinnvoll gewesen.

Blickt man von den beiden kontroversen, im Werturteil sogar konträren, in der Behauptung des tiefgreifendsten Einschnitts zu Beginn der Nachkriegszeit jedoch weitgehend kongruenten historischen Beurteilungen und Einordnungen auf die gesamte geschichtliche Entwicklung der Berliner Universität³⁹, so läßt sich nicht übersehen, daß der offene Bruch mit den Humboldtschen Gründungsprinzipen keineswegs erst durch die sowjetkommunistische, sondern bereits durch die nationalsozialistische Gleichschaltung der Friedrich-Wilhelms-Universität herbeigeführt

Universitätskonzeption verwirklicht, der wir uns auch heute noch verpflichtet fühlen“ (S. 26). Darüber hinaus stellte er fest, „daß die nunmehr schon mehr als 40jährige getrennte Entwicklung beider aus der Friedrich-Wilhelms-Universität hervorgegangenen Universitäten ein unumkehrbarer Prozeß“ sei (S. 28). Heckelmann hatte sich als Präsident der Freien Universität bereits in einer nach wie vor sehr lesenswerten Rede beim Festakt zum 150. Todestag Wilhelm von Humboldts im Reichstag am 20.05.1985 eingehend und gründlich mit der zentralen Thematik befaßt. Dieter Heckelmann, Wilhem von Humboldt und die Berliner Universität bis zur FU, in: FU-Info 6/85, S. 18 f.

- 39 Einen treffenden konzisen Überblick mit weiterführenden Literaturhinweisen bietet nach wie vor: Rüdiger vom Bruch, Berlin, in: Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eine Universitätsgeschichte in Einzeldarstellungen. Hg. v. Laetitia Boehm und Rainer A. Müller (= Hermes Handlexikon), Düsseldorf, Wien 1983, S. 49- 68. Dazu: ders., Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin. Vom Modell „Humboldt“ zur Humboldt-Universität 1810 bis 1949, in: Demandt (wie Anm. 18), S. 257 - 278.

worden ist, die den Lehrkörper allein in der Phase der Machtergreifung 1933/34 durch pseudolegale Entlassungen um fast ein Drittel dezimierte, die akademische Selbstverwaltung durch die Übernahme des Führerprinzips aufhob und die Freiheit der Wissenschaft ihrer antisemitischen, rassistischen und vulgärdarwinistischen Ideologie unterwarf.⁴⁰

Nicht, daß die Gedenkschriften der Freien und die Jubiläumsschriften der Humboldt-Universität diesen Befund übergangen hätten! Aber sie würdigen ihn durchaus nicht entsprechend als adäquate tiefgreifende und maßgebliche Zäsur. Letztere, indem sie auf Grund der Periodisierung ihrer leninistisch-stalinistischen Geschichtsideologie dieses – wie es in der zitierten Erklärung des Senats der Humboldt-Universität heißt – „dunkelste Kapitel in der Geschichte der Berliner Universität“ der universalgeschichtlichen Epoche bürgerlich-kapitalistischer Klassenherrschaft und Ausbeutung subsumieren und damit tendenziell verharmlosen⁴¹, erstere, indem sie die Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität nicht bereits mit dem – von Leussink analog der Senatserklärung als „12 Jahre finsterster Diktatur“ bezeichneten⁴² – fundamentalen Bruch der Humboltschen Tradition durch ihre erste totalitäre Gleichschaltung enden lassen, sondern bemerkenswerterweise erst mit ihrem Ende oder mit der Etablierung ihrer zweiten.

Die hiermit verbundenen Behauptungen des Untergangs der Friedrich-Wilhelms-Universität und zweier neuer Nachkriegsuniversitäten, einer – in der Humboldt'schen Tradition – illegitimen

40 Karl Dietrich Bracher, Die Gleichschaltung der deutschen Universität, in: Nationalsozialismus und die deutsche Universität (= Universitätstage 1966. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin), Berlin 1966, S. 126 - 142. Allgemein hierzu auch die weiteren Beiträge; Die Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966; Jörg Tröger (Hg.), Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt /M. 1984; Helmut Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, 2 Bde, München 1991.

41 Wie Anm. 27, S. 7.

42 Wie Anm. 20, S. IX.

im sowjetischen Sektor und einer legitimen im Westteil der Stadt, sowie eines tiefen, fundamentalen Kontinuitätsbruchs zwischen der Friedrich-Wilhelms-Universität und der Humboldt-Universität blenden realhistorische Sachverhalte aus, die eine zwar erheblich reduzierte, aber durchaus hinreichende funktionale, institutionelle, lokale und personelle Kontinuität der Berliner Universität 1945/46 und damit ihren äußeren und strukturellen Fortbestand ausweisen. Ihre alte Bezeichnung als Friedrich-Wilhelms-Universität wird nach Beendigung der Kriegshandlungen öffentlich und offiziell in gleichsam stillschweigendem Einvernehmen oder vorseilendem Gehorsam gemieden. Ein König von Preußen kam offenbar nicht länger als Namenspatron der Universität in Frage, auch wenn es sich dabei um den König der Erhebung gegen die napoleonische Fremdherrschaft und der aufgeklärten Staats- und Sozial-, Militär- und Universitätsreform handelte.

Auf den noch geraume Zeit weiter verwandten alten Briefbögen der Fakultäten, Institute und Lehrstühle ist *Friedrich-Wilhelms-* im Kopf vielfach, insbesondere in der Korrespondenz mit der Deutschen Zentralverwaltung, ausgestrichen. Die Leitung der Universität lag bei Kriegsende faktisch in den Händen des Prorektors Hermann Grapow, der sie am 23. Mai 1945 in Anwesenheit zweier Kollegen dem Pädagogen und Philosophen Eduard Spranger mit der Bitte übertrug, die Universität „auf genossenschaftlicher Grundlage“ wieder aufzubauen und durch die Krisenzeit hindurchzusteuern. Spranger hat diesen informellen Vorgang mit Grapow – wie er gut ein Vierteljahr später notiert – als gleichsam letzte Auswirkung des Führerprinzips verstanden und den Auftrag „aus Liebe“ zu seiner Universität angenommen. Der zuständige Dezernent des neuen Magistrats von Berlin, Stadtrat Otto Winzer, bekräftigte ihn Anfang Juni als „kommissarischen Rektor“.⁴³

43 Eduard Spranger, Private Darstellung meiner Tätigkeit als kommissarischer Rektor der Universität Berlin vom 07./9.1945, in: The National Archives Washington. Record Group Nr. 260. OMGUS

Der Präsident der neu eingerichteten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone, Paul Wandel, setzte ihn jedoch am 12. Oktober informell ab und beauftragte tags darauf den Klassischen Philologen Johannes Stroux mit der Führung der Rektoratsgeschäfte.⁴⁴ Auch wenn Spranger korrekterweise von Winzer förmlich hätte entlassen werden müssen, bedeutete seine Ablösung de facto die Beendigung seiner Amts-

5/297-3; Faksimile in: 50. Jahrestag der Wiedereröffnung der Berliner Universität 1946 - 1996. Ausgewählte Dokumente aus den Jahren 1945/46, o.O., o.J. (Hg. v. der Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1996), S. 5 - 8. Ders., Die Universität Berlin nach Kriegsende 1945 (Aufgrund von Aufzeichnungen aus dem Jahr 1945 geschrieben 1953 - 1955), in: ders., Hochschule und Gesellschaft. Hg. v. Walter Sachs (= Gesammelte Schriften, Bd. 10), Heidelberg 1973, S. 276 f.

- 44 Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv (=HUBA), Rektorat Nr. 358, Bl. 1 a, Schreiben der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung an Professor Dr. Johannes Stroux vom 13.10.1945; Faksimile in: 50. Jahrestag der Wiedereröffnung der Berliner Universität 1946 - 1996 (wie Anm. 43), S. 11. Michael Thöndl, Der leitende Ausschuß für Wissenschaft. Die Universitäts- und Hochschulpolitik des Berliner Magistrats im Jahr 1945, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1999, S. 134. Die Ablösung Sprangers durch Stroux war faktisch eine informelle Absetzung oder Entlassung. Der Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Paul Wandel versuchte die Bedeutung dieses Vorgangs herunterzuspielen, indem er dem Rektor und den Dekanen in einer Sitzung im Zentralamt für Wissenschaft und Volksbildung am 12.11.1945 erklärte, der letzte Rektor sei „nicht abgesetzt, sondern lediglich nicht bestätigt worden.“ HUBA, Rektorat Nr. 240/1c. – Allgemein zu den zeitgeschichtlichen Zusammenhängen: Gerhard Wettig, Die Vereinbarungen der Siegermächte über Berlin und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943 - 1945, in: Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik der Alliierten in der besetzten Stadt. Hg. v. Michael Bienert, Uwe Schaper, Andrea Theissen unter Mitarbeit v. Werner Breunig (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin 9), Berlin 2007, S. 17 - 29. Zu Stroux: Sören Flachowsky, Der Wissenschaftsorganisator Johannes Stroux an der Berliner Universität 1945 - 1947, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 7 (2004), S.191 - 214.

zeit, mithin Entlassung als kommissarischer Rektor der Universität durch die Deutsche Zentralverwaltung. Den Hintergrund bilden neben Sprangers eigenständiger konservativer Grundhaltung und Amtsführung als kommissarischer Rektor sowie der sowjetischen Deutschlandpolitik vor allem die institutionelle politische Konkurrenz von Magistrat und Zentralverwaltung hinsichtlich der Zuständigkeit für die Friedrich-Wilhelms-Universität. Winzer und Wandel waren als linientreue Altkommunisten um Ulbricht und Pieck aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrt, zogen politisch mithin an einem Strang.

Die Magistratsabteilung für Volksbildung unterstand der Alliierten Kommandantur, die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung hingegen der Sowjetischen Militäradministration für die sowjetische Besatzungszone. Sowjetischer Einfluß auf die Berliner Universität konnte daher wesentlich wirksamer von der Zentralverwaltung als durch den Magistrat ausgeübt werden. Ob Winzer und Wandel bei der Usurpation der Berliner Universität durch die Deutsche Zentralverwaltung auch an einem Strang zogen, ist nicht geklärt. Es gab jedoch – wie die Ablösung Sprangers durch Stroux belegt – ein informell gut funktionierendes parteipolitisches Zusammenspiel der zuständigen leitenden Bürokratie des Magistrats mit der Deutschen Zentralverwaltung. Der Magistrat und die Alliierte Kommandantur, namentlich die westlichen Besatzungsmächte, haben die unrechtmäßige einseitige Unterstellung der Berliner Universität unter die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, die fraglos nur im Einvernehmen mit der Sowjetischen Militäradministration, formal sogar nur auf deren Befehl erfolgen konnte, nicht gebilligt. Sie haben aber auch nicht energisch genug dagegen protestiert und schon gar nicht von ihrem absoluten politischen Einspruchsrecht Gebrauch gemacht, um eine Rücknahme zu erwirken. Am 8. Januar 1946 erging der Befehl Nr. 4 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, den Lehrbetrieb an der Berliner Universität in der Mathematisch-

Naturwissenschaftlichen, Philosophischen, Medizinischen, Veterinärmedizinischen, Landwirtschaftlichen, Juristischen und Theologischen Fakultät „wieder aufzunehmen“.⁴⁵ Und das hieß mit Ausnahme der 1940 von den Nationalsozialisten errichteten und nunmehr geschlossenen Auslandswissenschaftlichen Fakultät: in allen überkommenen Fakultäten.

III Die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs der Berliner Universität in ihrer kontroversen Deutung als Wiedereröffnung, Neueröffnung und Neugründung

Der Lehrbetrieb begann daraufhin schon knapp zwei Wochen später am 20. Januar. Und am 29. Januar fand ein Festakt zur Wiedereröffnung der Universität im Admiralspalast in der Friedrichstraße, dem Ausweichquartier der Staatsoper Berlin, statt, auf dem der Magistrat durch den Oberbürgermeister Berlins, Arthur Werner, die Sowjetische Militäradministration durch den Leiter der Abteilung Volksbildung, General und Professor Pjotr Wassiljewitsch Solotuchin (Zolotuchin), und die Deutsche Zentralverwaltung durch

45 Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zum Hoch- und Fachschulwesen 1945 - 1949. Hg. v. Gottfried Handel und Roland Köhler (= Studien zur Hochschulentwicklung 57), Berlin 1975, Nr. 17, S. 28 f. Hierzu die parteiische Darstellung: Roland Köhler, Die Zusammenarbeit der SED mit der SMAD bei der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Hochschulwesens (1945 - 1949), Berlin 1985, S.73 - 98; und der persönliche Rückblick: Pjotr I. Nikitin, Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Erinnerungen des Sektorleiters Hochschulen und Wissenschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (= edition bildung und wissenschaft 6), Berlin 1997, S. 23 - 95. Allgemein hierzu in den weiteren universitätsgeschichtlichen Zusammenhängen: Reinhard Schneider, Zwischen Friedrich-Wilhelms-Universität und Humboldt-Universität. Aspekte der Berliner Universitätsgeschichte nach dem Zusammenbruch 1945, in: Gedenkschrift für Reinhold Olesch, hg. v. Hans Rothe, Roderich Schmidt, Dieter Stellmacher, Köln, Wien 1990, S. 211 - 229.

Präsident Paul Wandel vertreten waren. Der Magistrat Berlins kam vor Solotuchin und Wandel durch eine Ansprache des Oberbürgermeisters zu Wort, die trotz ihrer freiheitlichen Entschiedenheit singulär und marginal, wenn nicht isoliert wirkte. Der seit dem 13. Oktober 1945 als Nachfolger Sprangers mit der Führung der Geschäfte betraute Rektor Johannes Stroux wurde vor seiner zentralen Festansprache durch Verleihung der Insignien symbolisch mit seinem neuen Amt bekleidet. Die Eröffnung des Festakts und die Investitur des Rektors oblag Theodor Brugsch, einem parteilosen Mediziner, der 1936 in Halle aus politischen Gründen zwangsemertitert worden war und nunmehr als vom Magistrat reaktivierter Professor der Berliner Universität wie der Charité und als Leiter der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung angehörte. Er begrüßte die Gäste ausdrücklich „im Namen der Unterrichtsverwaltung und zugleich im Namen der Universität“.⁴⁶ Hiermit war offensichtlich eine politische Demonstration beabsichtigt, da die Eröffnung und Begrüßung üblicherweise dem Veranstalter zusteht und die feierliche Investitur unmittelbar auf die relativ ausführlichen Reden Solotuchins und Wandels folgte, sie also sichtlich abschloß und bekräftigte.

Die Universität war damit administrativ klar zugeordnet worden. Zugleich hatte ihre – den Umständen entsprechend – zügige Wiedereröffnung aller Welt vor Augen geführt, daß sie trotz ihrer katastrophalen Verluste und Zerstörungen mitsamt ihren traditionellen Fakultäten und deren Lehrstühlen, Instituten, Seminaren und wissenschaftlichen Einrichtungen als funktionsfähige Institution über das Kriegsende hinaus erhalten geblieben und das Rektorat nicht einmal unterbrochen worden war. Der Lehrbetrieb konnte

46 Deutsches Rundfunkarchiv (DRA) Babelsberg, DOK 2691, ANR 2018642X00: Festakt zur Wiedereröffnung der Humboldt-Universität (!) in der Staatsoper in Berlin 29.01.1946. Ich danke Sören Flachowsky für den freundlichen Hinweis auf diese die schriftlichen und bildlichen Archivalien vorzüglich ergänzende Quelle.

somit nach gut einem halben Jahr forcierter Aufräumarbeit, Reparatur und Reorganisation in hinreichend wiederhergerichteten beheizbaren Räumen mit offiziell 2.863, tatsächlich aber deutlich mehr auf Grund ihrer überprüften *antifaschistisch-demokratischen* Unbedenklichkeit zugelassenen Studierenden und einem bereits durch verschiedene Neuberufungen oder Neueinstellungen ergänzten, insgesamt jedoch durch die erste Entnazifizierung aufgrund ein Viertel geschrumpften Lehrkörper am alten Ort wieder aufgenommen werden.⁴⁷

47 Henny Maskolat, Die Wiedereröffnung der Berliner Universität im Januar 1946, in: Forschen und Wirken (wie Anm. 24), S. 618, 621; Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 97, 104, 380 f. Sie weichen in ihrer Auszählung nach dem Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Friedrich-Wilhelms-Universität des Wintersemesters 1944/45 voneinander ab. Die Unterschiede dürften sichersteindeutig aufklären lassen, wenn eine Binnendifferenzierung der einzelnen Gruppen vorliegt, die die systematische Zuordnung und Berücksichtigung der jeweils subsumierten Teilgruppen nach den Kennzeichnungen des Personalverzeichnisses aufschlüsselt. Maskolat zählt insgesamt 940 Wissenschaftler, Lönnendonker 1007 Lehrkräfte. Im einzelnen sind es: 547 / 603 Professoren, 205 / 206 Dozenten, 188 / 107 + 91 Lehrbeauftragte und Lektoren. Der Lehrkörper des Wintersemesters 1946/47 bestand nach Maskolat, S. 621, noch aus insgesamt 272 Personen: 147 Professoren, 13 Dozenten sowie 112 Lehrbeauftragten und Lektoren, nach Lönnendonker, S. 381, aus 152 Professoren und 137 Dozenten, einschließlich der Lehrbeauftragten und Lektoren. Nach Maskolat gehörten dem Lehrkörper noch 84 aktive und 10 entpflichtete Professoren der alten Friedrich-Wilhelms-Universität an, 43 waren bereits hinzugekommen. Über die restlichen 10 macht sie keine näheren Angaben. Von den 13 Dozenten waren vier neu verpflichtet worden. Die stärkste Veränderung registriert sie bei den Lehrbeauftragten und Lektoren, quantifiziert allerdings nur proportional: von 49 hätten „nur 7 vorher zur Universität gehört, während 42 neu hinzugezogen“ worden seien. Hierzu auch: Studieren in Trümmern. Die Wiedereröffnung der Berliner Universität im Januar 1946. Dokumentation einer Ausstellung von Studierenden des Instituts für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin 24.01. - 11.02.2006. Hg. v. Rüdiger vom Bruch und Christoph Jahr, Berlin 2006, insbesondere die einführenden Bemerkungen der

Was hatte nun dieses bemerkenswerte Ereignis in der Berliner Universitätsgeschichte zu bedeuten? Und was beabsichtigten seine Initiatoren damit auf längere Sicht? War – wie der Mitherausgeber der Gedenkschrift der Freien Universität Hans Leussink meinte – nach dem Ende der alten Friedrich-Wilhelms-Universität im Zusammenbruch des Deutschen Reiches nunmehr eine neue Universität im sowjetischen Sektor Berlins entstanden? Oder war die Berliner Universität – wie die Jubiläumsschriften der Humboldt-Universität aus der offiziellen sowjetkommunistischen Geschichtsideologie deduzieren – nach der Beendigung ihrer bürgerlich-kapitalistischen, zum Schluß faschistischen Periode im Einklang mit den neuen sozialistischen Produktionsverhältnissen zur eigentlichen Bestimmung ihrer Gründungstradition gelangt und damit von der – im unterstellten Kontext des antagonistischen Klassenkampfes – widersprüchlichen zur wahrhaften Humboldt-Universität geworden?

Bereits Georg Kotowski und – auf ihm fußend – Siegwald Lönnendonker haben auf Grund eines späteren vertraulichen Berichts aus der Deutschen Verwaltung (wie die Zentralverwaltung seit 1947 hieß) für den Kulturausschuß des Deutschen Volksrates aus dem Jahre 1948 in der Wiedereröffnung eine Neueröffnung sehen wollen.⁴⁸ Die von der Sowjetischen Militäradministration befohlene

Hgg., S. 5 - 16.

48 Kotowski (wie Anm. 8), S. 18; Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 105 f. In diesem Zusammenhang muß ich mich auch selbst korrigieren. In meiner „Gedenkrede auf Friedrich Meinecke – aus Anlaß der Enthüllung der Gedenktafel am 17.05.1990 Am Hirschsprung 13 in Berlin-Dahlem“, in: FU Berlin, Friedrich-Meinecke-Institut im Fachbereich Geschichtswissenschaften. Forschungstätigkeit und Publikationen 1986 bis 1989. Im Auftrag des Fachbereichs Geschichtswissenschaften hg. v. der Forschungskommission des Fachbereichs (auch als Separatdruck erschienen), Berlin 1990, S. 14, bin ich ohne Kenntnis der – noch nicht zugänglichen – Akten irrtümlicherweise der damaligen Lesart meines Kollegen Georg Kotowski von der geschlossenen Friedrich-Wilhelms-Universität und der Neugründung der Humboldt-Universität gefolgt.

„Wiederaufnahme des Lehrbetriebs“ bedeute nicht die Wiedereröffnung der Universität. Tatsächlich habe es sich – in der zuge- spitzten Formulierung Lönnendonkers – um eine „Neueröffnung als juristische Neugründung“ gehandelt. Die Rechtsgrundlage der Universität sei damit „vollständig geändert worden.“⁴⁹

Es war selbstevident, daß die Berliner Universität am 20. Janu- ar 1946 nach 12 Jahren totalitärer nationalsozialistischer Diktatur nicht einfach wiedereröffnet werden konnte, daß vieles gründlich verändert und manches völlig erneuert werden mußte. Dafür war die erlebte Zäsur, die die moderne Zeitgeschichtsschreibung im Rückblick symbolisch auf den 8. Mai 1945 zu datieren pflegt, zu gewaltig, zu tief und zu groß.⁵⁰ Aber tiefgreifende Umbrüche hat- te die Friedrich-Wilhelms-Universität auch schon 1918/19 und 1933/34 erlebt, ohne daß ihre spezifische Funktion, ihre institutio- nelle Identität und Kontinuität als *Alma Mater Berolinensis* dadurch gänzlich anders geworden oder gar verloren gegangen wäre. Das Neben-, Mit- und Gegeneinander von Eröffnung, *Neu-* und *Wie- dereröffnung* findet sich daher bereits in zahlreichen zeitgenös- sischen Äußerungen, in Sonderheit in der lizenzierten Berliner Tagespresse.⁵¹ Der vor- und umsichtige Rektor Johannes Stroux hatte eine Festlegung vermieden und zur „Eröffnungsfeier“ am

49 Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 105. Hierzu: Schneider (wie Anm. 45), S. 214 f.

50 Allgemein hierzu: Reimer Hansen, *Der 8. Mai 1945 als politische Zäsur*, in: *Der 8. Mai 1945 als politische Zäsur (= Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs 41)*, Kiel 1995, S. 9 - 22.

51 *Der Tagesspiegel* Nr. 24, 2.Jg., 30.01.1946: Eröffnung; *Deutsche Volkszeitung*. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30.01.1946: Eröffnung, wiederholt: Neueröffnung; *Neue Zeit*. Tageszeitung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands Nr. 24, 2. Jg., 30.01.1946: Eröffnung, Wiedereröffnung; *Der Berliner* Nr. 14, 2. Jg., 31.01.1946: Eröffnung; *Tägliche Rundschau*. Zeitung für die deutsche Bevölkerung Nr. 26, 2. Jg., 01.02.1946: Wiedereröffnung. Zu den ersten Berliner Nachkriegszeitungen: Walther G. Oschilewski, *Zeitungen in Berlin im Spiegel der Jahrhunderte*, Berlin 1975, insbesondere S. 235 - 253.

29. Januar 1946 eingeladen: Die Universität Berlin sei mit dem 20. Januar 1946 „wieder eröffnet“ und begehe diesen „Eintritt in eine neue Periode ihres Daseins mit einer Eröffnungsfeier“.⁵²

An dieser Terminologie hielt er auch in seiner feierlichen Ansprache fest, wenn er in der *captatio benevolentiae* vom „Eröffnungsbefehl“ des Obersten Chefs der sowjetischen Militärverwaltung sprach.⁵³ Wandel hingegen wollte das Ereignis in seiner Ansprache ausschließlich als „Neueröffnung der Berliner Universität“ verstanden wissen.⁵⁴ „Ich sprach“, setzte er verschärfend und verdeutlichend nach, „von einer Neueröffnung und nicht von der Wiedereröffnung der Universität.“ Ein einfacher Wiederbeginn sei „nach den Gesichtspunkten und Regeln der Vergangenheit nicht möglich und nicht zu rechtfertigen.“⁵⁵ Damit werde keine Umwälzung der Universität und ihrer Gewohnheiten verlangt, wohl aber die nachdrückliche Forderung erhoben, „daß die Universität dem Neuen Rechnung tragen“ müsse, „das heute wirtschaftlich, kulturell und politisch als unabdingbare Lebensnotwendigkeit vor unserem Volke“ stehe.⁵⁶ Solotuchin verwandte dagegen, ohne sich von Wandel in der Sache hinsichtlich des „Neuen“ zu unterscheiden, auch die Bezeichnung des Vorgangs als „Wiedereröffnung“ der Universität, wenn er – in der deutschen Übersetzung seiner Ansprache – „die Glückwünsche der Sowjetischen Militäradmini-

52 50. Jahrestag der Wiedereröffnung der Berliner Universität 1946 - 1996 (wie Anm. 43), S. 27. „Eröffnung“ ist überdies der in den vorausgehenden Besprechungen auf der zentralen Ebene der Universität von Stroux verwandte Terminus. Er findet sich in den erhaltenen Protokollen von einer Sitzung der Dekane aller Fakultäten im Hause des Rektors am 07.11.1945 bis zur Senatssitzung am 22.01.1946. HUBA, Rektorat Nr. 240/1c.

53 Wie Anm. 46; HUBA, Rektorat Nr. 404, Bd. 1, Bl. 38- 56. Auszugsweise in: 50. Jahrestag der Wiedereröffnung der Berliner Universität 1946 - 1996 (wie Anm. 43), S. 29 - 33.

54 Paul Wandel, Reden zur Kulturpolitik, Berlin 1955, S. 9.

55 Ebd., S. 10 f.

56 Ebd., S. 14.

stration zur Wiedereröffnung der Berliner Universität“ übermittelte. Brugsch wiederum sprach zu Beginn seiner Begrüßung – wie der Rektor in seiner Einladung – von der „Eröffnung der Universität Berlin“ und fügte erläuternd hinzu, der Festakt gelte nicht dem „Ereignis der Wiedereröffnung der Berliner Universität schlechthin“, sondern ihrer „Erneuerung ... auf echt demokratischer Grundlage“. Oberbürgermeister Werner sprach von der „Wiedereröffnung“ als der „sittlichen Wiedergeburt der Universität“, die bis 1933 der Stolz der Stadt gewesen sei.⁵⁷ Ernst Reuter mag sich dieser Formulierung erinnert haben, als er sie knapp drei Jahre später ebenfalls in seiner Eröffnungsrede auf der Gründungsfeier der Freien Universität wählte.

Wiedereröffnung und Neueröffnung werden mithin – außer von Wandel – nebeneinander für ein und denselben Vorgang verwandt. Das gilt selbst für die sowjetkommunistischen Jubiläumsschriften der Humboldt-Universität. Henny Maskolat bezeichnete den Vorgang 1960 als „Wiedereröffnung“, ebenso der Rektor Helmut Klein in seinem Geleitwort zur historischen Dokumentation 1985⁵⁸, das Autorenkollektiv des korrespondierenden historischen Überblicks unter Adolf Rüger dagegen als „Neueröffnung“.⁵⁹ Die von Kotowski und Lönnendonker verallgemeinerte und primär juristisch orientierte Auffassung in einem späteren vertraulichen Bericht aus der Deutschen Zentralverwaltung vor dem Kulturausschuß des Deutschen Volksrates kann sicherlich im Sinne einer „Neueröffnung“, nicht jedoch – auch wenn sie bereits mit einer entspre-

57 Wie Anm. 46

58 Maskolat (wie Anm. 47), S. 605 - 627; ebenso der anonyme Bericht der Redaktion: Für eine wahrhaft humanistische, sozialistische Universität. Zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (1961), S. 186 - 192. Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 50, Anm. 5, hält dies ohne Nachweis für eine nachträglich geänderte Auffassung der DDR-Regierung.

59 Helmut Klein, Zum Geleit, in: Dokumente (wie Anm. 32), S. 5; Rüger, Überblick (wie Anm. 30), S. 98 f; ebenso: Mohrmann 1980 (wie Anm. 33), S. 14 - 16.

chenden ideologischen Mentalreservation verknüpft gewesen sein dürfte – einer „juristischen Neugründung“ aus dem Wortlaut der Ansprache Wandels herausgelesen werden, die überdies in ihrer Ausschließlichkeit selbst in der Sowjetischen Militäradministration und in der Deutschen Zentralverwaltung/Verwaltung – wie die Ansprachen von Brugsch und Solotuchin bereits nahelegen – nicht unumstritten gewesen sein dürfte. Diese Deutung stammt – wie Kotowski zutreffend anmerkt⁶⁰ – von Böhme, das heißt dem Referatsleiter in der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Verwaltung für Volksbildung Traugott Böhme⁶¹, nicht dem Leiter des Studentenreferats Rudolf (Rudi) Böhm, wie es fälschlicherweise bei Lönnendonker heißt.⁶² Böhme war insbesondere für die Erarbeitung der vorläufigen Regelungen für die Verwaltung und Satzung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen in der sowjetischen Besatzungszone zuständig, die sich von 1946 bis 1949 hinzog. Hierbei wurden zunächst unter seiner Federführung in der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft zwei Entwürfe erarbeitet: einer, der das allgemeine Statut für die Aufgaben, die Organisation und die Verwaltung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen in der sowjetischen Besatzungszone betraf, und ein zweiter speziell zur vorläufigen Satzung der Universität Berlin.

Wandels besonderes Verständnis der von der Sowjetischen Militäradministration angeordneten Wiederaufnahme des Lehrbetriebs der Berliner Universität als Neueröffnung schien sich zunächst durchgesetzt zu haben. In § 2 des Entwurfs der vorläufigen Satzung

60 Kotowski (wie Anm. 8), S. 18, Anm. 2.

61 Prof. Dr. Traugott Böhme (1884 - 1954), seit dem 01.03.1946 Referatsleiter in der Deutschen Zentralverwaltung, seit dem 01.05.1947 Professor mit Lehrauftrag, seit dem 21.05.1949 mit vollem Lehrauftrag für Hispanistik in der Philosophischen Fakultät der (Humboldt-)Universität zu Berlin. HUBA, Personalakte.

62 Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 106, Anm. 27. Er zitiert nach Kotowski.

der Universität Berlin vom 16. April 1947 hieß es: „Die Universität Berlin ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Hiermit werden ihr die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen.“⁶³ In den Entwürfen der zweiten und der dritten revidierten Fassung vom 3. Juli und 25. November 1947 lautete die Formulierung übereinstimmend: „Die Universität Berlin ist eine von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung errichtete Hochschule. Sie erhält hiermit die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.“⁶⁴ Sie war in der Tendenz der Grundhaltung Wandels unübersehbar verschärft worden und schloß nunmehr einen Zusammenhang mit der Friedrich-Wilhelms-Universität unmißverständlich aus. Hiergegen scheint jedoch spätestens zu diesem Zeitpunkt aus Anlaß des Entwurfs der dritten Fassung – zumindest von Seiten der Sowjetischen Militäradministration – nicht unerheblicher Widerspruch laut geworden zu sein. Jedenfalls wurde auf Grund einschlägiger Besprechungen zwischen dem Vertreter Solotuchins und Leiter des Sektors Hochschulen und Wissenschaft in der Abteilung für Volksbildung der Sowjetischen Militäradministration, Nikolaj Makarowitsch Woronow (Voronov), auf der einen und Robert Rompe, dem neuen Leiter der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Verwaltung für Volksbildung und Professor für Physik an der Berliner Universität, auf der anderen Seite am 17. Dezember 1947 folgende deutliche Modifikation vereinbart: „Die Universität Berlin ist eine auf der Grundlage der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone neu eröffnete Hochschule.“⁶⁵

63 Bundesarchiv Berlin (= BAB), DR 2: Ministerium für Volksbildung, 1400, Bl. 279.

64 Ebd., Bl. 269, 222.

65 Ebd., Bl. 219. Die Bezeichnung des Sektors Hochschulen und Wissenschaft stimmt mit der der korrespondierenden Abteilung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung überein. Nikitin, der

Damit waren der historische und der juristische institutionelle Zusammenhang der nunmehr ausdrücklich nicht mehr *errichteten*, sondern *neu eröffneten* Berliner Universität mit der Friedrich-Wilhelms-Universität wiederhergestellt. Er wurde schließlich in seiner Bedeutung als – zumindest teilidentischer – Kontinuität von alter und vermeintlich „neuer“ Universität im Entwurf der vierten revidierten Fassung der vorläufigen Satzung der Universität Berlin vom 24. Dezember 1947 noch durch die explizite Kennzeichnung als *Traditionsnachfolge* unterstrichen: „Die Universität Berlin“, hieß es nunmehr, „ist als Traditionsnachfolgerin der ehemaligen Berliner Universität eine von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung neu eröffnete Hochschule.“⁶⁶ Die Deutsche Verwaltung gab sich indes mit diesen keineswegs unerheblichen und offenkundig kompromißhaften Veränderungen nicht zufrieden und kehrte mit ihrer Vorlage der fünften revidierten Fassung der vorläufigen Satzung der Universität Berlin am 12. Februar 1948 – noch dazu unter nomineller Abänderung des Rechtsstatus der Universität von der „Körperschaft“ zur „juristischen Person des öffentlichen Rechts“ – in verschärfender Formulierung zu ihrer alten Position zurück. „Die Universität Berlin“, heißt es wiederum, „ist eine auf Grund des Befehls Nr. 4 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militär-Verwaltung am 20. Januar 1946 neu eröffnete Hochschule. Sie untersteht in ihrer gesamten Tätigkeit dem Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung.“⁶⁷ In dem expliziten Be-

zunächst Stellvertreter Woronows war, wurde Ende 1946 zum Leiter des neu geschaffenen, eigenständigen Sektors „Wissenschaftliche Einrichtungen“ berufen. Nikitin (wie Anm. 45), S. 30 f. Rompe war seit Oktober 1946 Leiter der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung. Am 12.01.1946 war er zum ordentlichen Professor und kommissarischen Inhaber des Lehrstuhls für Physik in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität berufen worden. Er war seit 1932 Mitglied der KPD. HUBA, Personalakte.

66 BAB, DR 2 (wie Anm. 63) Bl. 214.

67 Ebd., Bl. 189.

zug auf den Befehl der Sowjetischen Militäradministration Nr. 4 kam indes weniger dessen Anordnung, den Lehrbetrieb wieder aufzunehmen, als dessen einseitige Auslegung durch Wandel als ausschließliche Neueröffnung zum Ausdruck.

Böhme sah sich überdies veranlaßt, diesen leitenden Gesichtspunkt Tags darauf unter verschärfendem Rückgriff auf die Formulierung des zweiten und dritten Entwurfs noch einmal zusätzlich in argumentativen „Erläuterungen zur 5. revidierten Fassung der ‚Vorläufigen Satzung der Universität Berlin‘“ zu rechtfertigen. „Von einer Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit“, heißt es dort, „darf im Statut der Universität Berlin nicht gesprochen werden. Es muß betont werden, daß die Universität Berlin (ebenso wie der neue Staat) neu errichtet wurde. Es wird dadurch klargestellt, daß die jetzige Berliner Universität nicht personengleich ist mit der früheren Friedrich-Wilhelms-Universität, die eine ‚Körperschaft des öffentlichen Rechts‘ war. Die neue Berliner Universität darf auch nicht als Rechtsnachfolgerin oder Vermögensübernehmerin der alten Universität erscheinen. Andernfalls könnten sämtliche Ansprüche Dritter, die sich gegen die alte Berliner Universität richten, gegenüber der neuen Universität Berlin nach deutschem Rechte in vollem Umfange geltend gemacht werden. Das Statut muß in dieser Hinsicht die Rechtslage eindeutig klären.“⁶⁸

Es steht angesichts der Struktur und Funktion der Deutschen Verwaltung für Volksbildung außer Frage, daß diese exponierte „Erläuterung“ mit der sogar vom neuen Satzungsentwurf abweichenden ausdrücklichen Rückkehr zur Bezeichnung *neu errichtet* nicht ohne Einvernehmen mit ihrem Präsidenten Paul Wandel möglich gewesen wäre, mehr noch: daß sie höchstwahrscheinlich auf seine Weisung verfaßt worden sein dürfte. Auch wird man wohl kaum fehlgehen, ihn hinter dem vertraulichen Bericht zu vermuten, den Böhme 1948 dem Kulturausschuß des Deutschen Volksrates erstattete. Die Rechtsgrundlage für die Berliner Uni-

68 Ebd., Bl. 185.

versität, heißt es dort, sei der Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht an den Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, „eine Universität in Berlin zu eröffnen.“ Daraufhin sei am 20. Januar 1946 die Universität Berlin „eröffnet – nicht *wiedereröffnet*“ worden. Man habe vermieden, an die alte Universität anzuknüpfen. Statt dessen sei „eine neue Schöpfung, eine neue Anstalt“ oder „Einrichtung“ gegründet worden. Diese sei „noch keine juristische Person des öffentlichen Rechts“, da sie noch kein Statut habe. Böhme erweckte den Anschein, daß es bis dahin noch geraume Zeit dauern werde, denn das Statut müsse erst „durch alle Instanzen hindurchgegangen, genehmigt und von einer Besatzungsmacht gebilligt“ worden sein. So lange sei die Universität juristisch eine Dienststelle der Deutschen Verwaltung.

Diese vorgebliche Information erfolgte in unschwer durchschaubarer Absicht unter dreister Verfälschung von Wortlaut und Inhalt des Befehls Nr. 4 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration vom 8. Januar 1946, der die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung bekanntlich angewiesen hatte, den Lehrbetrieb in den sieben alten Fakultäten der Berliner Universität „wieder aufzunehmen“. Böhme schien sich dabei recht sicher zu fühlen, denn ohne die Sowjetische Militäradministration zu erwähnen, erklärte er wörtlich: „so haben wir uns in unserer Verwaltung geeinigt“.⁶⁹ Vergleicht man den erreichten Stand der zitierten Bestimmungen des § 2 in der vierten Fassung des Satzungsentwurfs mit ihrer fünften Neuvorlage einschließlich der entsprechenden

69 Kotowski (wie Anm. 8), S. 18. Dabei gab es auf Seiten der Universität – wohl aus Gründen administrativer Opportunität – durchaus schon eine unschwer erkennbare Bereitschaft, der Deutschen Zentralverwaltung in gleichsam vorausseilendem Gehorsam zu entsprechen. So bat beispielsweise ihr Verwaltungsdirektor am 26.01.1947 die Deutsche Zentralverwaltung aus gegebenem Anlaß eine Entscheidung der Sowjetischen Militäradministration darüber zu erwirken, daß „Vermögenswerte der früheren Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin der jetzigen Universität Berlin belassen bleiben“. BAB, DR 2 (wie Anm. 64), 649.

Erläuterungen Böhmes und seiner Ausführungen vor dem Kulturausschuß des Volksrates, so tritt die Deutsche Verwaltung für Volksbildung unter der bestimmenden Leitung ihres Präsidenten Paul Wandel als Haupthindernis einer einvernehmlichen Verständigung über die Satzung oder das Statut der Berliner Universität in Erscheinung. Ihre ostentative Mißachtung des von Woronow und Rompe vereinbarten Kompromisses und ihre plumpe Manipulation des Befehls Nr. 4 richtete sich nunmehr gegen die Sowjetische Militäradministration selbst und verhinderte dadurch, daß die Universität gemäß der von Böhme vorgetragene internen Selbstverständigung von sowjetischer Seite als eine neue Schöpfung, Anstalt oder Einrichtung mit entsprechender eigener Satzung hätte akzeptiert werden können.

Die mangelnde Bereitschaft der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, den Kompromiß der Aussprache am 17. Dezember 1947 in der vorläufigen Satzung für die Universität Berlin zu verankern, sollte diese schließlich zu Fall bringen. Denn die Arbeit an einer eigenen separaten Satzung der Universität Berlin wurde mit dem Entwurf der fünften Fassung und seiner Revision endgültig eingestellt. Sie mündete von der 6. an in insgesamt 7 weitere Fassungen (6 - 12) von Entwürfen für eine gemeinsame „Vorläufige Satzung der Universitäten der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“. Der Dissens über die Berliner Universität war damit noch nicht endgültig beigelegt, grundsätzlich aber gegen ihre satzungsmäßige Fixierung als eine von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung neu errichtete Hochschule entschieden worden. Am 15. Mai 1948 fand noch eine Besprechung Rompes und Böhmes mit einem Offizier der Sowjetischen Militäradministration über die „5. revidierte Fassung der vorläufigen Satzung der Universität Berlin“ statt, in der § 2 bezeichnenderweise schon nicht mehr Gegenstand der Änderungsvorschläge war.⁷⁰ In der 7. Fassung vom 4. Januar 1949 scheint die Entscheidung für die Rechtsform der

70 BAB, DR 2 (wie Anm. 63), 1400, Bl. 184.

Universität in der Sowjetischen Besatzungszone als „juristische Person“ gefallen zu sein, indem die Alternative der „Körperschaft öffentlichen Rechts“ gestrichen wurde.⁷¹ Kurz darauf wurde die bisherige Bezeichnung „Satzung“ in „Arbeitsordnung“ geändert.⁷² Die abschließenden Bestimmungen der Arbeitsordnung über die Rechtsstellung in § 2 lauteten: „Die Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen unterstehen in ihrer gesamten Lehr- und Forschungstätigkeit der obersten Dienstaufsicht der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. Unmittelbare Aufsichtsbehörde ist das Volksbildungsministerium des Landes. – Die Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen haben die Rechte einer juristischen Person und werden durch den Rektor vertreten, der auch ihr Siegel führt.“⁷³

In einem mit dem Datum des 23. Mai 1949 versehenen und am 27. Mai 1949 abgesandten Schreiben teilte Präsident Wandel dem Rektor der Humboldt-Universität Berlin mit, daß der Deutschen Verwaltung für Volksbildung auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration „unter anderem alle die Durchsicht und Lösung der Grundfragen der gesamten Tätigkeit der Hochschulen betreffenden Aufgaben, darunter die Überprüfung und Neugestaltung der Statuten der Hochschulen und wissenschaftlichen Gesellschaften einschließlich ihrer Bestätigung übertragen“ worden seien. In Ausführung dieser Anordnungen überreichte er ihm die – informell auch weiterhin *Satzung* oder *Statut* genannte – „Vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen in der sowjetischen Besatzungszone“ und fügte hinzu: „Gleichzeitig bestätige ich sie hierdurch und setze sie mit sofortiger Wirkung für die Humboldt-Universität in Berlin in Kraft, daß die darin für die Landesregierungen und die Volksbildungsmi-

71 Ebd., Bl. 150. I

72 16.-18.2.1949. Ebd., Bl. 127 - 132, 98 - 103.

73 Ebd., Bl. 8 (12. Fassung vom 23.5.1949), 55 (11. Fassung vom 02.05.1949).

nisterien der Länder vorgesehenen Zuständigkeiten“ sinngemäß von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung wahrgenommen werden“.⁷⁴ In diesem Unterschied kam der verbliebene Rest seiner ursprünglichen Intention einer eigenen Satzung für die Berliner Universität zum Ausdruck. Aber diese Besonderheit bestand ja bereits seit der eigenmächtigen Verlagerung der Zuständigkeit vom Berliner Magistrat auf die Deutsche Zentralverwaltung und der Ablösung Sprangers durch Stroux am 12./13. Oktober 1945. Wandels Schreiben vom 23. Mai 1949 ist nunmehr übrigens – gut ein Vierteljahr nach der offiziellen Umbenennung – ausdrücklich an den Rektor der *Humboldt-Universität* Berlin gerichtet.

Die *Aufgaben* der Universitäten waren in § 1 geregelt. Zu ihren klassischen wissenschaftlich-akademischen Aufgaben in Lehre, Forschung, Ausbildung und Nachwuchsförderung waren die Ziele der aktiven *antifaschistisch-demokratischen* Orientierung „im Geiste der Demokratie, des sozialen Fortschritts und der Völkerverständigung“ getreten. Sie werden daher ausdrücklich in die aktive Teilnahme an „der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des deutschen Volkes“ einbezogen und, „unter Ablehnung aller reaktionären, nazistischen, imperialistischen und militaristischen Bestrebungen, in den Dienst seiner dringendsten nationalen und humanen Aufgabe: der Schaffung und Erhaltung eines einigen, friedlichen und demokratischen Deutschlands“ gestellt. Schließlich werden sie als „wahre Volksuniversitäten“ definiert, denen die Aufgabe obliege, mit allen überkommenen Standes- oder Klassenbegünstigungen zu brechen und das Arbeiter- und Bauernstudium zu fördern. Die Universitäten erhalten überdies durch die Bestimmungen des § 5 die Aufgabe, sich als öffentliches Rechtssubjekt oder „juristische Person“ (§ 2) im Rahmen der Dienstaufsicht durch die Deutsche Verwaltung für

74 HUBA, Rektorat Nr. 662. Das Schreiben trägt den Eingangsstempel des Rektorats vom 28.05.1949. Der etwas abweichende Entwurf des Schreibens: BAB, DR 2, 1400, Bl. 7.

Volksbildung selbst, und zwar durch die überkommenen und größtenteils bereits seit der Wiedereröffnung bestehenden Organe des Rektors, des Senats, des Konzils sowie der Engeren und Weiteren Fakultäten, zu verwalten. Eine „juristische Neugründung“ auf „vollständig“ geänderter Rechtsgrundlage läßt sich – wie Lönendonker im Anschluß an Kotowski meint – mithin weder aus der Form der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs am 20. Januar 1946 noch aus dem eigentlichen Statut, der am 23. Mai 1949 schließlich in Kraft gesetzten „Vorläufigen Arbeitsordnung“, ableiten oder herauslesen. Die Sowjetisierung der Universität erfolgte schwerlich auf Grund einer veränderten „Rechtsgrundlage“, sondern der erdrückenden politischen Machtverhältnisse, die eine sukzessive Instrumentalisierung, politische Manipulation und ideologische Verfälschung der in der „Vorläufigen Arbeitsordnung“ verankerten zentralen Ziele und Funktionen durch die Diktatur der sowjetkommunistischen Einheitspartei ermöglichten, die im Wortlaut grundsätzlich mit der – auf den Dreierkonferenzen in Jalta und Potsdam vereinbarten – langfristigen-strategischen Nachkriegspolitik der Alliierten gegenüber Deutschland übereinstimmten.

IV Die institutionelle und funktionale Kontinuität der ehemaligen Friedrich-Wilhelms- und die Neugründung der Freien Universität

Die derart erzwungene Gleichschaltung verlief nicht ohne mentale Reservation und passiven, gelegentlich – vor allem auf Seiten der Studenten – sogar offenen Widerstand, vielfach aber auch im Verein mit ängstlicher Resignation, pragmatischer bis opportunistischer Anpassung oder gar bereitwilliger Kollaboration der Betroffenen. In diesem Kontext reifte schließlich die Initiative zur Gründung einer neuen freien Universität im Westteil der Stadt. Paul Wandels langfristige Zielsetzung war zweifellos die Sowjetisierung der Universität. Kurz- und mittelfristig hatte er sich bei Übernahme der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung

in grundlegender Übereinstimmung mit dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945⁷⁵ auf eine *antifaschistisch-demokratische* Übergangszeit eingestellt. Sein Schüler auf der Komintern-Schule im sowjetischen Exil Wolfgang Leonhard hat ihn treffend als linientreuen Sowjetkommunisten beschrieben. Er sei nach seiner Ernennung „zunächst als überparteilicher Demokrat“ aufgetreten, der sich „für den Humanismus“ einsetze.⁷⁶

Diese Haltung geht ebenfalls aus seiner Ansprache auf dem Festakt zur Wiedereröffnung der Berliner Universität hervor, in der sich freilich über die kurz- und mittelfristige Orientierung hinaus auch schon andeutungs- und ansatzweise die langfristige Zielsetzung abzeichnet. Als *Résumé* der ausgerufenen Neueröffnung kündigte er „tiefgreifende Veränderungen“ auf allen Gebieten des wissenschaftlichen Lebens der Universitäten und Hochschulen an. Dabei stellte er die rhetorische Frage nach den Ideen, die „nach Meinung der demokratischen Kräfte unsere Universität beherrschen“ sollten, und gab eine nicht minder rhetorische, zunächst geschichtliche und sodann aktuelle Antwort: An der geistigen Pforte der Berliner Universität habe „die Idee der Humanität“ gestanden, „wie sie in Anlehnung an die Größten der Menschheit von den Größten unseres Volkes“ in ihrer Lebensarbeit und ihrem Werk gestaltet worden sei, namentlich von Lessing, Herder, Goe-

75 Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Hg. und kommentiert v. Hermann Weber, Köln, Berlin 21964, Nr. 132, S. 431 - 438.

76 Wolfgang Leonhard, Spurensuche. 40 Jahre nach Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1992, S. 258. Leonhard gibt S. 256, eine treffende Charakteristik Wandels: „Persönlich war er sympathisch: Er konnte zuhören, war verständnisvoll und stets intellektuell interessiert. Als Parteifunktionär kannte er aber nur eine Aufgabe: Die Anweisungen der Führung zu erläutern und durchzusetzen. Er hatte sich stets unter Kontrolle; unüberlegte oder ‚ungenau‘ Formulierungen gab es bei ihm nicht. Er wählte seine Worte präzise. Sie stimmten stets mit der offiziellen Parteilinie haargenau überein.“ Dazu: ders., Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955, *passim*, insbesondere S. 240 - 250.

the, Schiller, Beethoven, Kant, Hegel, Humboldt und ungenannten anderen. An der geistigen Pforte „der neu erstehenden Universitäten“ stehe leuchtender als je zuvor „die Idee der Humanität, der Freiheit und des Fortschritts.“⁷⁷ Sie erfordere freilich „Kämpfer für Recht, Demokratie und Menschlichkeit“ und – anders als bisher – eine enge Beziehung zum Volk, namentlich zur Arbeiterschaft. Wandel hob in diesem Zusammenhang ausdrücklich die moderne Arbeiterbewegung und ihre „genialen Führer Marx und Engels“ hervor. Sie hätten eine wissenschaftlich begründete und historisch längst bestätigte Weltanschauung der modernen Arbeiterbewegung geschaffen, die „eine klare Antwort auf die kompliziertesten Fragen des gesellschaftlichen Lebens in allen seinen Entwicklungsphasen“ gebe. Die Vertreter der modernen Arbeiterbewegung hätten zudem „auch heute unserem Volke den Weg zur Rettung und nationalen Wiedergeburt gewiesen – den Weg der demokratischen Erneuerung auf der festen Grundlage der Einheit aller fortschrittlichen und verantwortungsbewußten Kräfte unseres Volkes.“ Die Arbeiterschaft, ihre Bewegung und ihre Lehren seien keine dem Wesen der Universität fremden Kräfte. Ihre bisherige bewußte und gewaltsame Ausschaltung aus der Universität habe keinerlei Berechtigung gehabt und sei eine nicht zu unterschätzende Schädigung der Universität gewesen. Wandel erwähnte ausdrücklich auch „wertvolle Traditionen“ der deutschen Universitäten. Doch auch sie seien „mit manchem belastet, was ihnen entgegen ihrem inneren Wesen von reaktionären Sonderinteressen und Standesprivilegien zugewiesen“ worden sei. Das neue demokratische Deutschland werde „keinen Platz mehr für diese Erscheinungen haben.“ Wiederholt erhob er „die Forderung der klaren Trennung von den faschistischen reaktionären Kräften“ und betonte „den festen Willen zur Ausschaltung all der reaktionären Kräfte“, die die nationale Katastrophe zu verantworten hätten.⁷⁸ Abschließend

77 Wie Anm. 54, S. 13.

78 Ebd., S. 10 - 16, hier 15 f, 10 f.

wandte er sich an die Professoren, Studenten und Studentinnen, um ihnen ihre hohe Verantwortung „an der neuen Universität in Berlin“ bewußt zu machen und sie durch „das Vorbild solcher Männer wie Humboldt, Fichte, Hegel, Virchow, Koch, Helmholtz, Mommsen, Kirchhoff, Kronecker und Harnack“ zu ermutigen.⁷⁹ Wer Wandels Gedankengang folgte, konnte bei aller andeutungsweisen Skizzenhaftigkeit und abstrakten Allgemeinheit der leitenden Begriffe über die „Neueröffnung“, den „Neubeginn“ und den „Neuaufbau der Berliner Universität“⁸⁰ bereits die Umrisse seiner langfristigen Zielprojektion der neuen *Volksuniversität* erkennen.⁸¹ Da alle anderen „wertvollen Traditionen“ im Verlauf ihrer Geschichte durch solche „Erscheinungen“ belastet erschienen, für die im neuen demokratischen Deutschland kein Platz mehr sei, würden der modernen Arbeiterbewegung und ihren Lehren in der Nachfolge ihrer „genialen Führer Marx und Engels“ schließlich der bestimmende Einfluß zufallen. Es dürfte in Anbetracht der Engführung und Zuspitzung des Gedankengangs nicht zweifelhaft sein, daß Wandel hierunter die sowjetkommunistische KPD und ihre sogenannte marxistisch-leninistische Ideologie begriff, die freilich nur noch vulgärmarxistische Grundzüge trug und nach ihrer letzten dogmatischen Fassung 1938 tatsächlich im wesentlichen eine leninistisch-stalinistische Ideologie war.⁸²

79 Ebd., S. 16 - 18.

80 Ebd., S. 10 - 18, hier 10, 15.

81 Der in § 1 der am 23.05.1949 in Kraft gesetzten „Vorläufigen Arbeitsordnung“ verwandte Begriff der „wahren Volksuniversitäten“ (s.o. Anm. 73) wird von Wandel am 29.01.1946 a.a.O bereits politisch umschrieben und von Stroux ausdrücklich verwandt. „Die erneuerte Universität Berlin“, führte er aus, werde „in einem hohen und wahren Sinne des Wortes eine Volksuniversität sein und sich allen zur Bildung aufstrebenden jungen Menschen aus dem Volke öffnen“ (wie Anm. 46).

82 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Unter Redaktion einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU (B). Gebilligt vom ZK der KPdSU (B) 1938, Berlin 1946.

Daß Wandel es mit dieser langfristigen Zielprojektion ernst meinte, möge die Weigerung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung gegenüber der Sowjetischen Militäradministration bekräftigen, die Universität Berlin in ihrer vorläufigen Satzung als „auf der Grundlage der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität neu eröffnete Hochschule“ oder entsprechend als „Traditionsnachfolgerin der ehemaligen Berliner Universität“ zu bezeichnen. Die Deutsche Verwaltung hatte unter seinem maßgeblichen Einfluß offenbar so hartnäckig an ihrer Weigerung festgehalten, daß die Arbeit an einer – insbesondere von ihm selbst so nachdrücklich betriebenen – eigenen Satzung für die Universität Berlin schließlich scheiterte und eingestellt wurde. Ebenso wenig hatte die Deutsche Verwaltung sich mit der Kennzeichnung der Berliner Universität als *neu errichteter Hochschule* oder auch nur mit der apodiktischen Definition der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs als ausschließlicher Neueröffnung durchsetzen können, wie Wandel sie in seiner grundsätzlichen Ansprache auf dem Festakt am 29. Januar 1946 vorgetragen hatte.

Dabei sah sie – wie aus Böhmes Erläuterungen zur fünften revidierten Fassung der vorläufigen Satzung der Universität Berlin sowie aus seinem vertraulichen Bericht vor dem Kulturausschuß des Deutschen Volksrates hervorgeht – *Neu-* anstelle von *Wiedereröffnung*, noch nicht einmal als völlig hinreichende Kennzeichnung an, sondern erst *Neuerrichtung* oder gar *-gründung*. Die Berliner Universität sei am 20. Januar 1946 auf Befehl der Besatzungsmacht „eröffnet – nicht wiedereröffnet“ worden, führte Böhme wider besseres Wissen vor dem Kulturausschuß aus. Und knüpfte dann daran Wandels weit darüber hinausgehende, mit dem 5. Satzungsentwurf endgültig gescheiterte Maximal- oder Idealversion an: man habe bewußt vermieden, „an die alte Universität, die bestand, anzuknüpfen“ und „eine neue Schöpfung, eine neue Anstalt“ gegründet.

Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung scheute offensichtlich die Übernahme etablierter öffentlich- oder verwaltungsrechtlicher

Termini, hinter denen sie für die langfristig-strategische Zielsetzung der umfassenden tiefgreifenden Sowjetisierung mögliche unerwünschte rechtliche und politische Konsequenzen fürchtete. So wurden die zunächst selbst verwandten Begriffe *Satzung* und *Körperschaft des öffentlichen Rechts* durch *Arbeitsordnung* und *juristische Person* ersetzt, ohne dadurch in den insgesamt 12 fortlaufenden Entwürfen die eigentliche institutionelle Struktur oder Verfassung der Universität grundlegend zu verändern. Der historische Terminus Wiedereröffnung hat sich im übrigen neben dem der Neueröffnung selbst in der sowjetkommunistischen Literatur über den 29. Januar 1946 hinaus behaupten, wenn auch schwerlich durchsetzen können. Das dürfte im wesentlichen daran liegen, daß sich trotz aller tiefgreifenden Einschnitte und Veränderungen zwischen der Kriegs- und Nachkriegszeit der Berliner Universitätsgeschichte eine – freilich stark reduzierte, jedoch zumindest partiell und strukturell – erhalten gebliebene institutionelle und funktionale Kontinuität faktisch nicht bestreiten läßt. Dieser Sachverhalt hat zusammen mit der dadurch erst ermöglichten relativ raschen Wiederaufnahme des Lehrbetriebs in stark reduzierter Form, aber in institutioneller, funktionaler und auch größtenteils personeller Kontinuität an Ort und Stelle die allgemeine Wahrnehmung einer auch über die offenkundigen Einschnitte hinweg im ganzen zusammenhängenden realgeschichtlichen Entwicklung von der Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität bis zur gegenwärtigen Humboldt-Universität bewirkt.

Ihre formal und materiell verbindliche Rechtsgrundlage erhielt die Humboldt-Universität erst mit der „Vorläufigen Arbeitsordnung“. Was sie seit ihrer Wiedereröffnung so grundlegend gegenüber der alten Friedrich-Wilhelms-Universität verändert hatte, war indes weit weniger ihre nunmehr fixierte rechtliche Stellung als ihre durch die realen machtpolitischen Verhältnisse erzwungene fortschreitende Sowjetisierung, die schließlich die Neugründung der Freien Universität auslöste. Die exklusive Kennzeichnung *Neueröffnung* war im Grunde eine normative, nicht an der faktischen Re-

alität, sondern an der sowjetkommunistischen Geschichtsideologie orientierte Definition, die Wandels langfristige Zielprojektion antizipierte und durch die vorläufige Satzung gleichsam verordnet werden sollte. Sie war jedoch kein sonderlich geeigneter Rechtsbegriff. Im zweiten und dritten Entwurf der vorläufigen Satzung war wohl vor allem deshalb, aber sicherlich auch wegen der eindeutigen Verstärkung der politischen Intention, aus der *neu eröffneten* eine von der Deutschen Verwaltung *errichtete* Hochschule geworden.

Desgleichen wird in den Erläuterungen Böhmers zum fünften Entwurf aus der *neu eröffneten* (§ 2) wiederum eine *neu errichtete* Hochschule. Und in seinem vertraulichen Bericht vor dem Kulturausschuß heißt es schließlich sogar, daß die Berliner Universität als *neue* Anstalt oder Einrichtung *gegründet* worden sei. *Neueröffnung* war ebensowenig ein tauglicher zeitgeschichtlicher Begriff, der den empirischen Befund historisch triftig und präzise hätte bezeichnen können. Hierfür war *Wiedereröffnung* bzw. *Wiederaufnahme des Lehrbetriebs* weit besser geeignet. Gleichwohl ließ sich Wandels normativer Begriff der *Neueröffnung* durchaus auch – wie die Jubiläumsschrift zur 175-Jahr-Feier ausweist – bei hinreichend flexibler Handhabung mit der Konzeption einer universitären Kontinuität über die tiefe Zäsur des Jahres 1945 hinweg vereinbaren.

Eine *Neueröffnung* der Berliner Universität schloß ihre institutionelle und funktionale Kontinuität keineswegs grundsätzlich aus und ließ sich durchaus als *Wiedereröffnung* der ehemaligen Friedrich-Wilhelms- und künftigen Humboldt-Universität in gründlich veränderter oder erneuerter Gestalt begreifen. Für die Freie Universität war *Neugründung* indes nicht nur die politisch von den Initiatoren bewußt intendierte, sondern auch historisch zutreffende begriffliche Kennzeichnung. Siegmund Lönningendörfer und Tilman Fichter haben sie 1973 im Titel des ersten Teils ihrer im Auftrag des Präsidenten der Freien Universität zusammengestellten Dokumentation „Freie Universität 1948 - 1973. Hochschu-

le im Umbruch“ indes gemieden und ihr den Untertitel „Gegen- gründung wozu?“ gegeben. Im Vorwort heißt es dazu, der Titel sei gewählt worden, „weil nach dem ursprünglichen Konzept die Freie Universität nicht nur das Gegenstück zur Humboldt-Uni- versität sein wollte, sondern zugleich eine Reform-Universität, die die Tradition der überkommenen deutschen Universität kritisch hinterfragte.“⁸³

Solch ein explizites Selbstverständnis läßt sich der Gründungs- geschichte der Freien Universität schwerlich entnehmen. Gewiß: sie war aus dem entschiedenen Protest und konsequenten Wider- stand der studentischen und öffentlichen Opposition gegen die Sowjetisierung der alten Berliner Universität hervorgegangen, war aber eben deshalb auch als dringliches Desiderat einer in Forschung, Lehre, Studium und Selbstverwaltung freien Hoch- schule neu entstanden. Ihr Mitbegründer als wissenschaftlicher Assistent und späterer Hochschullehrer der Philosophie und Soziologie (1955 - 1972) sowie Rektor (1965 - 1967) und Prorektor (1967 - 1969), Hans-Joachim Lieber, hat den Begriff der „Ge- gegengründung“ offenbar aus dem Untertitel der Dokumentation aufgegriffen und vermutlich in Unkenntnis seines eigentlichen polemischen Ursprungs mit westdeutschen Urteilen assoziiert, dann aber in seinem politischen und zeitgeschichtlichen Kon-

83 Wie Anm. 13, Vorwort. Lämmert (wie Anm. 18), S. 277, meint, der Titel Gegengründung treffe „den Sachverhalt sehr gut“, gibt aber keine Begründung, sondern zitiert statt dessen lediglich die Selbstbegründung Fichters und Lönnendonkers. Der S. 282 nicht nach dem Original, sondern nach Helmut Gollwitzer zitierte – und von diesem wiederum nicht belegte – Brief von Otto Hess an den Gründungsausschuß meint keine Gegen-, sondern eine moderne reformierte Neugründung. Helmut Gollwitzer, Richard Löwenthal, Eberhard Lämmert, 30 Jahre Freie Universität Berlin. Reden anlässlich des 30. Jahrestags der FU-Gründung am 04.12.1948 – gehalten am 05.12.1978 im Theatersaal der Freien Universität (= Dokumentationsreihe der Freien Universität Berlin 5), Berlin 1979, S. 13.

text zurechtgerückt und entscheidend korrigiert. In einem biographischen Rückblick aus dem Jahr 1982 schreibt er, die Freie Universität habe sich entgegen anderslautenden westdeutschen Bewertungen „nicht allein als eine antikommunistische Gegen-gründung gegen die Humboldt-Universität in Ost-Berlin“ verstanden, obwohl deren Ideologisierungspolitik mit ihren restriktiven Folgen „zweifellos den äußeren Anlaß der Gründung“ gebildet habe. Denn: „Die Freie Universität war keine ‚Gründung gegen‘, sondern eine ‚Gründung zu‘ einer Verantwortung der Universität in der und für die Demokratie.“⁸⁴

In dieser Unterscheidung zwischen äußerem Anlaß und eigentlichem Grund, Sinn und Zweck der Entstehung der Freien Universität wird Lieber den leitenden Intentionen der Gründer, namentlich des Vorbereitenden Ausschusses und seines Vorsitzenden Ernst Reuter, zweifellos gerecht. Das gilt indes schwerlich für die Kennzeichnung als „Gegen-gründung“, die bezeichnenderweise dem polemischen Vokabular entstammte, mit dem die Freie Universität aus dem Ostsektor als „Gegenuniversität“ bekämpft wurde.⁸⁵ Bereits vor ihrer offiziellen Gründung am 4. Dezember 1948

84 Hans-Joachim Lieber, Blick zurück. Biographisches zur Hochschulpolitik in Deutschland 1945 - 1982. Eine Dokumentation hg. und eingeleitet v. Michael Erbe und Uwe Henning (Nachdruck der Erstveröffentlichung in den Schriften der Deutschen Sporthochschule Köln 1982), Berlin 1989, S. 19.

85 Als „Gegenuniversität“ war die Freie Universität bekanntlich im Kalten Krieg von der offiziellen Humboldt-Universität denunziert worden: Kurt Schröder (wie Anm. 37), S. 11. Kurt Schröder gehörte mit Walter Neye und Werner Hardtke zu den von 1952 bis 1965 amtierenden drei Rektoren der Humboldt-Universität, „die die Aufstiegschancen der Jahre 1933 bis 1945 als NSDAP-Mitglieder entschieden für sich genutzt hatten“; vom Bruch/Jahr (wie Anm. 47), S. 14. – Der Allgemeine Studentenausschuß der Freien Universität hat aus Anlaß des 60. Jahrestags ihrer Gründung am 04.12.2008 eine Schrift veröffentlicht, die „eine Geschichte der Kämpfe an der FU präsentieren“ will und sich aus der Sicht der Vertretung studentischer Interessen sogar als „Gegen-Geschichte“ versteht. *asta-magazin*, fu60: gegendarstellungen, Berlin 2008, S. 4.

erscheint sie ostentativ als „Dahlemer Gegengründung“ in einem Beschluß des Senats der Universität Berlin. „Es ist bekannt geworden,“ lautet der Text, „daß Studenten der Universität Berlin in der sogenannten ‚West-Universität‘ eingetragen sind. Der Senat stellt fest, daß die Zugehörigkeit zur Universität Berlin unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu der Dahlemer Gegengründung ist. Studenten, die sich an der sogenannten West-Universität eintragen lassen, schließen sich damit von der der Universität Berlin aus.“⁸⁶ Angesichts ihrer Sezession mochte die Neugründung als dezidiert *freie* Universität in partieller oder selektiver Wahrnehmung durchaus als „Gegenstück zur Humboldt-Universität“ erscheinen. Ihre Bezeichnung als „Gegengründung“ entsprach jedoch keineswegs ihrem subjektiven Selbstverständnis wie ihrer objektiven zeitgeschichtlichen Bedeutung und sagt letztlich weit mehr über diejenigen, die sich ihrer bedienen, als über sie selbst aus.

Sie war eben nicht als identifizierende Selbst-, sondern als gegenrhetorische oder feindliche Fremdbezeichnung geprägt und benutzt, verstanden und begriffen worden. Ganz davon abgesehen, daß die Humboldt-Universität ihren offiziellen Namen erst nach der Neugründung der Freien Universität erhielt, erscheinen beide bei Lieber zutreffend im zeitgeschichtlichen Zusammenhang des Kalten Krieges. Der Titel und das Vorwort der Dokumentation entsprechen indes – bis in die wörtliche Formulierung – weit mehr dem hochschulpolitischen Selbst- und Universitätsverständnis der Studentenrevolte der späten 60er und frühen 70er Jahre an der Freien Universität, die neben ihrem aggressiven Antiamerikanismus eine bemerkenswert unkritische Haltung gegenüber der sowjetkommunistischen Diktatur in der DDR einnahm und die in ihren extremen Teilen vorübergehend selbst mit dem Gedanken einer antagonistischen „Gegenuniversität“ gespielt hatte, die die überkommene Universität nicht nur „kritisch hinterfragte“, son-

86 HUBA, Rektorat Nr. 240/1b, Senatsprotokolle, Senatsprotokoll vom 26.10.1948.

dern weitgehend auch radikal in Frage stellte und darüber hinaus großenteils in agitatorischem Extremismus und gewalttätigem Aktionismus auf dem Campus wie in der Öffentlichkeit feindselig bekämpfte.⁸⁷

Die Freie Universität war – wie aus dem Aufruf zur Gründung und den Ansprachen während der Gründungsfeier am 4. Dezember 1948 unmißverständlich hervorgeht – keine *Gegen-*, sondern eine alternative freiheitliche *Neugründung*. Die Bezeichnung *Gegengründung* ist – wie die Analogien *Gegenreformation*, *Konterrevolution* und *Antikommunismus* oder *Antifaschismus* – als historischer Terminus nur von begrenzter theoretischer Erklärungskraft, da sie als konträres Kampfintegral von vornherein nur die pauschale Gegnerschaft und nicht das genuin Eigentümliche auf den Begriff bringt. Der vorbereitende Ausschuß und die Gründerväter wollten in ostentativer Ablehnung der fortschreitenden Sowjetisierung der wiedereröffneten Berliner Universität unter der zunehmenden kommunistischen Gleichschaltung des Ostsektors wie der Ostzone und mit dem erklärten Willen zur Selbstbehauptung während der über die Stadt verhängten Blockade die Neugründung einer dezidiert *freien* Universität ins Leben rufen, die – wie es pathetisch im Gründungsaufruf heißt – „der Wahrheit um ihrer selbst willen“ und darüber hinaus „als geistiger Mittelpunkt des freiheitlichen Berlin der Gesundung Deutschlands dienen“ sollte.⁸⁸

87 Freie Universität Berlin 1948 - 1973. Hochschule im Umbruch, Teil V: Gewalt und Gegengewalt (1967 - 1969), ausgewählt und dokumentiert von Siegward Lönnendonker, Tilman Fichter und Jochen Staadt unter Mitarbeit von Klaus Schroeder (= Dokumentation FU Berlin), Berlin 1983, S. 28, 204 f. Hierzu Bernd Rabehl, Am Ende der Utopie. Die politische Geschichte der Freien Universität Berlin, in Zusammenarbeit mit Helmut Müller-Engberg. Mit einem Vorwort von Uwe Schlicht, Berlin 1988, insbesondere S. 225 - 237.

88 Gründungsfeier der Freien Universität Berlin (wie Anm. 14), S. 67 f. An der Formulierung kann man die Handschrift Edwin Redslobs erkennen. Sie klingt in seiner Rede als Prorektor und Geschäftsführender Rektor auf der Gründungsfeier, ebd., S. 23 - 32,

Sie war nicht gegen, sondern – um es noch deutlicher als Lieber zu formulieren – für etwas neu gegründet worden und sollte – wie Ernst Reuter in seiner Eröffnungsrede auf der Gründungsfeier ausdrücklich erklärte – „ein neues und wohnliches Haus“ für freie Wissenschaft in freiem Studium, freier Lehre, freier Forschung und freier Selbstverwaltung in einer freien Welt sein. „Die Universitäten“, führte er aus, „sollen Stätten freien Wirkens, freien Schaffens und freien Denkens sein, nicht Stätten, an denen Politik im engeren Sinne des Wortes getrieben wird. Aber Voraussetzung für freies Schaffen, Voraussetzung für freies Denken und freies Wirken ist, daß die Welt, in der wir leben und atmen, daß diese Welt selber eine freie Welt ist.“ Und weiter: „Unsere neue Universität ist keine Universität, die einer besonderen politischen Richtung dient. Sie ist eine Universität, die der Erziehung der Jugend, der Erforschung der Wahrheit und der Förderung der Wissenschaft dient.“ Freiheit und Wahrheit seien „unlösbar miteinander verbunden.“ Nur in der Freiheit könne man die Wahrheit erkennen, und nur wer sich der Erforschung der Wahrheit widme, werde wirklich ein freier Mensch sein können.⁸⁹ „Politik im engeren Sinne des Wortes“ oder gar im Dienst einer „besonderen Richtung“ war an der alten Universität so sehr zur Bedrohung von Freiheit und Wahrheit geworden, daß sie zur Gründung der Freien Universität geführt hatte.

Es beruht daher auf einem fundamentalen Mißverständnis, angesichts des von Ernst Reuter formulierten generellen Grundkonsenses über die ins Leben gerufene *freie Universität* von der

bis in die wörtliche Wendung: „die Wahrheit um ihrer selbst willen“ (S. 25), wieder auf und fügt der Freiheit und der Wahrheit die Gerechtigkeit bzw. das Recht als leitende im neuen, von ihm entworfenen Wappen symbolisierte Begriffe, als „unsere Devise“ (S. 31), hinzu. Seine Rede schließt mit dem Résumé: „Die drei Worte sind unser Gelöbnis, sie sind die Leitsterne der Universität, deren festliche Begründung wir begehen: Veritas, Justitia, Libertas“ (S. 32).

89 Reuter, Schriften 3 (wie Anm. 9), S. 547 f.

„Gründung einer politischen Universität“ zu sprechen.⁹⁰ Die Neugründung der Freien Universität sollte in fundamentaler Abkehr von den massiven Restriktionen der Sowjetisierung an der alten Berliner Universität die Freiheit der Wissenschaft als notwendige Bedingung von Forschung, Lehre, Studium und Selbstverwaltung wieder ermöglichen. Hierin stimmte Reuter mit Meinecke wie mit Redslob, aber auch mit den anderen Reden und Ansprachen der Gründungsfeier grundsätzlich überein. Und hierin lag die Kernsubstanz des „ursprünglichen Konzepts“, aus dem erst die institutionellen und organisatorischen Neuerungen der Universitätsverfassung folgen, die später als „Berliner Modell“ bezeichnet worden sind.⁹¹ Das gilt nicht minder für die Verankerung der neuen Universität in den guten und bewährten Traditionen der europäischen und deutschen, speziell auch der Berliner Universitätsgeschichte wie für die kategorische Verurteilung der politischen und ideologischen Bevormundung in Vergangenheit und Gegenwart. Damit war die Frage „wozu?“ hinreichend und umfassend beantwortet. Von einer *Gegen-* oder ihre überkommene Tradition kritisch hinterfragenden *Reform-Universität* ist freilich ebenso wenig die Rede wie von einer *politischen Universität*. Im übrigen ist Reuters für die Gründung der Freien Universität in jeder Hinsicht zentrale Eröffnungsrede überhaupt nicht in die Dokumentation aufgenommen, sie ist bezeichnenderweise ohne Begründung übergangen und ausgeblendet worden.⁹²

90 Untertitel der Anm. 8 angeführten Schrift von Lönnendonker.

91 Tent (wie Anm. 8), S. 184 - 187, 200, passim; Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 337 - 339, 353 f; Uwe Bergmann, in: *Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition. Eine Analyse von Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèvre, Bernd Rabehl (=rororo aktuell 1043), Reinbek bei Hamburg 1968, S. 10 - 12, 186 f; Lämmert (wie Anm. 18), S. 281, passim. Zum „Berliner Modell“ zählen aber auch besondere Neuerungen des Studiums, die erst nach der Gründung der Freien Universität bis Anfang der 50er Jahre hinzugekommen sind. Hierzu: Lieber (wie Anm. 84), S. 21.*

92 Die Zeittafel vermerkt lediglich unter dem 04.12.1948 lapidar:

Die Bezeichnung der Neugründung als *Reform-Universität* ist erst nachträglich erfolgt, als ihr in der öffentlichen Diskussion über eine grundlegende Reform der deutschen Nachkriegsuniversität verschiedentlich Modellcharakter zugeschrieben wurde.⁹³ Dies geschah insbesondere unter Verweis auf die am 4. November 1948 von der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin beschlossene Satzung, die u.a. die Mitwirkung gewählter Vertreter der Studentenschaft an der Beratung und Beschlußfassung der akademischen Selbstverwaltung der Fakultäten, des Akademischen Senats und des Kuratoriums bestimmte.⁹⁴ Hierin lag in der Tat ein wegweisender Reformansatz, der allerdings erst erheblich später in der aktuellen hochschulpolitischen Diskussion zum „Berliner Modell“ erhoben werden und eine zentrale Bedeutung erhalten sollte. Die Satzung selbst war indes nicht aus einem dezidierten Reformkonzept, sondern aus der Initiative des Vorbereitenden Ausschusses zur Gründung der Freien Universität und ihren spezifischen zeitgeschichtlichen Umständen hervorgegangen. Das

„Stadtrat Prof. Reuter übergibt als Vorsitzender des Gründungsausschusses die Freie Universität dem Rektor, dem Senat, den Professoren und der Studentenschaft. Reuter dankt besonders den westlichen Besatzungsmächten für ihre Unterstützung“ (S. 13). Die Inaugurationsrede selbst wird damit völlig unzureichend umschrieben. Dabei hätte sie die Titelfrage „Gegengründung wozu?“ für den Vorbereitenden Ausschuss eingehend und umfassend beantworten können. Ihr Fehlen in der Dokumentation kann schwerlich auf ein zufälliges Versehen zurückgeführt werden, zumal die Zeittafel sie erwähnt, Meineckes Ansprache vollständig dokumentiert wird und die Festrede Redslöbs wie die Ansprache Howleys in wesentlichen Auszügen aufgenommen worden sind.

- 93 Hierzu: Anm. 91. Der Einwand gilt ausdrücklich auch für Tent (wie Anm. 8), S. 200, der „Berliner Modell“ und „Reformuniversität“ bereits auf die Gründung bezieht.
- 94 Satzung der Freien Universität Berlin, 04.11.1948, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945 - 1951, Halbbd. 1. Hg. im Auftrag des Senats von Berlin. Bearbeitet durch Hans J. Reichhardt, Hans U. Treutler, Albrecht Lampe, Landesarchiv Berlin, Abteilung Zeitgeschichte, Berlin 1964, Nr. 352, S. 579 - 583.

Verb *hinterfragen* schließlich findet sich – auch synonym – in keiner Quelle zur Gründungsgeschichte der Freien Universität. Es war eine geradezu kennzeichnende Vokabel des eigentümlichen Jargons der Studentenbewegung.

V Die Grundlegung der Sowjetisierung der Universität Berlin

In den umrissenen zeit- und universitätsgeschichtlichen Zusammenhängen der zweiten Hälfte der 40er Jahre vollzog sich die Umbenennung der alten Berliner Universität. Sie ist mit der gesamten Entwicklung von der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs bis zur Gründung der Freien Universität, insbesondere der Diskussion der Entwürfe für die „Vorläufige Satzung der Universität Berlin“ bis zur 5. revidierten Fassung, unmittelbar verbunden. Wenn sie hier bislang davon getrennt worden ist, so war dafür allein das methodische Argument ausschlaggebend, die einzelnen Gesichtspunkte der einschlägigen Quellen im Interesse ihres historischen Verständnisses nach Möglichkeit zunächst systematisch auseinanderzuhalten, jeweils für sich zu untersuchen und erst mit der Einordnung in den historischen Kontext wieder zusammenzuführen. Von Anbeginn der Nachkriegszeit bestand in der Öffentlichkeit ein unausgesprochener manifester Konsens darüber, die Friedrich-Wilhelms-Universität nicht mehr nach ihrem Stifter, offiziellen Gründer und Namenspatron, dem König von Preußen Friedrich Wilhelm III., sondern nur noch *Universität Berlin* oder *Berliner Universität* zu nennen. In dieser Bezeichnung oder einfach nur als *Universität* erscheint sie durchweg in den Akten der Deutschen Zentralverwaltung⁹⁵ wie in den Sitzungsprotokollen des Magistrats der Stadt Berlin des Jahres 1945.⁹⁶ Das galt selbst

95 BAB, DR 2: Ministerium für Volksbildung.

96 Die Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46. Teil 1: 1945. Bearbeitet und hg. v. Dieter Hanauske (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin 2,1), Berlin 1995, S. 125, 180, 428 f, 489, 665, 680, 754.

für Eduard Spranger, der ihr – wie er schreibt – „seit 45 Jahren durch wechselnde, aber immer gleich starke Bande verbunden war“ und zwei Wochen nach Kriegsende in einem Akt informeller Translation von ihrem letzten Prorektor die Rektoratsgeschäfte übernommen hatte. Er überschreibt seine Notiz über die erste Zeit seiner Amtsführung: „Private Darstellung meiner Tätigkeit als kommissarischer Rektor der Universität Berlin.“⁹⁷

Nachdem er am 12. Oktober 1945 von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung des Amtes enthoben worden war, wurde Tags darauf Johannes Stroux vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung der Sowjetischen Militäradministration als sein Nachfolger eingesetzt. Stroux wurde die Entscheidung zu seinen Gunsten in einem Schreiben der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone vom 13. Oktober 1945 mitgeteilt. Darin heißt es, man habe auf Grund seiner „Besprechungen der letzten beiden Tage mit unseren Herren Professor Dr. Brugsch und Dr. Naas über die Zukunft der deutschen Universitäten“ erfreut von seinem Entschluß Kenntnis genommen, daß er „das verantwortungsvolle Amt als Rektor der Universität Berlin übernehmen“ wolle. Er sei daher „mit unserem Antrag auf Eröffnung der Universität Berlin zum 1. November 1945“ bei der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland als Rektor vorgeschlagen worden. Zugleich wurde ihm unter Vorbehalt der endgültigen Genehmigung der Sowjetischen Militäradministration die Verantwortung übertragen, „als erstes die Aufnahme des Unterrichtes an der Universität Berlin vorzubereiten und um eine erfolgreiche Entwicklung und Pflege der wertvollen Traditionen der Universität bemüht zu sein.“⁹⁸ Damit waren vonseiten der Deutschen Zentralverwaltung die Weichen für die Wiedereröff-

97 Wie Anm. 43.

98 HUBA, Rektorat Nr. 358, Bl. 1a. Faksimile in: 50. Jahrestag der Wiedereröffnung der Berliner Universität 1946 - 1996 (wie Anm. 43). Dazu: Flachowsky (wie Anm. 44), S. 202 - 204.

nung und Wiederaufnahme des Lehrbetriebs gestellt, auch wenn ihre Vorbereitung noch länger dauern sollte, als es hier vorgesehen war.

Bis zu Stroux' vorbehaltlicher Ernennung und Beauftragung hatte der Magistrat der Stadt Berlin unter dem zuständigen Stadtrat für Volksbildung Otto Winzer die Vorbereitung der Wiederaufnahme des Betriebs der Universität in die Hand genommen. Winzer hatte am 11. Juni 1945 einen Ausschuß für Wissenschaften und Hochschulen berufen, dem auch Spranger – zunächst bis zu seinem Rücktritt am 4. September sogar als Vorsitzender – angehörte.⁹⁹ Im Protokoll der Magistratssitzung vom gleichen Tage heißt es, Besprechungen mit antifaschistischen Vertretern der Universität und der Technischen Hochschule „über den Hochschulbetrieb und die Erziehung der akademischen Jugend im neuen Sinne“ hätten zu einem befriedigenden Ergebnis geführt.¹⁰⁰ Gleichzeitig bemühte sich der Magistrat um die Instandsetzung der zerstörten Universitätsgebäude, namentlich des Hauptgebäudes Unter den Linden, und interimistische Ausweichquartiere für die Wiederaufnahme des Betriebs. Am 1. Oktober beschloß er konkrete Maßnahmen für die „Beschaffung von Räumlichkeiten für den Verband der Universität“ im Schloß von Köpenick und in der ehemaligen Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof. Die

99 Spranger (wie Anm. 43), S. 3 f. Spranger schreibt, zum sogenannten „Fünferausschuß“: „Die neugegründete Behörde erhielt später die Bezeichnung ‚Leitender Ausschuß des Amtes für Wissenschaften beim Magistrat der Stadt Berlin (Abteilung Volksbildung)‘ und wurde durch die Ernennung von 3 neuen Mitgliedern erweitert“. Er habe den Vorsitz des Ausschusses am 4.9. „infolge eines Konfliktes“ niedergelegt. Thöndl (wie Anm. 44), S. 118 f. Die zunächst „Bericht“, ab dem 3.7. „Protokoll“ genannten verbindlichen Fixierungen der Gegenstände, Themen und Ergebnisse der „Besprechungen“ oder „Sitzungen“ finden sich: Landesarchiv Berlin (=LAB) C Rep. 120 Nr. 1652: Volksbildung. Leitender Ausschuß Wissenschaft und HUBA, Rektorat Nr. 78: Magistrat. Wiedereröffnung.

100 Sitzungsprotokolle (wie Anm. 96), S. 125.

Besatzungsbehörden, heißt es im Protokoll, seien „an der Wiederaufnahme des Betriebes der Universität“ lebhaft interessiert. Die Medizinische Fakultät werde am 1. November „ihre Arbeit wieder aufnehmen.“ Die Vorarbeiten für „die Wiederaufnahme anderer Fakultäten“, namentlich der Veterinärmedizinischen und Landwirtschaftlichen Fakultät, seien in Angriff genommen worden. Schwieriger sei indes die Situation bei den Fakultäten, „die weltanschaulich beeinflusst“ seien, vor allem bei der Philosophischen Fakultät.¹⁰¹ Am 3. Dezember 1945 beschloß der Magistrat auf Antrag Winzers die Bereitstellung der finanziellen Mittel, um „einen weiteren Teil des Universitätsgebäudes Unter den Linden instand zu setzen“. Der Rektor Stroux sei bemüht, die Fakultäten möglichst im Umkreis des alten Universitätsgebäudes unterzubringen.¹⁰²

In deutlicher Abweichung von diesen offiziellen Protokollnotizen vermerkt Spranger für seine kurze Amtszeit noch in der privaten Darstellung seiner Tätigkeit als kommissarischer Rektor am 7. September, der Termin der Wiedereröffnung der Universität sei „völlig ungewiss“, nachdem die in Aussicht gestellte Eröffnung der vorklinischen Semester für die Mediziner am 1. Juli von der russischen Besatzungsbehörde im letzten Augenblick wieder verboten worden sei. Angesichts der durch schwerste Bombenschäden zerstörten Hauptgebäude im Innern der Stadt habe er sich nach geeigneten Räumen umgesehen. Dabei habe sich das „Haus des deutschen Sports“ auf dem sogenannten Reichssportfeld als „besonders geeignet“ erwiesen. Es sei allerdings noch mit einem englischen Husarenregiment belegt. Sollte diese Lösung nicht glücken, habe er an „die Errichtung eines Barackenlagers in geeigneter Verkehrslage (am Zoologischen Garten) gedacht.“¹⁰³ Außerdem zog er die Institutsgebäude der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Universität in Dahlem und Zehlendorf sowie das

101 Ebd., S. 489.

102 Ebd., S.680.

103 Spranger, Private Darstellung (wie Anm. 43), S. 5.

Hochhaus der Firma Siemens in Siemensstadt in Erwägung.¹⁰⁴ Es dürfte wohl kaum dem Zufall zuzuschreiben sein, daß die von Spranger erwogenen Ausweichquartiere in den drei westlichen Sektoren Berlins lagen, die vom Magistrat beschlossenen dagegen im sowjetischen.

Spranger war auf Grund der Erfahrungen als kommissarischer Rektor zu der Überzeugung gelangt, daß die „Fortführung des Lehrbetriebes in Berlin“ nur gelingen werde, „wenn uns von den vier Kontrollmächten wohlwollende Unterstützung zuteil wird.“¹⁰⁵ Winzer und Wandel setzten dagegen bei aller Rivalität zwischen dem Magistrat und der Deutschen Zentralverwaltung auf die sowjetische Besatzungsmacht. Da die Angehörigen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung Brugsch und Naas, die am 11. und 12. Oktober die Besprechungen mit Stroux führten, auch dem von Winzer berufenen Leitenden Ausschuß für Wissenschaften und Hochschulen der Abteilung für Volksbildung des Magistrats der Stadt Berlin angehörten, Naas zudem bis Anfang September 1945 auch als Referent des Amtes Wissenschaften der Abteilung Volksbildung des Magistrats,¹⁰⁶ liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß nicht nur Wandel, sondern auch Winzer – zumindest indirekt, wenn nicht in konzertierter Aktion – an der ausschließlichen

104 Spranger, Die Universität Berlin (wie Anm. 43), S. 299 f, 319 f.

105 Spranger, Private Darstellung (wie Anm. 43), S. 5 f.

106 Brugsch gehörte dem ursprünglich fünfköpfigen Ausschuß seit seiner Konstituierung am 11.06. an, Naas zählte zu den drei – nach Sprangers Darstellung am 07.09. bereits – nachträglich ernannten Mitgliedern. Ebd., S. 3 f. Dr. Josef Naas war Referent des Amtes für Wissenschaften einschließlich Hochschulen und Universität der Abteilung Volksbildung des Magistrats und überdies Leiter der Kulturabteilung des ZK der KPD. Anfang September 1945 wechselte er in die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, LAB (wie Anm. 99); Thöndl (wie Anm. 44), S. 113 f; Roland Köhler, Die Zusammenarbeit der SED mit der SMAD bei der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Hochschulwesens (1945 - 1949), Berlin 1984, S. 96.

Unterstellung der Berliner Universität unter die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung mitgewirkt hat.

Stroux' Besprechungen in der Deutschen Zentralverwaltung „über die Zukunft der deutschen Universitäten“ hatten jedenfalls Sprangers Entlassung am 12. und Stroux' Ernennung am 13. Oktober 1945 zur Folge. Im entscheidenden Unterschied zu Spranger, der für den Magistrat unter der Alliierten Kommandantur tätig war, hatte nunmehr Stroux den verantwortlichen Auftrag für die Vorbereitung der „Aufnahme des Unterrichts an der Universität Berlin“ in der Zuständigkeit der Deutschen Zentralverwaltung unter der Befehlsgewalt der Sowjetischen Militäradministration erhalten. Winzers Initiative, noch Anfang Dezember 1945 finanzielle Mittel des Magistrats für die Instandsetzung der Universitätsgebäude Unter den Linden bereitzustellen, spricht nicht unbedingt gegen seine mögliche Mitwirkung an der Usurpation der Universität durch die Deutsche Zentralverwaltung, sie läßt sich ebenso gut, wenn nicht triftiger als ein geschicktes Manöver deuten, von ihr abzulenken und Argwohn oder Mißtrauen zu zerstreuen, zumal er den Magistrat kurz darauf verließ.

Die Übernahme der Berliner Universität durch die Deutsche Zentralverwaltung der sowjetischen Besatzungszone war ein nicht unerheblicher eigenmächtiger Verstoß gegen die in Jalta und Potsdam von den *Großen Drei* Staatsoberhäuptern der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens vereinbarte Verwaltung Deutschlands unter der alliierten Militärregierung während der Besatzungszeit nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere gegen die beiden von der European Advisory Commission in London erarbeiteten Abkommen über die Zoneneinteilung und das Kontrollsystem in Deutschland, denen zufolge Berlin keiner der Besatzungszonen angehörte und von der Alliierten Kommandantur unter der allgemeinen Leitung des Alliierten Kontrollrats verwaltet werden sollte.¹⁰⁷ Da zudem der

107 Wettig (wie Anm.44), S. 17 - 29.

Staat Preußen auf der politischen Landkarte Deutschlands unter der Militärregierung des Alliierten Kontrollrats getilgt worden war, schied ein konkurrierender Anspruch aus, und fiel die Zuständigkeit für die Universität Berlin eindeutig der Kommandantur und dem Magistrat, nicht jedoch der Sowjetischen Militäradministration und ihrer Deutschen Zentralverwaltung zu. Der Magistrat hielt zwar weiterhin an seiner rechtmäßigen Zuständigkeit fest, konnte sie jedoch angesichts der Haltung Winzers, der überdies am 11. Dezember 1945 als Leiter der Abteilung Volksbildung ausschied, aber auch der unzureichenden Entschiedenheit der westlichen Besatzungsmächte nicht zurückgewinnen. Eine ausdrückliche Initiative sollte allerdings erst der nach den Wahlen vom 20. Oktober 1946 am 5. Dezember 1946 von der Stadtverordnetenversammlung gewählte neue Magistrat durch einen förmlichen Beschluß unternehmen.

Andererseits war ein besorgtes politisches Mißtrauen gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht und der Deutschen Zentralverwaltung virulent geworden, das sich nicht wieder legen und mit der Verschärfung des Kalten Krieges merklich anwachsen sollte. Peter Thomas Walther beurteilt die Unterstellung der Universität Berlin unter die Deutsche Zentralverwaltung im Rückblick von der Ausgliederung der – ebenfalls einstigen Preußischen – Akademie der Wissenschaften aus der Zuständigkeit des Magistrats in die der Zentralverwaltung im Juni 1946 als den Anfang „eines seit dem Herbst 1945 begonnenen Verfahrens“, das „eine pragmatische und handhabbare Lösung“ einer „offensichtlich undurchdachten Bestimmung“ des Potsdamer Abkommens ermöglicht habe. Damals habe die Sowjetische Militäradministration am 12. Oktober 1945 die Universität der Zentralverwaltung unterstellt. 1946 sei dann die Technische Hochschule Berlin-Charlottenburg dem britischen und 1948 die – aus den Resten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zusammengefaßte – „Deutsche Forschungshochschule“ in Berlin-Dahlem dem amerikanischen Zonenhaushalt

zugewiesen worden.¹⁰⁸ Was rückblickend vielleicht so erscheinen mochte, war indes eine präzedenzlose, einseitige völkerrechtswidrige administrative Usurpation und Okkupation der Universität durch die Deutsche Zentralverwaltung. Es ist selbstverständlich, daß eine politisch so gravierende Maßnahme nicht ohne vorherige Einwilligung der Sowjetischen Militäradministration hätte erfolgen können. Unter ihren einschlägigen Befehlen zum Hoch- und Fachschulwesen fehlt jedoch eine entsprechende Instruktion, die die Deutsche Zentralverwaltung ermächtigt hätte, die Universität dem Berliner Magistrat zu entziehen und ihrer Zuständigkeit zu unterstellen.¹⁰⁹

Die Sowjetische Militäradministration dürfte den riskanten Coup daher wohl eher vorsorglich der Deutschen Zentralverwaltung überlassen haben, um ihn bei entschiedenem eklatanten Widerspruch der westalliierten Mitglieder der Kommandantur und des Kontrollrats gegebenenfalls ohne ernsten Gesichtsverlust wieder rückgängig machen zu können. Als er jedoch ausblieb, konnte sie das *fait accompli* günstig für die dauerhafte Übernahme der Universität in die sowjetzonale Verwaltung ausnutzen. Die Weichen für die Unterstellung der Universität unter die Deutsche Zentralverwaltung der sowjetischen Besatzungszone dürften bereits am 1. Juli 1945, mithin vor ihrer förmlichen Gründung, gestellt gewesen sein, als die Eröffnung der vorklinischen Semester – wie Spranger schreibt – sowjetischerseits „wieder verboten“ worden sei. Anders als bei der Akademie hat die Sowjetische Militäradministration die Universität auch nicht eigens und ausdrücklich in ihrem Befehl zur Wiederaufnahme des Lehrbetriebs der Deut-

108 Peter Th. Walther, Mutmaßungen über ein Nicht-Ereignis: Warum wurde in West-Berlin keine Akademie der Wissenschaften gegründet? In: Michael Lemke (Hg.), Konfrontation und Wettbewerb. Wissenschaft, Technik und Kultur im geteilten Berliner Alltag (1948 - 1973), Berlin 2008, S. 88.

109 Dokumente der Sowjetischen Militäradministration (wie Anm. 45), Nr. 12 f, S. 22 - 24.

schen Zentralverwaltung unterstellt, sondern deren Zuständigkeit bereits – gleichsam selbstverständlich – vorausgesetzt. In ihrem Befehl vom 1. Juli 1946 zur „Wiedereröffnung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ heißt es dagegen, die Akademie sei „der Deutschen Verwaltung für Volksbildung der sowjetischen Besatzungszone zu unterstellen, die die Verantwortung für die rechtzeitige und genügende Finanzierung der Akademie zu übernehmen“ habe¹¹⁰.

Wie Eduard Spranger war auch Johannes Stroux an einer zügigen Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs interessiert. Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung hatte ihm aus Anlaß seiner vorbehaltlichen Einsetzung am 13. Oktober 1945 mitgeteilt, daß sie bei der Sowjetischen Militärverwaltung einen „Antrag auf Eröffnung der Universität zum 1. November 1945“ gestellt und ihn als Rektor vorgeschlagen habe.¹¹¹ Nach Sprangers gescheitertem Anlauf eines partiellen Studienbeginns mit den vorklinischen Semestern plante Stroux, die Universität bereits einen Monat nach seiner Beauftragung mit der Vorbereitung der Wiederaufnahme des Unterrichts zu öffnen. Am 2. November informierte er die Dekane „über den Stand der Vorbereitung zur Eröffnung der Universität“ und das Programm einer geplanten Eröffnungsfeier im Admiralspalast am 12. November¹¹² Bereits am 7. November mußte er ihnen jedoch die „Verschiebung der Eröffnung der Universität“ auf Grund der Schwierigkeiten bei der Zulassung der Studierenden und der Entnazifizierung des Lehrkörpers mitteilen.¹¹³ Auf der Senatssitzung am 27. November hieß es, die „Hauptschwierigkeit für die Eröffnung der Universität bildet nach wie vor die Raumfrage“. Auch müsse „ein grundsätzlicher Befehl Marschall Shukows abgewartet werden.“ Erst danach werde „ein Eröffnungs-

110 Ebd., Nr. 26, S. 42.

111 HUBA (wie Anm. 98).

112 HUBA, Rektorat Nr. 240/1c.

113 Ebd.

termin festgelegt werden.“¹¹⁴ Dies erfolgte schließlich auf der Senatssitzung am 15. Januar 1946 für den 20. Januar 1946,¹¹⁵ der der Befehl der Sowjetischen Militäradministration vom 8. Januar 1946 vorausgegangen war, den Lehrbetrieb an allen überkommenen Fakultäten der Berliner Universität „wieder aufzunehmen“. Damit war nach der Ablösung Sprangers und der Einsetzung Stroux‘ durch die Deutsche Zentralverwaltung das Fundament für die Sowjetisierung der einstigen Friedrich-Wilhelms-Universität gelegt und der potentielle Spielraum universitärer Entscheidungen, aber auch administrativer Maßnahmen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone abgesteckt.

VI Das Für und Wider einer Umbenennung

Nachdem sich mit der totalen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches ein unausgesprochener, offenbar selbstevidenter Konsens darüber eingestellt hatte, die Berliner Universität nicht länger nach dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. zu bezeichnen, bildete sich schon bald in der Stadt ein nicht minder stillschweigendes kryptisch-offiziöses Einvernehmen heraus, sie nach den Brüdern Wilhelm und Alexander von Humboldt oder auch nur nach ersterem als ihrem symbolischen „Gründervater“ zu benennen. Zum Zeitpunkt ihrer Wiedereröffnung schien es bereits so selbstverständlich, daß ihre Umbenennung in Humboldt-Universität als beschlossene Sache galt. Der Mitbegründer und Mitherausgeber der Morgenzeitung *Der Tagesspiegel*, Edwin Redslob, war sich ihrer offenbar so sicher, daß er sie gleichsam antizipierte, als er am Tage der Wiedereröffnung, mithin noch bevor die Feierlichkeiten stattgefunden hatten, in einem Artikel unter dem Titel: „Johannes Stroux, Rektor

114 HUBA, Rektorat Nr. 240, Bd. 1, Bl. 26.

115 HUBA, Rektorat Nr. 240/1c.

der Humboldt-Universität“ veröffentlichte, der mit den Sätzen begann: „Die Universität Berlin öffnet ihre Pforte. Aus der Friedrich-Wilhelms-Universität, der Pflanzschule königstreuer Staatsdiener, ist die Humboldt-Universität geworden. Der Name bedeutet: Hochschule der Humanität, begründet auf der Tradition des Humanismus.“¹¹⁶ Aber auch als die öffentliche Umbenennung während der Eröffnungsfeier wider Erwarten ausgeblieben war, hielt er an ihrer inoffiziellen Bezeichnung fest. Sein Bericht Tags darauf über den Festakt in der Deutschen Oper im Admiralspalast trägt den Untertitel: „Die Eröffnung der Berliner Humboldt-Universität“.¹¹⁷ Noch deutlicher heißt es in einem Aufsatz Redslobs über Wilhelm von Humboldt in dem – im November 1946 gedruckten – *Berliner Almanach* 1947, daß die Universität „bei ihrer Neugründung im Jahre 1946 nach beiden Brüdern den verpflichtenden Namen ‚Humboldt-Universität‘ erhielt.“¹¹⁸

116 Edwin Redslob, Johannes Stroux, Rektor der Humboldt-Universität, in: *Der Tagesspiegel* Nr. 23, 2. Jg., 29.01.1946, S. 3 (Beilage).

117 „Lernen, lernen und noch einmal lernen!“ Die Eröffnung der Berliner Humboldt-Universität, in: *Der Tagesspiegel* Nr. 24, 2. Jg., 30.01.1946, S. 4.

118 Edwin Redslob, Wilhelm von Humboldt, in: *Berliner Almanach* 1947. Hg. v. Walther G. Oschilewski und Lothar Blanvalet, Berlin 1946, S. 210. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Gedanke einer Umbenennung der Friedrich-Wilhelms-Universität nach Wilhelm von Humboldt sogar auf Redslob zurückgeht. Im Protokoll einer „Sitzung der Dekane aller Fakultäten unter Vorsitz des Rektors Magn. Stroux“ am 02.11.1945 (im Protokoll irrtümlich: 02.09.1945) heißt es über einen „Bericht des Rektors über den Stand der Vorbereitung zur Eröffnung der Universität“ bereits am 12.11.1945, daß u.a. eine Kranzniederlegung am Humboldt-Denkmal vorgesehen sei und die Zusammensetzung des Vorbereitungsausschusses aus: „Redslob, Student, Mitglied der Landesverwaltung“ bestehe. HUBA, Rektorat Nr. 240/1c. So gesehen, ließe sich Redslobs Artikel im *Tagesspiegel* vom 29.01.1946 (wie Anm. 116) in seinen allgemeinen einleitenden Passagen womöglich als aktualisierter und umfunktionierter Entwurf einer Ansprache zur ursprünglich geplanten Wiedereröffnung und erwarteten Umbenennung der Universität am 12.11.1945 verstehen. Stroux selbst scheint noch Mitte Januar 1946 mit einer

Selbst wenn es sich bei dieser kontrafaktischen Behauptung wider besseres Wissen nach mehr als einem Dreivierteljahr seit der Wiedereröffnung schon um eine obsessive Manie handeln mochte: die hohe Erwartung der Neu- oder Umbenennung der Universität zum Zeitpunkt ihrer Wiedereröffnung am 29. Januar 1946 war so allgemein, daß selbst die gewiß unverdächtige *Deutsche Volkszeitung*, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, noch post festum am 30. Januar in ihrem Hauptartikel auf der Titelseite über die „Neueröffnung der Humboldt-Universität Berlin“ berichtete.¹¹⁹ Der Artikel dürfte wohl zum Teil ante festum vorbereitet, aber nicht mehr aktuell durchkorrigiert worden sein. Die *Neue Zeit*, die *Tageszeitung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands*, schrieb dagegen ebenfalls im Hauptartikel auf der Titelseite in ihrer Ausgabe vom 30. Januar unter der Überschrift „Im Geiste Humboldts“ zutreffenderweise, der neue Name der Universität sei bei der Eröffnungsfeier wider Erwarten noch nicht bekannt gegeben worden. Sie fuhr dann fort: „Die Nachricht einer hiesigen Zeitung, die von der ‚Humboldt-Universität‘ sprach, eilt also den Tatsachen voraus. Allerdings ist unseren Informationen nach beabsichtigt, die Universität mit dem Namen ihres Gründers zu verbinden.“ Man wolle dafür jedoch „einen besonderen Anlaß abwarten.“¹²⁰ Und so wird die wiedereröffnete Berliner Universität in einer Zwischenüberschrift als: „Die künftige Humboldt-Universität“ bezeichnet. Ob beide Brüder oder nur Wilhelm von Hum-

Umbenennung nicht nach den Brüdern, sondern nur nach Wilhelm von Humboldt gerechnet zu haben. Im Senatsprotokoll vom 15.1.1946 heißt es, vorläufig werde keine „Umbenennung in Wilhelm-von-Humboldt-Universität“ vorgenommen. HUBA, Rektorat Nr. 240, Bd. 1, Bl. 58.

119 Die Berliner Universität eröffnet, in: *Deutsche Volkszeitung* Nr. 24, 2. Jg., 30.01.1946.

120 Im Geiste Humboldts. Feierliche Eröffnung der Universität Berlin, in: *Neue Zeit* Nr. 24, 2. Jg., 30.01.1946. Mit der „hiesigen Zeitung“ konnte am 30.01. wohl nur *Der Tagesspiegel* mit Redslobs Artikel vom Vortage gemeint sein.

boldt: die Umbenennung der ehemaligen Friedrich-Wilhelms- in Humboldt-Universität schien auch unmittelbar nach der Wiedereröffnung nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Es ist indes nicht auszuschließen, bei Edwin Redslob sogar nicht unwahrscheinlich, daß der Beschwörung des Namens *Humboldt* angesichts der ersten, Besorgnis erregenden Erfahrungen im Umgang der sowjetischen Besatzungsmacht mit der Berliner Universität bereits apotropäische Bedeutung zukam, denn er galt und gilt als Synonym für Humanismus, Humanität und Freiheit der Wissenschaft. Die beiden zitierten Artikel von Redslob im *Tagespiegel* über den neuen Rektor Johannes Stroux und die feierliche Wiedereröffnung lesen sich geradezu als selektive Wahrnehmung einer normativen Verpflichtung der Universität zur „Erneuerung im Geiste der Brüder Humboldt“ und somit der Humanität. Aus Stroux' Rektoratsrede zieht er die Quintessenz: „Der Mensch muß zum Kulturwesen umgeformt werden, um wahrhaft Mensch zu sein, das ist das humanistische Ideal. Humanismus führt zu Humanität, Humanität aber bedeutet den Willen zur geistigen und sittlichen Haltung, zu Recht, Sitte und Anstand, zu den Tugenden sozialer und politischer Art.“¹²¹ Hieran konnte er in seiner Rede als Prorektor und Geschäftsführender Rektor auf der Gründungsfeier der Freien Universität Berlin am 4. Dezember 1948 nahtlos anknüpfen.

Im Verlauf ihrer forcierten Sowjetisierung und der Gründung der Freien Universität, an der er als Inspirator des Vorbereitenden Ausschusses maßgeblichen Anteil hatte, wurde die antizipierte „Humboldt-Universität“ dann für ihn wie für den *Tagespiegel* zunehmend auch zur „Linden-Universität“ oder „Universität Unter den Linden“.¹²² Die „Tradition der Brüder Humboldt und ihre

121 Wie Anm. 117.

122 Besonders deutlich durch häufigen Gebrauch der Bezeichnung „Linden-Universität“: Edwin Redslob, Prolog zweier Universitäten, in: Der Tagesspiegel Nr. 244 (914) Beiblatt, 4. Jg., 19.10.1948; beide Bezeichnungen nebeneinander: Im Geiste Humboldts, in: ebd., Nr.

reine Hingabe an Forschung und Wahrheit“, schrieb Redslob am 19. Oktober 1948, setze in Berlin „an Stelle der gewandelten Friedrich-Wilhelms-Universität nun eine freie Lehrstätte fort.“ Er verband damit jedoch keinen Anspruch auf institutionelle Nachfolge und sprach von der Freien Universität ausdrücklich als „der neuen Gründung“. Dabei nahm er die Kennzeichnung der „Linden-Universität“ durch die Deutsche Zentralverwaltung ernst, wie sie insbesondere Wandel und Böhme vertreten hatten. Diejenigen, die meinten, „die Linden-Universität sei noch immer die alte Gründung Wilhelm von Humboldts,“ würden „sich eines Tages vielleicht doch an die bei ihrer Eröffnung verkündete Erklärung erinnern, es handele sich hier nicht um eine Neueröffnung, sondern um eine Neugründung.“ Hieraus folgte für ihn, daß die „Linden-Universität“ nur drei Jahre älter sei als die, „die jetzt gegründet wurde.“¹²³

Redslob ging hierbei recht frei mit der Chronologie der Entwicklung um, die er skizzierte. Gewiß, die Freie Universität hatte zu diesem Zeitpunkt schon mit den ersten Lehrveranstaltungen begonnen, aber ihre offizielle Gründungsfeier sollte noch anderthalb Monate auf sich warten lassen. Und von der Eröffnungsfeier der alten Berliner Universität hatte er selbst noch nicht zu berichten gewußt, was dort angeblich bereits verkündet worden sei. Wandel hatte es zwar abgelehnt, von Wiedereröffnung zu sprechen, war aber in seiner Ansprache am 29. Januar 1946 über die Kennzeichnung des feierlichen Ereignisses als „Neueröffnung“ nicht hinausgegangen. Bei der Realisierung des ehrgeizigen Projekts einer

258 (928), 4. Jg., 04.11.1948; Weltspiegel. Illustriertes Sonntagsblatt des Tagesspiegels Nr. 45, 3. Jg., 7.11.1948.

123 Der Tagesspiegel 19.10.1948 (wie Anm. 122). Auch im Rückblick seiner kleinen Schrift: Edwin Redslob, Freie Universität Berlin (= Berlin Gestalt und Geist 1), Berlin 1963, S. 5, notiert er in einer Fußnote, bei der Eröffnungsfeier im Admiralspalast sei die nunmehrige „Humboldt-Universität“ ausdrücklich als „Neugründung“ erklärt worden.

eigenen, separaten Satzung für die Universität Berlin war „Neugründung“ dann sein Maximalziel gewesen, aber – was Redslob im Herbst 1948 nicht wissen konnte – intern bereits mit dem Projekt selbst gescheitert. Gleichwohl dürfte dem hellhörigen Redslob die interne Auseinandersetzung und begriffliche Verschärfung auf Seiten der Deutschen Verwaltung nicht gänzlich verborgen geblieben sein, zumal „Neugründung“ inzwischen tatsächlich an die Stelle von „Neueröffnung“ getreten war.

Hatte Redslob die alte Berliner Universität während ihrer Wiedereröffnung noch als zeitgemäß zur „Humboldt-Universität“ gewandelte Friedrich-Wilhelms-Universität beurteilt, so erschien sie ihm knapp drei Jahre später als sowjetkommunistische Neugründung der Deutschen Zentralverwaltung, die er nun bevorzugt „Linden-Universität“ nannte. Es erscheint geradezu als eine Ironie der Geschichte, daß sich diese Deutung, die zwölf Jahre später die von der Freien Universität und der Westdeutschen Rektorenkonferenz herausgegebene Gedenkschrift zur 150. Wiederkehr des Gründungsjahres der Friedrich-Wilhelms-Universität bestimmen sollte und auch heute noch nicht gänzlich verstummt ist, an Wandels gescheitertem Maximalziel orientierte. Redslob begab sich zudem mit seiner Deutung in offenen Widerspruch zu Meinecke, der als Gründungsrektor der Freien Universität korrekterweise an alter und neuer Universität festhielt und diese in den weltweiten Kalten Krieg einordnete. Er hat sie indes im *Tagesspiegel* als publizistische Meinung, nicht jedoch als Prorektor und Geschäftsführender Rektor in seiner Festrede auf der Gründungsfeier der Freien Universität vertreten.¹²⁴

124 Redslob hat seine faktische Stellung als Geschäftsführender Rektor überdies nicht auf die institutionelle und rechtliche Position und Funktion des die Rektoratsgeschäfte führenden Prorektors fixiert sehen wollen, sondern sich selbstbewußt als „amtierender Rektor“ bezeichnet (Die jüngste Universität, in: *Der Tagesspiegel* 05.12.1948) und vom Gründungsrektor Meinecke entsprechend als „der ehrwürdigen Gestalt des Rektors honoris causa“ gesprochen.

Auch Stroux scheint offenbar fest damit gerechnet zu haben, daß die ehemalige und mittlerweile grundlegend gewandelte Friedrich-Wilhelms-Universität am Tage ihrer Wiedereröffnung in *Humboldt-Universität* umbenannt werden würde. Dafür enthält seine festliche Inaugurationsrede als Rektor noch zu deutliche Spuren, die sich schwerlich anders interpretieren und erklären lassen. Wie vor ihm bereits Wandel wählte er zur metaphorischen Kennzeichnung der Eröffnung das Bild der Zeitenpforte, von der der Januskopf zur Orientierung rückwärts zum Ursprung und beim Überschreiten der trennenden Schwelle vorwärts in die Zukunft blicke. Beim Rückblick „bis zum Ursprunge unserer Universität“ bemerkt er, daß dieser ebenfalls in Zeiten tiefer Not gelegen habe, aber dank der geistigen Kräfte des deutschen Idealismus und des Humanismus wie der Größe der akademischen Lehrer auf das rühmlichste gelungen sei. Damals sei nicht nur die Universität Berlin, sondern „ein neuer, zu fruchtbarster Entfaltung bestimmter Typus der Universität überhaupt“ entstanden, der „das Wesen der deutschen Universität und der vergangenen Epoche geschaffen“ habe. Das Programm, das Wilhelm von Humboldt „aus seiner Einsicht in die Natur der Wissenschaft und in das Wesen forschender wissenschaftlicher Arbeit“ entworfen habe, bilde auch

Ders., Deutschlands jüngste Hochschule. Zur Eröffnung der Freien Universität, in: Der Tagesspiegel 04.12.1948. In seiner kleinen Schrift: Freie Universität Berlin (wie Anm. 124) bezeichnet er in einer kleinen auszugsweisen Dokumentation der Gründungsfeier Meinecke zutreffend als Rektor und sich selbst als „Geschäftsführenden Rektor“ (S. 29). Im Abbildungsteil wird Meinecke jedoch wieder zum „Ehrenrektor“ (Abb. 3). Und in der skizzenhaften Darstellung nennt er sich selbst sogar in Anführungszeichen „Gründungsrektor“, dem das beglückende Erlebnis zu Teil geworden sei, das Rechtsgefühl und den Mut der Generation der Studierenden der Nachkriegszeit „zu erleben und das Werk der Gründung mit ihnen und für sie durchzuführen“ (S. 6). Im Rückblick von der Zehnjahresfeier sieht er sich schließlich ohne jedes einschränkende Anführungszeichen als veritabler „Gründungsrektor“ der Freien Universität (S. 38 und Abb. 26).

heute „eine Quelle der Kraft und der Wegleitung in die Zukunft“. Denn es sei „in seinem Kerne unvergänglich, weil es nicht einer zeitgebundenen oder persönlich philosophierenden Ansicht“ entsprungen sei, „sondern der bleibenden Wahrheit der Natur des Menschengesistes.“

Mit „gutem Recht“, beschloß Stroux seine würdige Rückschau, „verbleiben die beiden Brüder Humboldt als geistige Patrone am Portal unserer wiedererstehenden Universität.“ Der Geist des Gründers strahle eine erneuernde Wirkung aus. Er werde „von neuem der Schutzherr seiner Schöpfung“.¹²⁵ Die historischen Begriffe des geistigen Patrons oder Schutzherrn entstammten dem Brauch der christlichen Tradition, die Gotteshäuser der Gemeinden den heiligen Glaubenszeugen zu weihen, um sie ihrem geistlichen Patronat, ihrer Mittlerschaft und Fürbitte, ihrem Schirm und Schutz anzuvertrauen. Die Reformation hat ihn aus ihrem spezifischen Verständnis der Heiligen als exemplarische Vor-, Ur- und Inbilder des Glaubens erneuert und in dieser gewandelten Bedeutung beibehalten. Der moderne Staat hat ihn schließlich säkularisiert, im Interesse zeitgemäßer öffentlicher Traditionspflege übernommen und auf alle weltlichen Bereiche seiner Zuständigkeit übertragen. Wie anders, wenn nicht in der Absicht, die Benennung der Berliner Universität nach den Brüdern Wilhelm und Alexander von Humboldt oder auch nur nach ersterem zu begründen, sollten die zitierten Ausführungen Stroux' verstanden werden?

Die Quintessenz der allgemeinen überzeitlichen Bedeutung Wilhelm von Humboldts für die moderne Wissenschaft und in Sonderheit die Berliner Universität sah Stroux in seiner – als „Hauptthese“ oder in metaphorischer Formulierung: als „geistigen Eckstein im Bau der Universität“ bezeichneten – bahnbrechenden

125 Wie Anm. 47. Das Manuskript der Rede Stroux' ist in einem maschinenschriftlichen Durchschlag erhalten in: HUBA, Rektorat Nr. 404, Bl. 38 - 56. Es weicht geringfügig vom gesprochenen Wort ab. Zwischen Bl. 43 und 44 fehlt die Seite 7.

Erkenntnis, daß Wissenschaft ein fortgesetzter Annäherungs- und daher niemals abgeschlossener Forschungsprozeß sei. Er belegte sie in einem ausführlichen Zitat aus dem vermutlich 1809 oder 1810 entstandenen unvollendeten Entwurf der Denkschrift „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“, in dem er es – im Unterschied zur Schule, die es mit fertigen Kenntnissen zu tun habe – als eine Eigentümlichkeit der höheren wissenschaftlichen Anstalten bezeichnete, „dass sie die Wissenschaft immer als ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem behandeln und daher immer im Forschen bleiben“. In anderer Formulierung: daß bei der inneren Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten alles darauf beruhe, „das Princip zu erhalten, die Wissenschaft als etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes zu betrachten und unablässig sie als solche zu suchen.“¹²⁶ Stroux knüpfte hieran ein Zitat Barthold Georg Niebuhrs, der als Humboldts Freund „diese Wahrheit“ weniger grundsätzlich und mehr auf „die praktische Bedeutung für die Lage Deutschlands im Jahre 1810 bezogen“ habe, in der „so manche Analogie zu unserer heutigen Lage“ stecke.¹²⁷ Stroux war bei seiner vorbehaltlichen Bestellung zum Rektor am 13. Oktober 1945 nicht nur damit betraut worden, die Aufnahme des Unterrichts vorzubereiten, sondern ausdrücklich auch, „um eine erfolgreiche Entwicklung und Pflege der wert-

126 Humboldt (wie Anm. 11), S. 256 f; Wilhelm von Humboldts Politische Denkschriften. Hg. v. Bruno Gebhardt, Bd. 1: 1802 - 1810 (= Ders., Gesammelte Schriften 10), Berlin 1903, Nr. 50, S. 250 f, 253; Weischedel, Idee und Wirklichkeit einer Universität (wie Anm. 2), S.193 f, 195.

127 Wie Anm. 46. Das Zitat entstammte der Antrittsrede Niebuhrs in der Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1810, meinte nicht den allgemeinen Begriff, sondern die aktuelle Bedeutung der Wissenschaft und war – anders als das Zitat Humboldts – durch Streichungen auf die Rede Stroux‘ zurechtgeschnitten. Barthold Georg Niebuhr, Kleine historische und philologische Schriften. Zweite Sammlung. Hg. v. Marcus Niebuhr, Berlin 1843, Neudruck Osnabrück 1969, S. 25.

vollen Traditionen der Universität bemüht zu sein.“ Es liegt daher nahe, die ausdrücklichen Bezüge auf Wilhelm von Humboldt und Barthold Georg Niebuhr, vor allem aber die Bezeichnung der Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt „als geistige Patrone“ und damit implizit auch als Namenspatrone der Universität, in diesem Zusammenhang zu sehen.

Eine handschriftliche Aktennotiz läßt zur Gewißheit werden, was die Inaugurationsrede des neuen Rektors nach seiner Investitur – wenn auch kaum verhüllt – nur zu verraten scheint. Stroux notierte in einem Gespräch mit Wandel am 14. Januar 1946, mithin zwei Wochen vor der feierlichen Wiedereröffnung: „Noch keine Umbenennung“.¹²⁸ Tags darauf teilte er dem Senat mit: „Vorläufig wird die Umbenennung in Wilhelm-von-Humboldt-Universität nicht vorgenommen.“ Die offizielle Bezeichnung sei „Universität Berlin.“¹²⁹ Diese Mitteilung ist besonders aufschlußreich, da sie bekräftigt, daß Stroux ursprünglich wohl eine Umbenennung der Universität nicht nach beiden Brüdern, sondern allein nach Wilhelm von Humboldt erwartet haben dürfte. Auch vermag sie zu erhellen, daß er seine Inaugurationsrede vor allem auf die Bedeutung Wilhelm von Humboldts konzentriert hatte. Wandel hingegen erwähnte den Namen Humboldt nur kurz, wobei er ihn zunächst als letzten in der Reihe der „Größten unseres Volkes“ und danach als ersten in der Reihe für Lehrende und Studierende plazierte.

Nicht minder aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang auch der Text einer kurzen feierlichen Ansprache, mit der Theodor Brugsch während der Wiedereröffnung im Rahmen der Investitur des neuen Rektors die Namensverleihung verkünden und – wie er von Hand über dem maschinenschriftlichen Entwurf notierte –

128 HUBA, Rektorat Nr. 358, Schriftwechsel mit der Deutschen Verwaltung, Notizen von Stroux, Bll. 65 ff. Ich danke Peter Thomas Walther für seinen freundlichen Hinweis auf diese Stelle.

129 HUBA, Rektorat Nr. 240, Bd. 1, Bl. 58.

die „Übergabe der Humboldt-Universität an Professor Stroux“ vollziehen wollte. Er ist in seinem Nachlaß überliefert. Brugsch formuliert dort in pathetischer Rede: „Aus der Notzeit geboren, aber mit dem Geiste der Gebrüder Humboldt erhellt“, solle die Universität zu neuem Glanze wieder erstehen. Und wie einst bei ihrer Gründung solle dabei wiederum „das Dioskurenbrüderpaar Humboldt Pate stehen“. Daher gebe die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, in deren Hand die sowjetische Besatzungsbehörde die Betreuung der Universität gelegt habe, ihr „von heute ab den Namen Humboldt-Universität“. ¹³⁰ Was bei Stroux geradezu naheliegend, wenn nicht selbstverständlich erscheint, ruft bei Brugsch einige Verwunderung hervor, denn er gilt nicht gerade als potentieller Tauf- oder Namenspate der *Humboldt-Universität*.

Es liegt gleichsam auf der Hand, daß Stroux sich mit der überzeitlichen Verabsolutierung und Paradigmatisierung des Wissenschaftsbegriffs Wilhelm von Humboldts in Widerspruch zu Wandel begab. Sie trafen sich zwar beide – wie übrigens auch Brugsch – in der Betonung der „Idee der Humanität“, die 1810 an der Pforte der Berliner Universität gestanden habe und dort nun wieder leuchtender als je zuvor stehe. ¹³¹ Aber für Wandel waren alle „wertvollen Traditionen“ der deutschen Universität auch mit den negativen und – wie er formulierte – „reaktionären“ Erscheinungen ihrer Zeit kontaminiert, für die im neuen demokratischen Deutschland kein Platz mehr sei. Lediglich die „genialen Führer“ der modernen Arbeiterbewegung Karl Marx und Friedrich Engels standen in seiner Sicht der Dinge einwandfrei und vorbildlich da. Und weil sie eine seines Erachtens wissenschaftlich begründete und historisch längst bestätigte Weltanschauung hervorgebracht hätten, die selbst die kompliziertesten Fragen kompetent zu beant-

130 Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Archiv, Nachlaß Theodor Brugsch, Nr. 167. Die Kenntnis dieser Quelle verdanke ich einem freundlichen Hinweis von Peter Thomas Walther.

131 Wie Anm. 46; Wandel (wie Anm. 54), S. 13.

worten vermöge, dürfte allen Anwesenden klar gewesen sein, wie er seine rhetorische Frage, welche Ideen nach Meinung der demokratischen Kräfte unsere Universitäten beherrschen sollten,¹³² beantwortet wissen wollte. Ja, daß er der auf Marx und Engels verweisenden materialistischen Weltanschauung – und das hieß im zeitgeschichtlichen Kontext seiner Rede: der sogenannten marxistisch-leninistischen Ideologie in ihrer unter Stalin hypostasierten Gestalt – eindeutig den Vorrang vor der idealistischen Wilhelm und Alexander von Humboldts beimaß.

Stroux' Notiz am 14. Januar 1946 und seine Mitteilung Tags darauf an den Senat lesen sich nicht wie eine Absage, sondern wie eine Vertagung der Umbenennung. Er dürfte daher weiterhin im Sinne seines Auftrags einer „Entwicklung und Pflege der wertvollen Traditionen der Universität“ und im Einklang mit der verbreiteten öffentlichen Erwartung an einer – freilich späteren – Umbenennung der alten Friedrich-Wilhelms- in Humboldt-Universität festgehalten und seine Inaugurationsrede nur entsprechend modifiziert haben. Wandel scheint ihn hierin – wie wohl zunächst auch noch Brugsch – ganz offensichtlich nicht korrigiert und die Brüder Humboldt dementsprechend auch nicht grundsätzlich oder gar ausdrücklich als Patrone oder Schutzherrn abgelehnt zu haben. Sie dürften für ihn jedoch schwerlich noch in Betracht gekommen sein. Der Name Humboldt erscheint in seiner persönlichen Ahnenreihe der „Größten unseres Volkes“ nach Lessing, Herder, Goethe, Schiller, Beethoven, Kant und Hegel an letzter Stelle. Die Reihe der abschließend den Professoren und Studenten als „Vorbild“ genannten Wissenschaftler der alten Berliner Universität beginnt indes mit dem Namen Humboldt. Ihm folgen: Fichte, Hegel, Virchow, Koch, Helmholtz, Mommsen, Kirchhoff, Kronecker und Harnack. Dem jeweiligen Zusammenhang entsprechend, dürfte mit dem letztgenannten Namen der ersten Reihe Wilhelm

132 Ebd.

und dem erstgenannten der letzten Alexander von Humboldt gemeint sein.

Wandel hat sich offenbar nur in dieser politischen Argumentation indirekt gegen eine Umbenennung der ehemaligen Friedrich-Wilhelms- in *Humboldt-Universität* ausgesprochen, sie aber öffentlich und auch unter vier Augen gegenüber Stroux nicht direkt abgelehnt. Das wäre angesichts der unmißverständlichen Gedankenführung wohl auch kaum mehr erforderlich gewesen, vermied aber die offene Konfrontation insbesondere mit Stroux, vor allem jedoch mit der sich allmählich über die Zeitungen wieder herausbildenden öffentlichen Meinung, in der Edwin Redslob eine unüberhörbare Stimme verkörperte. Deutlicher scheinen sich dagegen – indirekten Informationen zufolge – Rompe und Brugsch geäußert und die Neu- oder Umbenennung nach Wilhelm von Humboldt oder beiden Brüdern offen abgelehnt zu haben. Rompe, indem er gegenüber Studenten auf die soziale Herkunft aus dem Junkertum als Träger des Preußentums und Militarismus verwiesen habe,¹³³ Brugsch, weil die Universität bereits weit über dessen Geist hinausgeschritten sei.¹³⁴

Das waren letztlich auch die maßgeblichen Gesichtspunkte, die unausgesprochen, aber indirekt und andeutungsweise hinter der argumentativen Gedankenführung Wandels standen und selbst noch in der Beurteilung Wilhelm von Humboldts in der sowjetmarxistischen Historiographie nach der tatsächlichen Umbenennung virulent geblieben sind.¹³⁵ Und in der Tat: es ist wenig plausibel,

133 Carlo Jordan, *Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945-1989* (= Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Berlin 2001, S. 25.

134 Redslob, Prolog zweier Universitäten (wie Anm. 122).

135 Mit der schließlichen Umbenennung der Berliner Universität in Humboldt-Universität war in Annäherung an die Position Stroux' eine stärkere Gewichtung der allgemeinen, epochenübergreifenden Gesichtspunkte seiner idealistisch-neuhumanistischen Philosophie verbunden. Ein eindruckliches Beispiel dieser Aktualisierung und unverhohlenen Instrumentalisierung Humboldts bietet der

den Namen des Reformkönigs zu streichen und durch den seines zuständigen Reformers zu ersetzen, wenn beide im Lichte der sowjetmarxistischen Geschichtsideologie durch ein und dieselbe vermeintliche historische Gesetzmäßigkeit determiniert erscheinen. Es liegt somit nahe, in diesem Zusammenhang zu vermuten, daß die Deutsche Zentralverwaltung mit ihrer impliziten oder expliziten Ablehnung hinsichtlich der Neu- oder Umbenennung der Berliner Universität andere Absichten verbunden haben dürfte. Die Resonanz der Berliner Tageszeitungen auf die ausgebliebene Namensverleihung während der Wiedereröffnung läßt solch eine Vermutung freilich nicht aufkommen. Die hohe Erwartung schien mithin ungebrochen und die Umbenennung keineswegs fraglich geworden zu sein.

VII Die langwierige Durchsetzung der Umbenennung

Die Gründungsstudentin der Freien Universität Eva Heilmann hat rückblickend in einem Interview mit Siegwald Lönnendonker erwähnt, daß „der Vorschlag“ des Namens Wilhelm von Humboldt „ein geschickter Schachzug der Studenten“ gewesen sei, um eine Benennung der Universität nach Karl Marx oder gar Stalin zu verhindern. Ihr Kommilitone Otto Hess konnte das nicht bestätigen, aber er konnte sich aus der Distanz von viereinhalb Jahrzehnten auch an wichtige Fakten nicht mehr erinnern,¹³⁶ so daß ihr Zeugnis dadurch nicht an Glaubwürdigkeit verliert. Neben Stalin ist auch Lenin als möglicher Namenspatron überliefert.¹³⁷ Beide

Sammelband: Wilhelm von Humboldt 1767 · 1967. Erbe – Gegenwart – Zukunft. Beiträge vorgelegt von der Humboldt-Universität zu Berlin anlässlich der Feier des zweihundertsten Geburtstages ihres Gründers, Halle (Saale) 1967.

136 Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 98, 2, 389. Auch Eva (Furth-)Heilmann wußte sich übrigens 1998 auf direkte Nachfrage nicht mehr an die Befürchtung einer „Stalin-Universität“ zu erinnern.

137 Jordan (wie Anm. 133), S. 25.

dürften indes im Unterschied zu Karl Marx (und Friedrich Engels) nicht ernsthaft als reale Konkurrenten Wilhelm (und Alexander) von Humboldts in Betracht gekommen sein. Aus Lönnendonkers Mitteilung geht nicht hervor, auf welchen Zeitpunkt oder welches Ereignis sich der Vorschlag der Studenten bezog. Denkbar wäre das relativ späte Datum des 3. März 1947, an dem der *Studentenrat* einstimmig beschloß, daß die Berliner Universität „nun endgültig auch offiziell“ den Namen *Wilhelm von Humboldt-Universität* tragen solle.¹³⁸ Nicht unwahrscheinlich wäre indes auch eine frühere studentische Initiative. Frühestens käme wohl schon eine unmittelbare Reaktion auf Wandels Rede während der feierlichen Wiedereröffnung in Betracht. Die Formulierung des Studentenrat-Beschlusses läßt überdies deutlich erkennen, daß er die Umbenennung nicht erst auf den Weg, sondern endlich zum Abschluß gebracht wissen wollte.

Wie dem auch sei: die bereits zum Zeitpunkt der Wiedereröffnung in der Stadt weithin übliche inoffizielle Bezeichnung der ehemaligen Friedrich-Wilhelms- als Humboldt-Universität hatte durch das Engagement der Studierenden – und das hieß: spätestens durch das einstimmige drängende Votum des Studentenrats – auch inneruniversitär entschieden an Nachdrücklichkeit gewonnen. Der Studentenrat war seit dem 17. Dezember 1946 de iure die allgemeine institutionelle Vertretung der Studentenschaft an den Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone.¹³⁹ Nach Erlass der Wahlordnung am 2. Januar wurde er an der Berliner Universität am 6. Februar 1947 gewählt und am 20. Februar 1947 zu seiner ersten Sitzung vom Rektor einberufen.¹⁴⁰ Der einstimmige Beschluß am 3. März 1947 wurde auf seiner dritten Sitzung gefaßt. An der Berliner Universität stand der Studentenrat wie seine bis

138 Freie Universität Berlin 1948 - 1973 I (wie Anm. 13), S. 4.

139 Vorläufiges Statut der Studentenschaft der Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone, 17.12.1946, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945 - 1951 (wie Anm. 94), Nr. 339, S. 563 f.

140 Ebd., Nr. 340, S. 565 - 567.

Mitte Juli 1945 zurückreichenden – zunächst noch dem Magistrat und danach der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zugeordneten – organisatorischen Vorgänger¹⁴¹ in Spannung und bald schon in Opposition zum Rektor, vor allem aber zur übergeordneten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung.¹⁴² Aus der Zuspitzung der hieraus resultierenden Konflikte sollte schließlich der maßgebliche Impuls zum offenen Protest, zur Sezession und Gründung der Freien Universität Berlin hervorgehen.

Bereits zwei Wochen vor dem Beschluß des Studentenrats hatte der neue Magistrat von Groß-Berlin einen weitergehenden Schritt unternommen und die Berliner Universität in einem Grundsatzbeschuß, dem Magistratsbeschuß Nr. 78 vom 17. Februar 1947, ausdrücklich *Humboldt-Universität* genannt. Er sprach „sich grundsätzlich dafür aus, daß die Humboldt-Universität, ebenso wie die Technische Universität Charlottenburg, der Leitung und Verwaltung von Groß-Berlin unterstellt und durch Haushaltsmittel Groß-Berlins unterhalten wird“. Es solle versucht werden, die diesem Ziel bisher entgegenstehenden Schwierigkeiten „durch

141 In Berlin waren die Verhältnisse wiederum von der Konkurrenz zwischen Magistrat und Deutscher Zentralverwaltung bestimmt. Hier war bereits am 16.07.1945 der „Zentralausschuß der Studentenschaft beim Magistrat von Berlin“ eingerichtet (ebd., Nr. 334, S. 555) und nach Gründung der Deutschen Zentralverwaltung formal wieder aufgelöst worden. An seiner Stelle entstand daraufhin die „Studentische Arbeitsgemeinschaft im Jugendausschuß“ (ebd., Nr. 337, S. 558 - 561). – Der „Studentenrat“ war „die allgemeine Vertretung der Studentenschaft der Universität“ und als solche „eine Einrichtung der Universität“. Er unterstand „in seiner Tätigkeit der Aufsicht des Rektors“ : Vorläufiges Statut II § 3 (wie Anm. 139, S. 563). Historisch war er aus der „Studentischen Arbeitsgemeinschaft“ hervorgegangen, die im Mai 1946 in „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten“ umbenannt worden war und unter dieser Bezeichnung an allen Universitäten der sowjetischen Besatzungszone der jeweiligen Landes- oder Provinzialverwaltung, in Berlin der Deutschen Zentralverwaltung, unterstand. Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 195.

142 Ebd., S. 178 - 251; Tent (wie Anm. 8), S. 40 - 103; Schneider (wie Anm. 8), S. 55 - 67; Jordan (wie Anm. 133), S. 29 - 38.

Verhandlungen zu klären und einen maßgeblichen Einfluß auf Leitung und Verwaltung der Humboldt-Universität zu gewinnen.“ Der Magistrat beauftragte die Abteilung für Volksbildung im Einvernehmen mit der Kämmerei, „das zur Erreichung dieses Zieles Erforderliche zu veranlassen.“¹⁴³

Dem im Landesarchiv Berlin verwahrten Beschluß sind drei Entwürfe von Schreiben des Magistrats an die Sowjetische Militäradministration, an die Alliierte Kommandantur und an den Rektor der Humboldt-Universität beigefügt, die das Ersuchen um Unterstellung der Berliner Universitäten unter seine Verwaltung jeweils des näheren begründen.¹⁴⁴ Dabei ist durchweg und ausnahmslos von der *Humboldt-Universität* die Rede, die „die wichtigste Hochschule der Stadt“ sei. Die Universität stelle zusammen mit den übrigen Hochschulen der Stadt „gewissermaßen die Krönung des Berliner Bildungswesens dar.“¹⁴⁵ Diese Bezeichnung erscheint auch in wörtlicher Übereinstimmung in der Begründung der Magistratsvorlage zur Beschlußfassung.¹⁴⁶ Die Initiative ist offenbar nicht über den Beschluß und die Entwürfe hinausgelangt, besaß demnach vor allem demonstrativen Charakter und sollte den durch die deutschlandpolitischen Vereinbarungen der Besatzungsmächte begründeten Anspruch des Magistrats nachdrücklich erneuern und bekräftigen. Demonstrativen Charakter trug offensichtlich auch die ostentative Benennung der ehemaligen Friedrich-Wilhelms- als *Humboldt-Universität*, die sich bezeichnenderweise nur in den nach außen gerichteten Texten des Beschlusses und der

143 Berlin. Quellen und Dokumente 1945 - 1951 (wie Anm. 94), Nr. 344, S. 570 f.

144 LAB, Abteilung Zeitgeschichte (= LAZ) Nr. 5201, abgedruckt in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945 - 1951 (wie Anm. 92), Nr. 344, S. 570 - 574.

145 An die Alliierte Kommandantur, ebd., S. 573, und : An die Sowjetische Militäradministration, ebd., S. 571.

146 LAB (wie Anm. 144), Magistratsvorlage Nr. 67 zur Beschlußfassung für die Sitzung am 17.02.1947.

Briefentwürfe, nicht jedoch in der magistratsinternen Begründung der Vorlage findet.

Die ausdrückliche Bezeichnung der ehemaligen Friedrich-Wilhelms- als *Humboldt*-Universität mußte vom Rektor Unter den Linden, vor allem aber von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, namentlich Wandel und seinen Mitarbeitern Rompe und Böhme, als Anmaßung verstanden werden. Erwartungsgemäß wohl auch von der Sowjetischen Militäradministration und dem sowjetischen Stadtkommandanten. Und das kann vom Magistrat schwerlich anders als bewußt kalkuliert und intendiert gewesen sein, stellte er sich damit doch auf die Seite der vorherrschenden öffentlichen Meinung, isolierte die Widersacher der Umbenennung nach den Brüdern oder Wilhelm von Humboldt und erhöhte den Druck auf sie. Was die Sowjetische Militäradministration und den sowjetischen Stadtkommandanten angeht, dürften auch sie die offizielle Bezeichnung der Universität durch den Magistrat als Humboldt-Universität als unwillkommene, wenn nicht unbefugte Einmischung in ihre Angelegenheiten verstanden haben. In der Sache war dies allerdings keineswegs mehr so sicher. In der langfristig entscheidenden Besprechung zwischen den stellvertretenden Spitzenvertretern der Sowjetischen Militäradministration und der Deutschen Verwaltung Woronow und Rompe über den Entwurf der dritten Fassung der vorläufigen Satzung der Universität Berlin am 17. Dezember 1947 wurde nämlich nicht nur vereinbart, die Universität als „eine auf der Grundlage der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone neu eröffnete Hochschule“ zu definieren, sondern im unmittelbaren Anschluß daran hieß es zudem: „sie führt den Namen Humboldt-Universität Berlin.“¹⁴⁷

In der variierten Umsetzung der vierten revidierten Fassung lautete der gesamte Passus: „Die Universität Berlin ist als Traditionsnach-

147 BAB, DR 2: Ministerium für Volksbildung, 1400, Bl. 219.

folgerin der ehemaligen Berliner Universität eine von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung neu eröffnete Hochschule. Sie erhält hiermit die Rechte einer juristischen Person des öffentlichen Rechts und führt den Namen ‚Humboldt-Universität‘.¹⁴⁸ War die Humboldt-Universität im Kompromiß als eine „auf der Grundlage der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität“ neu eröffnete Hochschule bezeichnet worden, so erschien sie nunmehr „als Traditionsnachfolgerin der ehemaligen Berliner Universität“. Die Tilgung des gleichsam tabuisierten Königsnamens mochte als Abschwächung beabsichtigt sein, an dem hier erstmals explizit zum Ausdruck gebrachten historisch-institutionellen Zusammenhang der Humboldt- mit der Friedrich-Wilhelms-Universität änderte das indes nichts. Aber nicht nur der Kontinuität, sondern auch der Zäsur zwischen beiden wurde hinreichend durch ihre Kennzeichnung als von der Deutschen Verwaltung „neu eröffnete Hochschule“ Rechnung getragen. War die Deutsche Verwaltung offensichtlich nicht bereit, diesen Kompromiß in der fünften revidierten Fassung festzuschreiben, so behielt sie den vereinbarten neuen Namen in Anführungszeichen bei: „Sie führt den Namen ‚Humboldt-Universität‘ und erhält hiermit die Rechte einer juristischen Person des öffentlichen Rechts.“¹⁴⁹ Dieser Teil des Gesprächsergebnisses scheint allerdings – wenn auch widerwillig – schon vor dem Kompromiß am 17. Dezember weitgehend von der Deutschen Verwaltung akzeptiert gewesen zu sein. In einem Brief an Rompe vom 12. Dezember 1947, mithin fünf Tage vor seiner Besprechung mit Woronow, drängt der Studentenrat der Universität Berlin erneut auf die Umbenennung und schlägt hierfür die Amtseinführung des neuen Rektors vor. Sollte eine solche nicht vorgesehen sein, so schlage er den Jahrestag der Wiedereröffnung vor. Zur Begründung führt der Studentenrat aus, ihm sei auf seine wiederholte Bitte zuletzt der Bescheid erteilt worden, daß „nur

148 Ebd., Bl. 214.

149 Ebd., Bl. 189.

ein günstiger Zeitpunkt abgewartet werde, um der Universität den ihr zugedachten Namen ‚Humboldt-Universität‘ zu geben.“ Wie er bereits des öfteren zum Ausdruck gebracht habe, „wäre diese Benennung nur eine Bestätigung der bereits in weiten Kreisen gebrauchten Handhabung“. Er sei daher überzeugt, mit seiner „Zustimmung rechnen zu dürfen.“¹⁵⁰ In der knappen von Böhme „Im Auftrage“ unterzeichneten Antwort ohne Anrede und Grußformel vom 23. Dezember 1947 wird dem Studentenrat mitgeteilt, es sei „beabsichtigt, die Verleihung des Namens ‚Humboldt-Universität‘ gelegentlich der in Kürze zu erwartenden Herausgabe einer ‚Vorläufigen Satzung‘ der Universität Berlin zu vollziehen.“¹⁵¹

Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung schien sich mithin schon vor dem 17. Dezember damit abgefunden zu haben, die bislang bewußt vermiedene und gegen wachsenden öffentlichen Druck auch mühsam verhinderte Umbenennung in *Humboldt-Universität* nicht länger abweisen oder auch nur hinausschieben zu können, sondern einlenken und sich in absehbarer Zeit mit ihr arrangieren zu müssen. Die Vertröstung des Studentenrats auf einen günstigen Zeitpunkt mag bis zu diesem Tag durchaus noch von dilatorischer Taktik mitbestimmt gewesen sein, zumal die Begründung keineswegs aktuell war und die *Neue Zeit* sie bereits zur Wiedereröffnung als erklärende Auskunft für die unterbliebene Namensverleihung kannte. Aber das damals vielleicht noch akzeptierte Argument war inzwischen stumpf geworden, und die Deutsche Verwaltung beschränkte sich nunmehr darauf, einen für sie günstigen Anlaß abzuwarten. Der schien indes seit dem 17. Dezember fixiert, und Böhme hat ihn einen Tag vor der Fertigstellung des vierten revidierten Entwurfs der „Vorläufigen Satzung“ für die Universität Berlin dem Studentenrat analog mitgeteilt.

150 HUBA, Rektorat, Nr. 662, Statuten und Satzungen der Humboldt-Universität 1946 - 61.

151 Ebd.

Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung war gleichwohl nicht bereit, von ihrer normativen Idee einer institutionellen Neugründung abzurücken. Sie hatte sie nach der Vorlage der fünften revidierten Fassung der „Vorläufigen Satzung der Universität Berlin“ zwar nicht länger gegenüber der Sowjetischen Militäradministration behaupten können. Aber sie hatte es gleichwohl – um den Preis einer eigenen Satzung für die Berliner Universität – vermieden, sie zu Gunsten einer expliziten Anerkennung der Traditionsnachfolge der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität förmlich aufzugeben. Damit war zugleich die von Böhme dem Studenterrat mitgeteilte Koppelung der Umbenennung an die Herausgabe einer vorläufigen Satzung für die Universität Berlin hinfällig geworden.

Hatte der Verweis auf einen nicht näher bestimmten geeigneten Anlaß für die Namensverleihung der Deutschen Verwaltung bislang ein weiteres unbegrenztes Hinauszögern ihrer Ausführung ermöglicht, so sollte das Scheitern einer „Vorläufigen Satzung“ keine entsprechende Wirkung mehr nach sich ziehen. Im Gegenteil: seit dem Kompromiß vom 17. Dezember 1947 stand die Umbenennung nunmehr fest. Und mit der Einstellung der Erarbeitung einer eigenen Satzung war sie jederzeit möglich geworden. Auch wenn bis zur Namensverleihung noch mehr als ein Jahr vergehen sollte, erfolgte sie doch noch gut ein Vierteljahr vor dem Inkrafttreten der „Vorläufigen Arbeitsordnung“ am 23. Mai 1949. Die schließlich ausschlaggebende Initiative zur Umbenennung der ehemaligen Friedrich-Wilhelms- in Humboldt-Universität kann damit wohl kaum anders als auf die Sowjetische Militäradministration zurückgeführt werden. Ob sie aus internen Beratungen des Sektors Hochschulen hervorgegangen, ob sie direkt vom Chef des Sektors Woronow, von seinem vorgesetzten Abteilungsleiter Solotuchin oder noch höheren Orts ausgegangen war, läßt sich der lapidaren Aktennotiz des Kompromisses nicht entnehmen. Beide leitenden Funktionsträger mußten sie sich jedoch zumindest zu eigen gemacht haben, um sie gerade gegenüber Rompe

und – hinter ihm – Wandel dauerhaft durchzusetzen. Andererseits dürften das hohe allgemeine und internationale Ansehen der Brüder Humboldt und ihre unbestrittene historische Bedeutung für die Gründung, den Rang und die paradigmatische Ausstrahlung der Universität sowie nicht zuletzt der wachsende öffentliche und inneruniversitäre Druck bereits gewichtig genug gewesen sein, um eventuell noch vorhandenen Widerspruch schließlich zum Schweigen zu bringen.

Mit der Entscheidung für die Umbenennung in Humboldt-Universität war zudem – selbst wenn die Deutsche Verwaltung vorerst weiterhin nichts davon wissen wollte – entgegen der Konstruktion einer Neugründung der – wie auch immer im einzelnen begründete – historisch-institutionelle Traditionszusammenhang mit der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität im großen und ganzen unmißverständlich zum Ausdruck gebracht und bekräftigt worden. Insofern war trotz des Scheiterns des Satzungskompromisses vom 17. Dezember 1947 und damit der Satzung selbst über alle faktischen kurz- oder mittelfristigen Diskontinuitäten hinaus die eigentliche, langfristig wirksame Voraussetzung für das historische Selbstverständnis der Humboldt-Universität in der Tradition der Friedrich-Wilhelms-Universität geschaffen worden, derzufolge sie das 150. und 175. Jubiläum ihrer Gründung begangen hat und sich nunmehr auf ihren 200. Geburtstag rüstet.

Bis zur Namensverleihung sollte indes noch über ein Jahr vergehen. Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung behandelte die Angelegenheit offenbar passiv. Auf jeden Fall beeilte sie sich nicht und ging dabei auch nicht direkt vor, denn sie überließ die Initiative der Universität. Unmittelbar vor Abschluß des Gründungsprozesses der Freien Universität, am 23. November 1948, beschloß der Senat auf Vorschlag des Prorektors Johannes Stroux – wie es im Protokoll der Sitzung heißt – einstimmig den Antrag: „Rektor und Senat mögen namens der Universität Berlin der Deutschen Verwaltung für Volksbildung den Antrag stellen, der Universität

Berlin den Namen ‚Humboldt-Universität‘ zu geben.¹⁵² Die Verleihung erfolgte schließlich am 8. Februar 1949, dem Tag der Wahl und Investitur des parteilosen Professors für Medizinische Physik und Strahlenkunde Walter Friedrich zum neuen Rektor. Dieser zeitliche Zusammenhang entzog dem Ereignis der Neu- oder Umbenennung der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität einen nicht unerheblichen Teil der öffentlichen Aufmerksamkeit, denn die Sowjetische Militäradministration und die Deutsche Verwaltung für Volksbildung hatten die am 26. Januar erfolgte Wahl des Botanikers Kurt Noack, der von Redslob für einen Wechsel an die Freie Universität umworben worden war¹⁵³, nicht anerkannt, so daß eine erneute Wahl des Rektors durch den Senat durchgeführt werden mußte.¹⁵⁴

Auch wurde die offizielle Verleihung des Namens der Brüder Humboldt nicht mit einem – der feierlichen Wiedereröffnung entsprechenden oder vergleichbaren – Festakt begangen. Sie erfolgte lediglich durch ein Schreiben des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung Paul Wandel. Es lautet : „Entsprechend dem Antrage des Rektors und des Senats verleihe ich hiermit der

152 HUBA, Rektorat Nr. 240, Senatsprotokolle 1946 - 1948, 23.11.1948, und: Philosophische Fakultät, 11.45, Nr. 2, Bl. 93, kursiv im Original gesperrt; danach veröffentlicht in: Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumente 1810 - 1985 (wie Anm. 31), Nr. 138, S. 82 (noch unter der alten Archivsignatur Nr. 36, Bl. 93). Hier wird allerdings das unzutreffende, aus der Kopfleiste des Protokolls in den Akten der Philosophischen Fakultät übernommene Datum des 26.10.1948 angegeben. Im Zentralorgan der SED Neues Deutschland Nr. 34, 4. Jg., 09.02.1949, S. 5, heißt es aus Anlaß der Namensverleihung am 08.02.1949 dagegen zutreffend: „Der Rektor der Universität Berlin, Prof. Dr. Hermann Dersch, hatte auf Grund eines Beschlusses des Senats vom 23. November 1948 den Wunsch des Senats zum Ausdruck gebracht, der Universität Berlin den Namen ‚Humboldt-Universität‘ zu geben.“

153 Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 328.

154 Berlin. Ringen um Einheit und Wiederaufbau 1948 - 1951. Hg. im Auftrage des Senats von Berlin, Berlin 1962, S. 110.

Universität Berlin den Namen Humboldt-Universität. Durch die Wahl dieses Namens verpflichtet sich die Universität Berlin, im Geiste der Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt die Geistes- und Naturwissenschaften zugleich zu pflegen und dabei die Einheit von wissenschaftlicher Lehre und Forschung zu wahren. Sie bekennt sich dadurch auch zu der beiden Brüdern gemeinsamen Gesinnung der Humanität und der Völkerverständigung.“ Es dürfte wohl kaum einem Zufall zuzuschreiben sein, daß Wandel hier nur die Einheit, nicht aber auch die für Wilhelm von Humboldt untrennbar damit verbundene, notwendige Freiheit von Forschung und Lehre hervorhob. Die Verleihung des Namens und die damit verbundene Verpflichtung schließt mit der wunschförmig formulierten aktuellen Erwartung: „Möge es der Humboldt-Universität gemäß der hohen Würde ihres Namens gelingen, in umfassender Erforschung der Wahrheit beizutragen zur Erneuerung der Nation und zur Erhaltung des Friedens in der Welt.“¹⁵⁵

Mit der Umbenennung oder Namensverleihung war ein spannungsreicher Adaptionsprozeß zum Abschluß gelangt, den die Deutsche Verwaltung für Volksbildung unter ihrem Präsidenten Paul Wandel lange abzuwenden und hinauszuzögern versucht hatte, der ihr jedoch sukzessive von außen aufgenötigt wurde und dessen übermächtigem Druck sie sich schließlich, als er sich nicht länger aufhalten ließ, widerwillig fügen mußte. Paul Wandel hat

155 Umbenennung der Berliner Universität, in: Tägliche Rundschau (B) Nr. 34 (1145), 5. Jg., 10.02.1949, S. 4. „Humboldt-Universität“. Bekenntnis zur Gesinnung der Humanität, in: Neues Deutschland. Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Nr. 34, 4. Jg., 09.02.1949, S. 5. Dort heißt es wohl versehentlich „Völkervereinigung“ statt „Völkerverständigung“. Beide Artikel weichen im vermittelnden und erläuternden Text zum Brief nur geringfügig voneinander ab. Sie folgen ganz offensichtlich derselben Vorlage, die wahrscheinlich aus der Deutschen Verwaltung für Volksbildung stammen dürfte. S. auch: Überblick 1810 - 1985 (wie Anm. 30), S. 110.

diesen Prozeß genauso konsequent zu Ende geführt, wie er sich auf ihn hatte einlassen müssen, und die Initiative der Umbenennung auch, als die Würfel am 17. Dezember 1947 gefallen waren, nicht selbst in die Hand genommen. Er überließ sie vielmehr der Universität und gab ihr schließlich in einer Art und Weise statt, die ihrer aktuellen wie ihrer historischen Bedeutung – verglichen mit der festlichen Wiedereröffnung oder der kurz zuvor erfolgten Gründungsfeier der Freien Universität – schwerlich noch angemessen zu entsprechen vermochte.

Ihm selbst mußte sie nicht nur als persönliche Niederlage, sondern – weit mehr noch – als objektiver historischer Rückschritt und damit als schwerer politischer Fehler erscheinen. Nicht mehr die – bei aller herausragenden Bedeutung – ihrer Zeit und Herkunft verhafteten Brüder Humboldt, sondern – um noch einmal seine Rede zur Wiedereröffnung der Berliner Universität in Erinnerung zu rufen – die „genialen Führer“ der modernen Arbeiterbewegung Marx und Engels und ihre „wissenschaftlich begründete und geschichtlich längst bestätigte Weltanschauung“¹⁵⁶ verkörperten für ihn den erreichten historischen Stand der nunmehr allen „fähigen Töchtern und Söhnen“¹⁵⁷ des Volkes, insbesondere auch der Arbeiterschaft, offen stehenden Universität. Auf dieser, dem doktrinären Sowjetmarxismus verpflichteten Geschichtsideologie gründete sich sein amtliches Selbstverständnis und Verhalten als Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. Es hat nicht den Anschein, daß Wandel bereits zum Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs und der feierlichen Wiedereröffnung intendiert haben könnte, eine Neubenennung in *Marx-Engels-Universität* vorzunehmen, wohl aber durch dilatorische Taktik eine Umbenennung in *Humboldt-Universität* wirksam zu verhindern, um die langfristig-strategische Option für das Patronat der „genialen Führer“ der kommunistischen Arbeiterbewegung

156 Wandel (wie Anm. 54), S. 16.

157 Ebd., S. 15.

nach einer *antifaschistisch-demokratischen* Übergangszeit und vollzogener Sowjetisierung der Universität offenzuhalten.

Gegenüber seinen – gemäß der sowjetkommunistischen Doktrin – insinuierten historischen Bündnispartnern, den so genannten *antifaschistisch-* oder *fortschrittlich-demokratischen Kräften der bürgerlichen Intelligenz*, namentlich den beiden parteilosen kooperativen Rektoren und nachfolgenden Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Johannes Stroux und Walter Friedrich, konnte er durchaus vertrauensvolle Beziehungen aufbauen und unterhalten. Sowohl sein Schüler auf der Kominternschule im sowjetischen Exil Wolfgang Leonhard als auch der Stellvertreter und Mitarbeiter, seit 1946 gleichrangige Kollege Woronows im Sektor Hochschulen und Wissenschaft der Sowjetischen Militäradministration, Pjotr Iwanowitsch Nikitin, haben ihm entsprechende persönliche Qualitäten attestiert.¹⁵⁸ Gegenüber den so genannten *reaktionären Kräften*, für die in der neuen demokratischen Nachkriegsordnung Deutschlands kein Platz mehr sei, konnte er indes mit rücksichtsloser Härte und Schärfe vorgehen, zumal wenn sie sich – wie er insbesondere bei den oppositionellen Studenten argwöhnte – dem vermeintlich objektiven, gesetzmäßigen Prozeß der historischen Entwicklung entgegenstellten und dabei seines Erachtens „demokratische Freiheiten“ für ihre Zwecke mißbrauchten.¹⁵⁹

158 Leonhard (wie Anm. 76); Nikitin (wie Anm. 45), S. 40f. Er schreibt, daß es Wandel gelungen sei, „wirklich gute Beziehungen zu vielen Vertretern der alten wissenschaftlichen Intelligenz aufzubauen.“ Er könne sich nicht erinnern, daß jemals einer seiner zahlreichen deutschen Gesprächspartner aus der Wissenschaft „schlecht über Wandel gesprochen hätte.“ Er sei in gewissem Maße Solotuchin sehr ähnlich gewesen. „Seine Intuition, die Achtung vor dem Gesprächspartner, das Streben, anstehende Probleme möglichst diplomatisch und ‚menschlich‘ zu lösen“, hätten Wandel von vielen seiner Kollegen in der SED unterschieden, „wenn diese erst einmal verantwortliche Positionen übernommen hatten.“

159 Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder (wie Anm. 76) beschreibt

Mit dem Widerruf der Zulassung der Studenten Otto Hess, Joachim Schwarz und Otto Stolz zum Studium an der Berliner Universität Mitte April 1948 löste er eine unaufhaltsame, für seine Strategie kontraproduktive, wenn nicht verheerende Entwicklung aus, die binnen eines halben Jahres zur Gründung der Freien Universität führte. Andererseits wirkte sich die Öffnung zur *fortschrittlich-bürgerlichen Intelligenz* langfristig ebenfalls nachteilig auf seine ideologiegeleitete spezifische Strategie zur Sowjetisierung der Volksbildung aus. 1957 verlor er wegen „ungenügender Härte bei der Durchsetzung der kulturpolitischen Linie“ im parteiinternen Machtkampf seine Position als Sekretär des Zentralkomitees der SED. 1958 folgte schließlich die endgültige Abschiebung aus der Führungsriege seiner eigentlichen Domäne, der sowjetkommunistischen Volksbildung in die zweite Reihe der SED-Hierarchie auf dem Gebiet der Auswärtigen Angelegenheiten.¹⁶⁰

Wolfgang Leonhard schreibt, daß noch der 85jährige nach dem Zusammenbruch der DDR besonders stolz auf seinen stets guten Kontakt zur „bürgerlichen Intelligenz“ gewesen sei und ihm auf die Frage nach begangenen Fehlern geantwortet habe, man hätte ihr gegenüber „von Seiten der SED manchmal etwas feinfühlicher sein sollen.“ Den Vorwurf, „ausgerechnet“ ihn einen „alten Dogmatiker“ zu nennen, habe er dabei weit von sich gewiesen.¹⁶¹ Anders als seine Nachfolger im Machtgefüge der SED-Diktatur, namentlich Kurt Hager oder Wilhelm Girnus, legte er hinsichtlich der intendierten grundlegenden sozialökonomischen und politischen Veränderungen unter der sowjetischen Militärre-

mit dem „Ausschluß des Genossen Willy“ von der Kominternschule einen geradezu grausamen Fall, in dem ein Berliner Arbeiterjunge von ihm aus politischer Intransigenz persönlich vernichtet oder „wegen einiger Worte in einem Seminar wie ein altes Stück Eisen weggeworfen“ worden sei (S. 250).

160 Leonhard, Spurensuche (wie Anm. 76), S. 262.

161 Ebd., S. 263 f.; Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft, München, Wien 1998, S. 138, 558.

gierung – bis in die jeweils exakte Bezeichnung – großen Wert auf die Übereinstimmung von ideologischer Norm und realer Zielsetzung. Das galt in den hier erörterten Zusammenhängen für die prinzipielle Differenz von Wieder- und Neueröffnung, von Satzung und Arbeitsordnung, von Körperschaft und juristischer Person des öffentlichen Rechts oder Traditionsnachfolge und Neuerrichtung. Und nicht zuletzt für die daran orientierte Neu- oder Umbenennung der Universität. Die Befürchtungen einer *Lenin-*¹⁶² oder *Stalin-Universität*¹⁶³ dürften unrealistischen Übertreibungen zuzuschreiben sein, aber die Vermutung einer *Marx-Engels-Universität* entsprach ganz und gar der Tendenz der allgemeinen und grundsätzlichen Gedankenführung Wandels in seiner Rede zur „Neueröffnung“ der Berliner Universität am 29. Januar 1946 und seines taktischen Verhaltens in der Frage der Namensgebung bis zur schließlichen Umbenennung.

Seine – wenn auch nicht direkt oder explizit ausgesprochene, jedoch unmißverständliche – kritische Distanz gegenüber den älteren Repräsentanten der „Idee der Humanität“ lief im Kontext der Rede, namentlich der uneingeschränkten Würdigung der „genialen Führer“ der modernen Arbeiterbewegung Marx und Engels, geradewegs auf die indirekte oder implizite Ablehnung einer *Humboldt-Universität* hinaus. Die Brugsch und Rompe zugeschriebenen konkreten Einwände äußern die Ablehnung indes auch ausdrücklich mit hinreichender Deutlichkeit. Hierin kam – im Unterschied zur überzeitlich-unhistorischen Kennzeichnung und Würdigung der Wissenschaftsdefinition Wilhelm von Humboldts als zeitlos gültiger „Einsicht in die Natur der Wissenschaft und das Wesen forschender wissenschaftlicher Arbeit“ durch Stroux, aber auch der bereitwilligen opportunistischen Vereinnahmung und Einordnung Wilhelm und Alexander von Humboldts durch Brugsch in seiner nicht gehaltenen Rede zu dessen Investitur als

162 Jordan (wie Anm. 133), S. 25.

163 Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 98.

neuem Rektor – ein auf Karl Marx zurückgehender, aber sowjetkommunistisch verengter dialektisch-materialistischer Historismus zum Ausdruck, der alles Geschehen, Denken und Handeln als Produkt bestimmender realhistorischer Umstände erklärt und damit auch Wilhelm und Alexander von Humboldt bei aller individuellen Fortschrittlichkeit in ihrer Historizität als Kinder ihrer vergangenen Gegenwart, ihrer antagonistischen Gesellschaftsordnung und Produktionsverhältnisse begreift.¹⁶⁴

Als Paul Wandel sich schließlich veranlaßt sah, der wiedereröffneten Berliner Universität endlich den längst weithin üblich gewordenen Namen der Brüder Humboldt offiziell zu verleihen, wählte er für die leitende Begründung eine epochenübergreifende Abstraktionsebene, um sie dergestalt auf die nach wie vor gültigen, mit der historischen Wirksamkeit ihrer Patrone maßgeblich verbundenen Maximen zu verpflichten, „die Geistes- und Naturwissenschaften zu pflegen und dabei die Einheit von wissenschaftlicher Lehre und Forschung zu wahren“, aber auch – in gegenwartsbezogener Aktualisierung – sich „zu der beiden Brüdern gemeinsamen Gesinnung der Humanität und der Völkerverständigung“ zu bekennen. Auf diese Weise konnte er es noch einmal mühsam vermeiden, sich ausdrücklich widersprechen, korrigieren oder dementieren, mehr noch: jene Kontinuität der Traditionsnachfolge einräumen und auch noch begründen zu müssen, der er sich so lange widersetzt und sogar sein favorisiertes Projekt einer eigenen Satzung für die – wenn schon nicht mehr neu errichtete, so doch wenigstens noch neu eröffnete – Berliner Universität geopfert hatte. Gleichwohl: mit der Namensverleihung, Neu- oder Umbenennung in *Humboldt-Universität* war er endgültig

164 Allgemein hierzu: Reimer Hansen, Die Periodisierung der Geschichte bei Karl Marx und Friedrich Engels, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte (Festschrift für Klaus Meyer zum 65. Geburtstag). Hg. v. Hans-Joachim Torke (= Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin. Historische Veröffentlichungen 48), Berlin 1993, S. 45 - 82, hier insbesondere S. 63 f.

tig mit seiner fixen Idee einer völligen Neugründung gescheitert. Dabei hätte sie in der Tat – noch dazu unter dem Namen *Marx-Engels-Universität* – ganz im Sinne seiner langfristigen Zielsetzung weit besser zur faktischen Sowjetisierung und zur tiefen Zäsur des Epochenjahres 1945 gepaßt.

VIII Die historische Beurteilung und Einordnung

Was Paul Wandel als geschulter Sowjetmarxist im Einklang von doktrinärer Norm und politischer Realität gewissenhaft zusammenhalten und vor offener Widersprüchlichkeit bewahren wollte, trat indes unter seinen Nachfolgern immer deutlicher auseinander und produzierte im Sinne des Marx'-Engelsschen Frühwerks Ideologie als falsches Bewußtsein. Bereits zwei Jahre nach seiner Ablösung feierte die Humboldt-Universität zu Berlin ihr *hundertfünfzigjähriges* Bestehen, und die Brüder Humboldt mußten nunmehr für die Traditionspflege ihrer Sowjetisierung herhalten. Dabei wurde Wilhelm von Humboldt schließlich in den Rang ihres veritablen historischen Gründers erhoben. In der „Erklärung des Senats der Universität zur Vorbereitung der 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität und der 250-Jahr-Feier der Charité“ heißt es, das „Anliegen der Universität“, sei auch in der Änderung ihres Namens zum Ausdruck gekommen: „Ihr wurde der verpflichtende Name ‚Humboldt-Universität‘ verliehen.“¹⁶⁵

Sieben Jahre später legte die Humboldt-Universität einen Sammelband mit Beiträgen – wie es im Untertitel heißt – „anlässlich der Feier des zweihundertsten Geburtstages ihres Gründers“ vor. Die Herausgeber betonen gleich zu Beginn ihres Vorworts, die Universität habe in den beiden Jahrzehnten „seit ihrer Wiedereröffnung bewiesen, daß sie das Andenken ihres Gründers Wilhelm von Humboldt in Ehren“ halte. In ihrer Erinnerung an die Feier

165 Die Humboldt-Universität gestern – heute – morgen (wie Anm. 25), S. 8.

am 29. Januar 1946 beziehen sie sich bezeichnenderweise auf die Rede des neuen Rektors Johannes Stroux, der sich ausdrücklich auf Wilhelm von Humboldt berufen habe, verschweigen aber, daß eine gleichzeitige Umbenennung durch Wandels Intervention verhindert worden war. Sodann heißt es, wiederum ohne Wandel zu erwähnen, im Februar 1949 sei der Universität von der damaligen Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung der Name der Brüder Humboldt verliehen worden. Während der 150-Jahr-Feier habe sie erneut die Gelegenheit gehabt, „die Humboldtschen Traditionen hervorzuheben.“ Auf diese Weise wird eine Kontinuität Humboldtscher Tradition unterstellt, die sich in der historischen Wirklichkeit schwerlich erweisen läßt.

Wilhelm von Humboldt, heißt es weiterhin im Vorwort, habe für ein Ideal des Humanismus gelebt, „dessen Verwirklichung durch die damaligen Bedingungen, insbesondere durch die Herrschaft des Feudalabsolutismus und später der Bourgeoisie, beschränkt“ gewesen oder sogar verhindert worden sei und „erst bei uns, in der Deutschen Demokratischen Republik, unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung voll verwirklicht“ werde.¹⁶⁶ Dieses apriorische gegenwartsbezogene Werturteil zieht sich mehr oder minder deutlich durch alle Beiträge.¹⁶⁷ Besonders penetrant erscheint es bei Wilhelm Girnus. Humboldt, führt er

166 Wilhelm von Humboldt 1767 · 1967 (wie Anm. 135), S. 7.

167 So urteilen zum Beispiel Erich Paterna und Henny Maskolat in ihren teilbiographischen Überblicken ohne explizite Begründung ihrer Wertmaßstäbe und damit gleichsam selbstverständlich über die Distanz zu Humboldts Gegenwart hinweg nicht in seinem historischen, sondern in ihrem eigenen politischen Zeithorizont. Ersterer, wenn er aus seiner gegenwartsbezogenen Prädisposition von „durch die Zeitumstände bedingten Fehleinschätzungen“ Humboldts spricht oder Äußerungen gegenüber Schiller analog als „widersprüchlich und unentschlossen“ bezeichnet (S.21 f). Letztere, wenn sie urteilt: seine erörterten „Äußerungen widerspiegeln die Unentwickeltheit des deutschen Bürgertums“ (S. 37), oder wenn sie ihm wiederholt empathische Nähe zu den „Volksmassen“ (S. 31 - 33) attestiert.

aus, sei in seiner Gegenwart „auf historisch zu diesem Zeitpunkt noch nicht überwindbare Schranken“ gestoßen. „Wir hingegen“, behauptet er in unvermitteltem Gegenwartsbezug, „erkennen in Humboldts humanistischer Position die eines unserer geistigen Ahnherren.“ Das realisierbare Gedankengut seiner Philosophie sei von den Theoretikern des Sozialismus und seiner Praxis übernommen und unter der zur herrschenden Kraft gewordenen Arbeiterklasse, namentlich in der DDR, „vom Himmel auf die Erde geholt worden“.¹⁶⁸ In dieser ahistorischen Wertung und willkürlichen Vereinnahmung äußerte sich ein neuer Umgang mit der Geschichte, der sich in seiner geradezu beliebigen selektiven Instrumentalisierung deutlich vom älteren sowjetmarxistischen Historismus unterschied. Erich Honecker hat ihn schließlich auf die Formel gebracht, die DDR sei „heute die staatliche Verkörperung der besten Traditionen der deutschen Geschichte.“ In ihrer „sozialistischen Nationalkultur“ lebe all das fort und erfahre „eine neue Blüte, was in früherer Zeit an kulturellen Schätzen geschaffen“ worden sei.¹⁶⁹

Die kritische, methodisch-empirische Erforschung der historischen Gestalt, der Biographie, des Werks und der Wirkungsgeschichte Wilhelm von Humboldts, insbesondere der mit seinem Namen verbundenen umfassenden Bildungsreform, hat unter diesen Vorzeichen schwerlich bedeutende Fortschritte machen können.¹⁷⁰

168 Wilhelm Girus, Wilhelm von Humboldts Philosophie vom Menschen, in: ebd., S. 65 - 100, hier: S. 97, 99.

169 Erich Honecker, Die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1974, S. 328.

170 Sie haben sich indes und gewiß nicht zufällig andernorts unter den von Wilhelm von Humboldt als notwendig erachteten Bedingungen der Freiheit der Wissenschaft in Forschung und Lehre ergeben und entfalten können. Das bahnbrechende Werk von Clemens Menze, Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts (= Das Bildungsproblem in der Geschichte des europäischen Erziehungsdenkens 13), Hannover, Dortmund, Darmstadt, Berlin 1975, und die konzise Summe einer lebenslangen Beschäftigung mit dem einschlägigen Thema von

Das gilt nicht minder von der zeitgeschichtlichen Erforschung und Aufklärung der Umbenennung der Berliner Universität 1945-1949. Mit Wilhelm von Humboldts historischer Kennzeichnung als „Gründer“ konnte die Traditionslinie der Universität unter seinem Namen über die Umbenennung vor 60 Jahren hinaus bis in seine administrative Zuständigkeit 1809/10 zurückprojiziert werden. Dabei wurde – vor allem aus Anlaß der Jubiläen 1960 und 1985 – die tiefe Zäsur des Epochenjahres 1945 deutlicher in den Blick gerückt, freilich ohne den sukzessiven Prozeß der Geburt der eigentlichen *Humboldt-Universität* von der Wiedereröffnung bis zur Namensverleihung differenziert zu rekonstruieren und entsprechend in die nun bald zweihundertjährige Gesamtgeschichte der alten *Alma Mater Berolinensis* einzuordnen.

Das gilt bemerkenswerterweise analog auch für die unter den Präsidenten Rolf Kreibich und Eberhard Lämmert herausgegebenen fünf Teile der Dokumentation der Freien Universität Berlin über ihre Geschichte 1948 - 1973 als „Hochschule im Umbruch“, deren Bearbeiter die freiheitliche Neugründung im Jahre 1948 als „Gegengründung“ zur Humboldt-Universität gedeutet wissen wollten. Erst der sechste und letzte, unter dem Präsidenten Dieter Heckelmann herausgegebene Teil der Dokumentation verzichtet gänzlich auf diese schwerlich zutreffende Bezeichnung. Heckelmann verwies in seinem Geleitwort ausdrücklich auf das Urteil der Zeitzeugen, namentlich Ernst Reuters, und betonte, daß die Gründung der Freien Universität „ein herausragendes Beispiel für den Behauptungswillen von Studenten und Wissenschaftlern zur Wahrung der autonomen universitären Gestaltungsfreiheit unter schwierigsten äußeren politischen Bedingungen“ dargestellt habe. Hieraus sei unter den Mitgliedern der Freien Universität

Wilhelm Richter, *Der Wandel des Bildungsgedankens. Die Brüder von Humboldt, das Zeitalter der Bildung und die Gegenwart* (= Historische und Pädagogische Studien 2), Berlin 1971, mögen hier als Beispiele genügen.

„der innere Grundkonsens“ erwachsen, der zu ihrem Erfolg in Forschung und Lehre geführt habe.¹⁷¹

Die feierliche Neugründung der Freien Universität ging der offiziellen Umbenennung der alten Universität um gut zwei Monate voraus. Im Sinne der Neugründung der *Freien Universität* als freiheitlicher Alternative zur Sowjetisierung der Universität im Ostsektor und der seit der Wiedereröffnung inoffiziell gebräuchlichen Benennung der ehemaligen Friedrich-Wilhelms- als *Humboldt-Universität* wäre es bei entsprechender kontextueller Erörterung durchaus verständlich gewesen, die Freie Universität partiell und selektiv auch als „Gegenstück zur Humboldt-Universität“ im Kalten Krieg zu bezeichnen. Die Bearbeiter des ersten Teils der Dokumentation behaupten indes die faktische Umbenennung seit der Wiedereröffnung. Sie notieren in ihrer Zeittafel unter dem 29. Januar 1946: „Durch einen Festakt in der Staatsoper wird die ehemalige ‚Friedrich-Wilhelms-Universität‘ eröffnet und erhält den Namen ‚Humboldt-Universität‘. (In den folgenden Jahren werden ebenfalls die Namen ‚Universität unter den Linden‘ und ‚Berliner Universität‘ auch von offiziellen Stellen benützt.)“¹⁷² Und unter

171 Freie Universität Berlin 1948 - 1973. Hochschule im Umbruch, Teil VI: 1969 - 1973. Die ungeliebte Reform, ausgewählt und dokumentiert von Peter Jahn, Annemarie Kleinert und Jochen Staadt, hg. v. Manfred Görtemaker und Klaus Schroeder (= Dokumentation FU Berlin), Berlin 1990, Geleitwort. Die Herausgeber schreiben im Vorwort, die Freie Universität sei ursprünglich „als Reformuniversität gegründet worden: als Alternative und Kontrapunkt zu einer politisch gelenkten und kontrollierten Universität, wie sie im Nationalsozialismus bestanden hatte und gerade wieder im andern Teil der Stadt, an der Ostberliner Humboldt-Universität, unter dem Einfluß von sowjetischer Militäradministration und SED etabliert wurde. Die Freie Universität sollte demgegenüber frei sein und durch die gesetzliche Verankerung von Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten, die weit über das in jener Zeit übliche Maß hinausgingen, allen Gruppen der Universität einen Anspruch auf kooperative Arbeits- und Entscheidungsstrukturen verschaffen“ (S. 1).

172 Freie Universität Berlin 1948 - 1973 (wie Anm. 13), S. 2.

dem 8. Februar 1949 heißt es: „Erneute und verbindliche Verleihung des Namens ‚Humboldt-Universität‘ an die Universität im Ostsektor.“¹⁷³ Beide Angaben sind hinsichtlich der offiziellen Namensverleihung vor dem 8. Februar 1949 historisch unzutreffend und hatten – soweit sie als Falschmeldung im Rahmen der Berichterstattung über die Wiedereröffnung am 29. Januar 1946 in der Tagespresse erschienen waren – längst an Ort und Stelle ihre sachliche Korrektur erfahren. Gleichwohl hat Lönnendonker sie 15 Jahre später noch einmal wiederholt.¹⁷⁴ Die irrtümliche Bezeichnung kann indes wohl kaum hierauf zurückgeführt und somit als bloßes Versehen erklärt werden, denn sie zieht sich durchweg ohne einen Beleg vom Dezember 1945 bis zur offiziellen Namensverleihung durch den ersten Teil der Dokumentation.

Lönnendonker hat die falsche Behauptung der Namensverleihung während der Wiedereröffnung am 29. Januar 1946 jüngst in einem von ihm mitherausgegebenen, anonym verfaßten Abriß der Geschichte der Freien Universität Berlin 1948 - 2007 – wenn auch nur indirekt und ohne ausdrückliche Selbstkorrektur – widerrufen. Bei der Eröffnung, heißt es dort, „deutete nichts darauf hin, daß – wie später behauptet – für die Hochschule schon der Name ‚Humboldt-Universität‘ vorgesehen war.“¹⁷⁵ In den folgenden Jahren seien offiziell die Namen „Berliner Universität“ und „Universität unter den Linden“ benutzt worden. Die offizielle Namensverleihung am 8. Februar 1949 bleibt hier bemerkenswerterweise unerwähnt. Ab Sommersemester 1949 hätten die Vorlesungsver-

173 Ebd., S. 15.

174 „Am 29. Januar 1945 (!) fand morgens um 10 Uhr in der Deutschen Staatsoper im Admiralspalast ... der Festakt zur Eröffnung der Berliner Universität statt. Die ehemalige Friedrich-Wilhelms-Universität wurde ‚neueröffnet‘ (nicht ‚wiedereröffnet‘) und erhielt den Namen ‚Humboldt-Universität‘“. Lönnendonker (wie Anm. 8), S. 97.

175 Karol Kubicki / Siegwald Lönnendonker, Die Freie Universität Berlin 1948 - 2007. Von der Gründung bis zum Exzellenzwettbewerb (= Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte der Freien Universität Berlin 1), Berlin 2008, S. 19.

zeichnungen durchgängig die Aufschrift „Humboldt-Universität“ getragen, „möglicherweise aus der Furcht heraus, die gerade gegründete Freie Universität könnte sich des attraktiven Namens bemächtigen.“ Letztlich habe die Hochschule Unter den Linden „nur den Namen Humboldts“ gewählt, während die Freie Universität sein „geistiges Erbe“ übernommen habe. Auf die selbstgestellte Frage, weshalb die Freie Universität 1948 nicht den Namen Humboldt angenommen habe, „wo sie doch dessen Tradition hinüberrettete,“ gebe es nur Vermutungen. Unter den Studenten sei schon bei der Aufnahme der Lehrveranstaltungen der Wunsch vorhanden gewesen, „diesen Namen als Verpflichtung für die Universität im sowjetischen Sektor zu wählen.“ Bei einer Übernahme des Namens durch die neue Universität im amerikanischen Sektor hätten sie den Namen „Stalin-Universität“ befürchtet, „was zwar den Realitäten entsprochen hätte, jedoch allzu deprimierend für die noch vorhandenen nicht-kommunistischen Professoren und Studenten gewesen wäre.“ Der Abriss bezieht sich hier offensichtlich auf das Interview mit Eva Heilmann, gibt den vermeintlichen Sachverhalt aber in einer inhaltlichen Variante wieder, die durch die Mitteilung ihrer Ausführungen nicht belegt ist. Schließlich heißt es, es sei nach Auskünften der FU-Gründer wahrscheinlicher, „daß man so mit dem Aufbau beschäftigt war, daß man sich die Frage gar nicht stellte.“¹⁷⁶

Tatsächlich stand der Name der neuen Universität nach dem Willen der Gründer von vornherein fest. Er ergab sich gleichsam von selbst aus der öffentlichen Forderung nach einer *freien* Universität. Die überlieferten Zeugnisse lassen nirgendwo erkennen, daß ein anderer Name ernsthaft in Erwägung gezogen worden wäre. Und weshalb gerade der Name Humboldts? Er konnte allein deshalb faktisch nicht mehr in Betracht kommen, weil er spätestens durch die Denomination des Magistratsbeschlusses Nr. 78 vom 17. Februar 1947 fest besetzt war. Als der Studentenrat zwei Wochen

176 Ebd.

später den einstimmigen Beschluß faßte, die Berliner Universität endgültig nach Wilhelm von Humboldt zu benennen, konnte man wohl eine Umbenennung nach Karl Marx und Friedrich Engels und vielleicht auch noch nach Lenin oder Stalin befürchten. Die öffentliche Forderung nach der Neugründung einer *freien* Universität im Westen der Stadt konnte in diesem Zusammenhang jedoch noch gar keine Bedeutung haben. Sie sollte erst gut ein Jahr danach laut und sogleich auch wirksam werden. Der Name Wilhelm von Humboldts oder der Brüder Humboldt war überdies schon seit der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs in der Berliner Öffentlichkeit, sodann durch den demonstrativen Magistrats-Beschluß und nicht zuletzt durch die fortgesetzte Forderung des Studentenrats so eng mit der alten Universität verknüpft, daß er schwerlich noch zur Disposition hätte gestellt werden können. Hieran hatte der nach Ernst Reuter vermutlich wichtigste öffentliche Fürsprecher einer freien Universität, der Mitherausgeber des *Tagesspiegels*, Edwin Redslob, einen bedeutenden, wenn nicht den bedeutendsten Anteil.

Dadurch, daß der anonyme Abriß der Geschichte der Freien Universität die Namensverleihung durch die Deutsche Verwaltung für Volksbildung am 8. Februar 1949 übergeht, erweckt er den Anschein, als sei eine offizielle Umbenennung historisch sogar fraglich. Den Verantwortlichen, führt er aus, scheine „bei der Datierung der Umbenennung ‚Humboldt-Universität‘ niemals ganz wohl gewesen zu sein.“ Er verweist hierbei auf eine 1959/60 ergebnislos verlaufene „Suche nach den legitimierenden Unterlagen für die Namensverleihung“. In der Festschrift aus Anlaß des 150jährigen Jubiläums werde „auf die Umbenennung überhaupt nicht eingegangen.“ Und der inzwischen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten tätige Wandel sei 1961 um eine Entscheidung darüber gebeten worden, „ob es möglich sei, der Universität

nachträglich eine Urkunde zur Umbenennung auszustellen, da es bisher keinen formalen Nachweis darüber gebe.“¹⁷⁷

Nun wird die historische Umbenennung oder Namensverleihung sowohl in der großen dreibändigen „Festschrift zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin“ als auch in der an ein breites Publikum gerichteten einbändigen Jubiläumsschrift zum „einhundertfünfzigjährigen Bestehen der Humboldt-Universität zu Berlin“ wenn auch nicht historisch abgehandelt, so doch knapp und stereotyp erwähnt und gewürdigt. Ernst Becker und Percy Stulz schließen ihren parteipolitischen Beitrag über die Jahre 1946–1949 in der Festschrift im gleichen Wortlaut wie die Jubiläumsschrift mit der Bemerkung ab, daß die Universität in Anerkennung „des bis dahin im Kampf um die demokratische Universität Erreichten und als Verpflichtung für die Zukunft“ den Namen *Humboldt-Universität* erhalten habe.¹⁷⁸ Der historische Überblick aus Anlaß des 175. Gründungsjahres bietet schließlich eine konzise Passage zur Namensverleihung mit dem Zitat der einschlägigen Ausführungen Wandels in seinem Schreiben vom 8. Februar 1949.¹⁷⁹

Der zitierte Hinweis auf die Bemühungen um die „legitimierenden Unterlagen“ in den Jahren 1959/60 und 1961 spielt offenbar auf die Kopie eines Schreibens in den Rektoratsakten an, das der Sekretär des Rektors am 25. Februar 1961 an den Persönlichen Referenten des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen geschrieben hat. Er erinnert den „Genossen“ daran, „daß die Humboldt-Universität zu Berlin über keine Urkunde über die Benennung als Humboldt-Universität zu Berlin“ verfüge. Diese Tatsache sei seit längerer Zeit intern bekannt gewesen und habe im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Jubiläums 1960 zu Überlegungen geführt, „ob man diesen Zustand nicht ändern

177 Ebd., S. 16.

178 Becker/Stulz (wie Anm. 26), S. 646. S. auch: Schröder (wie Anm. 37), S. 10 f. Die Humboldt-Universität gestern – heute – morgen (wie Anm. 27), S. 132. S. auch: Erklärung des Senats, ebd., S. 8.

179 Überblick 1810 - 1985 (wie Anm. 30), S. 110.

könne.“ Der Gedanke sei damals zurückgestellt worden, da die Angelegenheit sich bis zum Jubiläum nicht mehr habe erledigen lassen. Es sei nunmehr an der Zeit, im Staatssekretariat zu prüfen, „auf welche Weise die Humboldt-Universität zu einer Urkunde ihres Namens“ komme. Er habe deswegen ein Gespräch mit dem damaligen Präsidenten der Zentralverwaltung für Volksbildung und jetzigen Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Paul Wandel, geführt. Wandel sei prinzipiell der Meinung, daß man diesen Akt nachholen könne. Er würde seine Unterschrift nachträglich leisten und halte es auch für möglich, „daß man ein entsprechendes Urkundenformular nachträglich“ herstelle. Ein handschriftlicher Vermerk auf der Kopie des Briefes gilt dem zuständigen Archivar. Er möge ihm „Unterlagen über Namensgebung und Wiedereröffnung – auch Zeitungsausschnitte – vorlegen.“¹⁸⁰ Ein weiterer handschriftlicher Vermerk notiert die Termine von vier Wiedervorlagen. Ein Fort- oder Ausgang der Angelegenheit ist den Akten jedoch nicht zu entnehmen. Auch enthalten die einschlägigen Rektoratsakten in der Tat weder den Brief Wandels vom 8. Februar 1949 noch das Protokoll der Senats-sitzung mit der Wahl des Rektors und Prorektors vom gleichen Tage.

Doch selbst dann, wenn sie schon 1958 bis 1961 nicht mehr auffindbar gewesen sein sollten, wird der Brief Wandels spätestens bei den Recherchen des Archivars in den angeforderten Zeitungsausschnitten ans Licht gekommen sein. Denn er ist am 9. und 10. Februar 1949 ohne Anrede in zwei Tageszeitungen abgedruckt worden. Es handelt sich hierbei um die *Tägliche Rundschau*, die Zeitung der sowjetischen Armee für die deutsche Bevölkerung, und *Neues Deutschland*, das *Zentralorgan der Sozialistischen Ein-*

180 HUBA, Rektorat Nr. 404, Brief des Sekretärs des Rektors der Humboldt-Universität zu Berlin Dr. Werner Richter an den Persönlichen Referenten des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen Lammel vom 25.02.1961.

heitspartei Deutschlands, mithin um die beiden Tageszeitungen, denen der Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung politisch am nächsten stand.¹⁸¹ Die übrigen Tageszeitungen berichteten am 9. Februar 1949 – mit Ausnahme der Tageszeitungen der LDPD: *Der Morgen* und der CDU: *Neue Zeit*, die auch eine kurze Mitteilung über die Umbenennung enthalten¹⁸² – nur über die Wahl von Rektor und Prorektor.¹⁸³ Da sich kein Senatsprotokoll vom 8. Februar 1949 an Ort und Stelle in den Rektoratsakten befindet und sowohl das Zentralorgan der SED *Neues Deutschland* als auch die *Tägliche Rundschau* in getrennten Artikeln, letztere sogar auf verschiedenen Seiten über die Wahlen und die Umbenennung berichten, die keinen Zusammenhang zwischen beiden Ereignissen zu erkennen geben, ist es nicht sicher, ob die Verleihung des Namens durch Überreichung, Entgegennahme und Würdigung oder auch nur angemessene Mitteilung des Briefes im Rahmen der Tagesordnung der Senatssitzung vollzogen worden ist oder ob sie lediglich als Verwaltungsakt auf dem Postwege am gleichen Tage stattgefunden hat.

IX Die Motive und die historische Bedeutung

Wie Wandels ideologisches Verständnis der wiedereröffneten als neuerrichteten Universität war auch die rückwirkende Bezeichnung der Nachkriegsuniversität von der Wiedereröffnung bis zur Umbenennung, vor allem aber der Friedrich-Wilhelms- als Humboldt-Universität schwerlich mit der realen Geschichte in Einklang zu bringen. Die entscheidende und gleichsam bahnbre-

181 S.o. Anm. 149.

182 *Neue Zeit* Nr. 33, 5. Jg., 09.02.1949, S. 5; *Der Morgen* Nr. 33, 5. Jg., 09.02.1949, S. 2.

183 *Der Tagesspiegel* Nr. 1008, 5. Jg. (Nr. 33), 09.02.1949; *Der Kurier* Nr. 33, 5. Jg., 09.02.1949; *Die Neue Zeitung*, Berliner Ausgabe Nr. 25, 5. Jg., 09.02.1949; *Telegraf* Nr. 33 B, 4. Jg., 09.02.1949; *Volksblatt* Nr. 819, 4. Jg., 09.02.1949; *Sozialdemokrat* Nr. 33, 4. Jg., 09.02.1949.

chende Weichenstellung für die Umbenennung in der Tradition der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach in der klärenden Aussprache Woronows mit Rompe über die Revision der dritten Fassung des Satzungsentwurfs am 17. Dezember 1947 gefallen sein. In den Akten ist nur das Ergebnis, nicht der Verlauf der Aussprache festgehalten worden. Aber ihr Kontext der fünf Satzungsentwürfe für die Berliner Universität durch die Abteilung für Volksbildung unter der Verantwortung Wandels, der amtlichen Zuständigkeit Rompes und der Federführung Böhmes sowie dessen Erläuterungen zur fünften revidierten Fassung der „Vorläufigen Satzung der Universität Berlin“ und schließlich seine korrespondierenden Äußerungen vor dem Kulturausschuß des Deutschen Volksrates dürften insbesondere nach dem Scheitern einer separaten Satzung für die Berliner Universität keinen Zweifel daran lassen, daß die amtliche Entscheidung und ihre Begründung nicht von deutscher, sondern nur von sowjetischer Seite erfolgt sein konnte.

Die Sowjetische Militäradministration besaß die Befehlsgewalt gegenüber der Deutschen Verwaltung, war aber in vielfacher Hinsicht auf sie angewiesen und daher von vornherein an gut funktionierender Kooperation interessiert. Nikitin hat das wechselseitige Zusammenwirken der beiden Abteilungen für Volksbildung unter Solotuchin und Wandel unter diesen Voraussetzungen generell positiv gewürdigt, aber auch auf gelegentliche Differenzen und Einwände verwiesen, die bis zu scharfer Kritik und strenger Rüge führen konnten.¹⁸⁴ Da diese aber nur allgemein erwähnt werden und überdies – Nikitin zufolge – „häufig“ taktisch motiviert gewesen seien, um „Autorität und Befugnisse“ der Deutschen Verwaltung zu erhöhen¹⁸⁵, kann hieraus kein Zusammenhang spezieller Differenzen hergeleitet werden.

184 Nikitin (wie Anm. 45), passim, insbesondere S. 39 f.

185 Ebd., S. 40.

Der vorliegende Fall läßt sich jedoch schwerlich anders als ein realer Konflikt begreifen, in dem die Sowjetische Militäradministration sich Kraft ihrer stärkeren Stellung gegen die eigenwillige und hartnäckige Position der Deutschen Verwaltung, namentlich Paul Wandels, durchsetzte. Es hat sogar den Anschein, daß sie hierbei taktisch verfuhr und Wandel gleichsam um- oder überging. Denn die entscheidende Aussprache fand zu einem Zeitpunkt statt, als dieser von der zuständigen Abteilung der amerikanischen Militärregierung mit Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration als einziger Delegierter der sowjetischen Besatzungszone zu einer Konferenz der Bildungsminister der drei westlichen Besatzungszonen nach Stuttgart eingeladen war.¹⁸⁶ Über die Motive der sowjetischen Seite, § 2 des Satzungsentwurfs so weitgehend und grundlegend zu ändern, daß Wandels Konstruktion einer von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung neu errichteten Universität in sich zusammenfallen mußte, sind keine konkreten Anhaltspunkte überliefert.

Unüberbrückbare politische Differenzen grundsätzlicher Art sind nicht ersichtlich, wohl aber pragmatische. Die Leitung der Bereiche Hochschulwesen und Wissenschaftliche Einrichtungen in der Abteilung Volksbildung der Sowjetischen Militäradministration war sich ihrer strategischen Aufgabe der Sowjetisierung der Universitäten in ihrer Besatzungszone durchaus bewußt. Darin unterschied sie sich gewiß nicht von den hochschulpolitischen Protagonisten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung Wandel, Brugsch, Rompe und Böhme. Sie suchte sich aber – wie es im Titel der Erinnerungen Nikitins heißt – durchweg auf einem Mittelweg „zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand“ pragmatisch zu orientieren, um ihrer Aufgabe angemessen gerecht werden zu können.

Angesichts der einigermmaßen funktionierenden Wiederaufnahme des Lehrbetriebs der weit älteren – zwischen 1409 und 1548 ge-

186 Ebd., S. 41

gründeten – Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone, die ohne die ahistorisch-ideologische Konstruktion einer rechtlichen Neuerrichtung unter den obsoleten Umständen der unmittelbaren Nachkriegszeit in Gang gekommenen war, konnte Wandels Projekt für die Universität Berlin allenfalls noch eindimensionale sowjetmarxistische Dogmatiker, aber kaum mehr den – auch auf eine langfristige Sowjetisierung ausgerichteten – realistisch und praktisch denkenden politischen Common Sense erreichen, geschweige denn überzeugen. Zu nah am ideologischen Dogma und zu fern der praktischen Realität des gesunden Menschenverstandes, bedurfte es einer pragmatisch-realistischen Korrektur, um noch historisch und politisch verstanden, begriffen und erklärt, aber auch im Wege praktischer Maßnahmen der Militärregierung realisiert werden zu können, ohne dabei das strategische Fernziel der Sowjetisierung der Universität aus den Augen zu verlieren. Diese Korrektur rührte in den Augen Wandels an das grundsätzliche historisch-materialistische Selbstverständnis der sowjetkommunistischen Deutschlandpolitik während des Besatzungsregimes der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ein einfacher Wiederbeginn war für ihn – wie er in seiner „Rede zur Neueröffnung der Berliner Universität“ ausführte – „nach den Gesichtspunkten und Regeln der Vergangenheit nicht möglich und nicht zu rechtfertigen.“¹⁸⁷ In seinen einleitenden Ausführungen heißt es, daß die Neueröffnung der Universität nach dem nationalen Zusammenbruch, den unser Volk durch die Kräfte erlitten habe, „die es in der Vergangenheit beherrschten, doch ein besonderes Ereignis“ sei. Erst der zeitliche Abstand werde das „Verständnis für die Größe dessen“ ermöglichen, „was in dieser Zeit geschieht.“¹⁸⁸ Das „gesellschaftliche Leben in unserem Lande“ habe sich grundlegend geändert, habe eine „völlig veränderte Basis“ und werde „in Zukunft völlig

187 Wandel (wie Anm. 54), S. 11.

188 Ebd., S. 9.

neue Gestalt annehmen“.¹⁸⁹ Es dürfte wohl selbstevident sein, daß damit nach dem Dogma des Sowjetmarxismus die weltgeschichtliche Zäsur der kommunistischen Revolution zwischen der letzten der drei universalen Klassengesellschaften, der bürgerlich-kapitalistischen Sozialformation und Produktionsweise, und ihrem Übergang zur klassenlosen Zukunftsgesellschaft des Sozialismus und Kommunismus sowie der damit verbundene diachrone Umwälzungsprozeß des der Basis korrespondierenden Überbaus gemeint war.¹⁹⁰ Und damit ließ sich in der Tat die neu eröffnete Nachkriegsuniversität schwerlich noch vereinbaren, wenn sie nunmehr nach dem Kompromiß des Gesprächs vom 17. Dezember 1947 im Satzungstext – über die ausdrückliche Kennzeichnung „auf der Grundlage“ oder „als Traditionsnachfolgerin“ der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität und noch dazu unter dem Namen *Humboldt-Universität* – in einer unverkennbaren historischen Kontinuität seit dem Ausgang des ersten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts erscheinen sollte.

Hierin folgten ihm im Grunde der seit Oktober 1949 als 3. Vizepräsident und damit sein Stellvertreter als Präsident der Deutschen Zentralverwaltung bzw. Verwaltung für Volksbildung amtierende Theodor Brugsch, der Leiter der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft Robert Rompe und der mit der Ausarbeitung des Universitätsstatuts betraute Referatsleiter Traugott Böhme, allesamt zugleich neue Professoren der Berliner Universität. Anders als Brugsch und Böhme war Rompe wie Wandel Altmitglied der KPD. Insofern mochte er für die Vertretung der spezifischen hochschulpolitischen Interessen der deutschen Seite in der Aussprache mit der Sowjetischen Militäradministration über die Satzung der Berliner Universität am 17. Dezember 1947 besonders geeignet

189 Ebd., S. 11

190 Allgemein hierzu: Hansen (wie Anm. 165), S. 61 f; speziell: Ilko-Sascha Kowalczyk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an einer historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997, insbesondere S. 48 - 82.

erscheinen. Er galt indes im Unterschied zu Wandel nicht als entschiedener, durchsetzungsfähiger oder gar hartnäckiger Verhandlungspartner.¹⁹¹ Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die Sowjetische Militäradministration die Abwesenheit Wandels geschickt genutzt haben könnte, um die für ihn entscheidende *conditio sine qua non* einer separaten Satzung für die Universität Berlin zwischen reinem Dogma und realpolitischer Praxis im Wege eines Kompromisses zu pragmatisieren, damit aber letztlich auch zu Fall zu bringen. Ohne Zweifel hatte sie mit Rompe ein leichteres, erfolgreiches Spiel. Wandel hat mit der fünften revidierten Fassung der vorläufigen Satzung der Universität Berlin und Böhmes Erläuterungen, die an eindeutiger Klarstellung nichts zu wünschen übrig ließen, noch einmal versucht, das Rad zurückzudrehen. Zur erneuten Besprechung mit der Sowjetischen Militäradministration erschien Rompe in Begleitung Böhmes. Und vor dem Kulturausschuß des Deutschen Volksrates vertrat Böhme allein die Sache Wandels. Alle Bemühungen sollten freilich vergeblich bleiben. Die Würfel waren gefallen.

Auf den ersten Blick mag die Konzeption einer eigenen separaten Satzung für die Universität Berlin vielleicht widersprüchlich und nicht hinreichend durchdacht erscheinen, zumal Wandel sie im Unterschied zu den anderen Universitäten der sowjetischen Besatzungszone als ausdrückliche Neugründung oder – um die einschlägigen Formulierungen der Satzungsentwürfe aufzugreifen

191 HUBA, Personalakte. In einer maschinenschriftlichen Charakteristik und Stellungnahme des Leiters der Personalabteilung vom 17.05.1949 heißt es dort unter anderem: „Ich halte ihn für einen von der historischen Rolle des Sozialismus überzeugten Intellektuellen, der aber auch oft in der Beurteilung der Gegner des Sozialismus zu weich ist. Bei selbständigen politischen Entscheidungen ist er deshalb auch nicht immer genügend fest. Aktiven Kontakt mit der Arbeiterklasse (Betriebsleiter) hat er nicht.“ Das Schriftstück ist mit Rotstift „ges(ehen). Wandel“ unterzeichnet. Wandel hat den zitierten Absatz am Rande rot angestrichen. Die kursiv geschriebenen Teile sind von ihm rot unterstrichen worden.

– als eine auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung errichtete Hochschule verstanden wissen wollte. Bei näherer Betrachtung wird indes deutlich, daß die anderen Universitäten zunächst den Volksbildungsministerien der Landes- oder Provinzregierungen unterstanden, mithin regionale Landes- oder Provinzuniversitäten der sowjetischen Besatzungszone waren. Allein die Berliner Universität war durch die verdeckt konzertierte Usurpation und Okkupation unter der Protektion der Sowjetischen Militäradministration, mit der Ablösung Sprangers durch Stroux der Alliierten Kommandantur und dem Magistrat der Stadt Berlin entzogen und direkt der Deutschen Zentralverwaltung unterstellt worden. Sie hatte daher den singulären Status einer Zonenuniversität erhalten und konnte somit in der Tat als etwas grundlegend Neues betrachtet und behandelt werden. Wandel scheint ihr die Rolle einer Muster- oder Modelluniversität für den fundamental sozialökonomischen und staatlich-politischen Neuanfang der unmittelbaren Nachkriegszeit zugedacht zu haben. Zu oft ist in seiner Rede aus Anlaß der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der Universität Berlin von *Neueröffnung, Neubeginn, Neuaufbau, Erneuerung* oder auch nur *dem Neuen* die Rede.¹⁹²

Die Realität und die Praxis sahen hingegen erheblich anders aus. Die alte Friedrich-Wilhelms-Universität lag zwar größtenteils in

192 Deutlicher noch trat die Betonung des politisch Neuen in seiner Schulpolitik zu Tage und nahm dort geradezu quasireligiöse Züge an, indem er über das institutionell und funktional Neue hinaus – nolens volens in unüberhörbarer Analogie zur paulinischen Theologie (Eph. 4, 22 - 24) – auch den nunmehr durch die umfassende qualitative Erneuerung ermöglichten „neuen Menschen“ beschwor. Auf der ersten Arbeitstagung aktiver Lehrer am 11. und 12.04.1949 in Berlin sprach er von der neuen deutschen Schule, in der „der neue deutsche Mensch geformt“ werde. Und: „Direkt im Leben, im Kampf um eine bessere Zukunft bildet sich der neue Mensch, den wir als begeisterndes Ziel vor unsere Jugend, als Erziehungsaufgabe vor unsere Lehrer stellen.“ BAB, DR 2, 424, Bl. 45.

Trümmern, aber ihre institutionelle und funktionale Kontinuität war nur partiell unterbrochen oder vorübergehend außer Kraft gesetzt worden. Und so konnten nach nur gut halbjähriger Unterbrechung am 20. Januar 1946 in den unzerstörten oder notdürftig reparierten Räumen mit dem durch die Entnazifizierung stark reduzierten und teilweise schon ergänzten Personal der Lehrbetrieb und das Studium – mit Ausnahme der kurzlebigen nationalsozialistischen Neugründung der Auslandswissenschaftlichen Fakultät – in allen sieben etablierten Fakultäten wieder aufgenommen werden. Die Universität war zudem keinen Tag ohne institutionelle Leitung gewesen. Eduard Spranger war nach der informellen inneruniversitären Übertragung des Rektorenamtes vom Volksbildungsdezernenten des neu eingesetzten Magistrats als „kommissarischer Rektor“ anerkannt und in dieser Funktion in den Leitenden Ausschuß des Amtes für Wissenschaft berufen worden.¹⁹³ In seiner amtlichen Korrespondenz führte er den Titel „Kommissarischer Rektor der Universität“.¹⁹⁴ Seine Ablösung durch Johannes Stroux im Rahmen der Usurpation der Universität durch die Deutsche Zentralverwaltung erfolgte ohne eine Unterbrechung der Amtsführung. Bis zu seiner Investitur während der feierlichen Wiedereröffnung führte Stroux die Rektoratsgeschäfte verantwortlich im Auftrag der Deutschen Zentralverwaltung unter dem Vorbehalt „der endgültigen Genehmigung“ durch die Sowjetische Militäradministration.¹⁹⁵ Außer dem Rektorat funktionierte unter den obwaltenden äußeren Einschränkungen und Beeinträchtigten auch der Senat der Universität. Unter Sprangers kommissarischem Rektorat tagte der „Kommissarische Senat der Universität Berlin“ am 7. September 1945.¹⁹⁶ Und unter Stroux' geschäftsführendem Rektorat fanden am 27. November und 8.

193 S.o. Anm. 44, 105.

194 HUBA, Rektorat Nr. 78, 13.08.1945., 04.09.1945, 14.09.1945.

195 HUBA, Rektorat Nr. 358, Schriftwechsel mit der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, Bl. 1 a.

196 HUBA, Rektorat Nr. 240/1 c.

Dezember 1945 sowie am 4., 15. und 22. Januar 1946 Senatssitzungen statt.¹⁹⁷ Unter der zentralen Ebene von Rektorat und Senat befanden sich weiterhin die sieben traditionellen Fakultäten, die am 20. Januar 1946 den Lehrbetrieb wiederaufgenommen hatten und deren kommissarische Dekane dem Senat angehörten.

Damit war, wenn auch in stark eingeschränkter Weise, die institutionelle, funktionale, lokale und personale Kontinuität, mehr noch: die Identität der Berliner Universität erwiesen, die offiziell nicht mehr *Friedrich-Wilhelms-* und noch nicht *Humboldt-Universität* hieß. Die Neu- oder Umbenennung galt ein und derselben *Alma Mater Berolinensis*, die seit ihrer Gründung durch Reform und Restauration, Vormärz und Revolution, Reaktion, Reichsgründung und Kaiserreich, Novemberrevolution, Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur gegangen und jeweils tief geprägt worden war und der nunmehr nach sukzessiver Sowjetisierung der lange Weg durch vier Jahrzehnte sowjetkommunistischer Diktatur bevorstehen sollte. Der Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, befolgte indes allem Anschein nach die strategische Orientierung, sie als neu errichtete Musteruniversität der sowjetischen Besatzungszone zunächst ohne namentliche Neu- oder Umbenennung zu belassen, um sie nach einer Übergangszeit im Einklang mit seiner sowjetkommunistischen Weltanschauung auf sozialökonomisch und politisch grundlegend revolutionierter Basis unter dem ideologischen Patronat von Karl Marx und Friedrich Engels endgültig und dauerhaft inauguriert zu können. Die öffentliche Meinung und der erste aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Magistrat der Stadt, der Studentenrat der Universität und schließlich die – bei aller strategischen Orientierung am Fernziel der Sowjetisierung ausgerichtete, aber pragmatisch handelnde – Sowjetische Militäradministration sollten ihm jedoch einen Strich durch die Rechnung machen und angesichts der unübersehbaren

197 HUBA, ebd.

Tradition und historischen Realität am Patronat der Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt festhalten. Der letztlich entscheidende, irreversible und damit auch alle dilatorische Taktik der Deutschen Verwaltung beendende Ausschlag für die Namensverleihung und Umbenennung dürfte in der Aussprache zwischen den Experten der Sowjetischen Militäradministration und der deutschen Zentralverwaltung Mitte Dezember 1947 gefallen sein.

Das alles mochte dem gesunden Menschenverstand bei realistischer Betrachtung angesichts der historischen Bedeutung der Brüder Humboldt für die Universität sowie der Parallelen einer Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg und einer Friedrich-Schiller-Universität in Jena¹⁹⁸ gleichsam selbstverständlich erscheinen, war es jedoch im Lichte des reinen sowjetkommunistischen Dogmas offenbar nicht. Als Wandel der Universität den Namen schließlich offiziell verlieh, konnte er nach allem, was inzwischen geschehen war: den massiven willkürlichen Eingriffen der Deutschen Verwaltung, den Protesten der Studenten und der Öffentlichkeit, der Sezession und der Neugründung einer freien Universität im Westen der Stadt, geradezu als *contradictio in adiecto*, schwerlich aber noch als Anerkennung und verpflichtende Auszeichnung in der Tradition der Brüder Humboldt erscheinen. Wilhelm von Humboldts Reformgut der notwendigen Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre, der Wissenschaft als eines permanenten, unabgeschlossenen und prinzipiell unabschließbaren Forschungs- und Erkenntnisprozesses sowie der komplementär

198 Sowohl die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als auch die Friedrich-Schiller-Universität Jena hatten ihre offiziellen Namen erst in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Diktatur erhalten, erstere durch einen Ministererlaß am 10.11.1933, letztere an Schillers 175. Geburtstag am 10.11.1934. Albrecht Timm, Universität Halle-Wittenberg (= Mitteldeutsche Hochschulen 5), Frankfurt am Main 1960, S. 83; Erich Maschke, Universität Jena (= Mitteldeutsche Hochschulen 6), Köln, Graz 1969, S.119.

kommunizierenden akademischen Gemeinschaft von Lehrenden und Studierenden war indes an der neugegründeten Freien wie an jeder anderen deutschen Universität außerhalb der sowjetischen Besatzungsgewalt besser gewahrt als an der Humboldt-Universität. Es war nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur mit der Entnazifizierung und der demokratischen Reedukation sukzessive an alle deutschen Universitäten unter westalliiertes Militärregiment zurückgekehrt und sollte in seiner Kernsubstanz der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie der Bindung der Lehrfreiheit an die Treue zur Verfassung knapp ein halbes Jahr nach Gründung der Freien Universität Berlin mit der Ausfertigung und Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland durch den Parlamentarischen Rat am 23. Mai 1949 in Artikel 5 (3) als Grundrecht festgeschrieben werden und damit Verfassungsrang erhalten.

War die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs Anfang 1946 eine Neu- oder eine Wiedereröffnung der Berliner Universität? Warum erhielt die Universität erst 1949 – und auffällig unspektakulär – den neuen Namen „Humboldt-Universität“? Diesen Fragen widmete sich der emeritierte FU-Historiker Reimer Hansen fast auf den Tag genau 60 Jahre nach der Umbenennung der Berliner „Linden-Universität“ in einer Veranstaltung am 9. Februar 2009.




Bild Vorderseite: Der im Krieg zerstörte Ostflügel des Hauptgebäudes 1947
Rückseite: Zukünftige Studierende bei Wiederaufbauarbeiten am Hauptgebäude 1947

Berlin 2009 | ISBN 978-3-9813135-7-4